

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis für den Monat 1.10 Mk., vierteljährlich 3.00 Mk., halbjährlich 5.50 Mk., jährlich 10.00 Mk. (Postgebühren inbegriffen).  
 Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren inbegriffen).  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mk., für das übrige Ausland 4.00 Mk. pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit 11/11.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Zeile, je nach der Wichtigkeit und dem Zweck der Anzeigen 20 bis 100 Pf. (zuzüglich 2 Pf. für die Anfertigung der Anzeigen).  
 „Kleine Anzeigen“, das heißt Anzeigen, die nicht länger als 10 Zeilen (zuzüglich 2 Pf. für die Anfertigung der Anzeigen) dauern, werden zu besonderen Bedingungen abgenommen.  
 Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 6. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der Kehraus der Kornwalzerwoche.

### Das Urteil.

Wie vorauszusehen war, ließ das Kriegsgericht bei seinem Urteil gegen die sieben Angeklagten Milde walten. Die Strafen bewegten sich von sechs Monaten Gefängnis, die dem Oberkommandantursekretär Pfeiffer zuerkannt wurden, in absteigender Linie bis zu drei Wochen gelinden Arrests, die auf den ehemaligen Feuerwerker und jetzigen Kruppbeamten Dröse entfielen. Das Gericht ging also bei der Strafzumessung erheblich unter die vom Anklagevertreter beantragten Strafmaße herab.

Wir freuen uns dieser Milde. Haben wir doch immer wieder hervorgehoben, daß die sieben Angeklagten die minder Schuldigen waren, nur die Opfer des Kruppischen Schmiergeldsystems, dessen Verlockungen sie erlegen waren, wie ihnen fraglos Hunderte von Kollegen in gleicher Situation erlegen wären. Auch so noch trifft die gleichzeitig ausgesprochene Dienstentlassung mehrere der Angeklagten furchtbar schwer, es sei denn, daß der Verein gegen das Schmiergeldwesen (dem ja auch die Firma Krupp angehört!) diese Opfer eines infamen Korruptionssystems schadlos hielt. Oder ob die Firmen, die ja sicherlich den Umfang und die schweren Verletzungen des Schmiergeldwesens viel besser kennen, als die Öffentlichkeit, auch in diesem Falle das Goethesche Wort bestätigen wollen „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein“?

So sehr wir aber den Angeklagten ihre milde Strafe gönnen und ihnen eine noch mildere Strafe gegönnt hätten, so energisch werden wir uns doch gegen jeden Versuch wenden, aus dem relativ niedrigen Strafmaß eine Sühneleistung der vorgekommenen Skandala ablesen zu wollen. An solchen Versuchen wird es aber sicherlich nicht fehlen.

Schon hat ja einer der Verteidiger höchst unvorsichtig die Karten aufgedeckt. Die breite Öffentlichkeit, so argumentierte er etwa, interessiere an dem ganzen verzwickten Prozeß in allererster Linie das Strafmaß. Halle es niedrig aus, so werde sie auch glauben, daß an der ganzen Geschichte nicht viel gewesen sei. Und in die gleiche Kerbe haben noch andere der Verteidiger gehauen.

Daß die Verteidiger sich bemühten, die den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten auf ein Minimum zu reduzieren, ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht. Aber die Herren Verteidiger haben sich offenbar nicht nur als die Verteidiger der Angeklagten gefühlt, sondern auch als die Anwälte der Firma Krupp! Namentlich dem antisemitischen Durchfallskandidaten Ulrich ist der alldeutsche Völkler mit dem Verteidiger durchgegangen. Um seine Klienten weizuwaschen, hat er eine echt antisemitische Rede gegen Liebknecht und die Sozialdemokratie gehalten, eine verpöbelte Jubiläumsschelte für die ramponierte Ehre der Kanonenfirma. Wir würden diesem politischen Vierbankpauker vierter Garnitur eine unerbittliche Ehre antun, wollten wir seine idiosyncrasischen Anwürfe einer Entgegnung würdigen. Viel eher hätte das Kriegsgericht selber ein Interesse daran gehabt, sich gegen den Verdacht zu verwahren, solch antipatriotischem Geschwafel zugänglich zu sein. Aber es glaubte wohl, durch sein Urteil selbst die allzu naiven Zumutungen des Herrn Ulrich hinlänglich zurückweisen zu können.

Eine beträchtliche Rolle in den Blaidners spielte dann auch wieder der Begriff „Panama“. Einer der Verteidiger beteuerte emphatisch, die Anwendung dieser Bezeichnung auf das Ergebnis der vorliegenden Prozeßverhandlungen sei etwas, wofür ihm das Verständnis fehle. Nun, es gibt fraglichere und für die Öffentlichkeit interessantere Dinge, als das mangelnde Verständnis eines beim Kriegsgericht zugelassenen Verteidigers. Denn die begrenzte „Erkennung“ solcher Verteidiger mag sich wohl vorwiegend auf das Vorhandensein des Reserveoffizierspatents und einwandfrei „patriotischer“ Gesinnung stützen, also auf Voraussetzungen, die keinerlei Garantie für besonderes Verständnis bieten. Das Reichsparlament wird sich deshalb auch nicht sonderlich getränt fühlen, wenn derselbe Verteidiger es als ganz gleichgültig bezeichnete, was eventuell zehn Abgeordnete über das Prozeßergebnis sagen würden, es wird vielmehr dies Gefühl totaler Gleichgültigkeit auch den Redebiliten von zehn solcher Verteidiger entgegenbringen.

Nur das sei mit einiger Schadenfreude konstatiert, daß der nämliche Verteidiger den Panamapläubigen unmittelbar darauf selbst wieder die schönsten Waffen in die Hand spielte. Zweifelte er doch sehr daran, daß Brandt nun „auch alles ausgepackt“ habe. Er habe offenbar nur deshalb nicht mehr gesagt, um, nach seinen eigenen Worten, „den Skandal nicht noch größer zu machen“. Er habe also sicher noch mancherlei Skandala im verschwiegenen Busen bewahrt. Wenn er — selbst nach den opulenten Berechnungen des Anklagevertreters — höchstens 2070 M. für die heute auf der Anklagebank Sitzenden in sechs Jahren verausgabt habe, so liege doch die Frage allzu nahe, in welche Taschen denn der Rest der ihm von der Firma Krupp zur Verfügung ge-

stellten rund 18000 M. Schmiergelder geflossen sei! Na also! Und wenn dann dieser Herr noch immer keine Ahnung vom Vorliegen eines Panamas hat, so ist das nur sein eigenes Pech!

Beachtenswerter erscheint uns, was der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. v. Welt, am Dienstag über das „Panama“ zu sagen für nötig hielt. Bewies er doch bei der ganzen Verhandlung einen nicht geringen Scharfsinn und auch — soweit es die sieben angeklagten Subalternen anging — auch eine bemerkenswerte Forsthe. Auch er meinte, von einem Panama zu sprechen, sei doch unzulässig, denn unter diesem Ausdruck von ausländischer Probenienz verstehe man doch die — künstliche höhere Stellen. Davon sei doch aber in dem Prozeß nichts erwiesen.

Demgegenüber möchten wir denn doch den Herrn Kriegsgerichtsrat auf einige bedenkliche Lücken seiner Beweisführung aufmerksam machen.

Er selbst stellte sich ja — durchaus korrekt — auf den Standpunkt, daß bei der vorliegenden Bestechungsaffäre, die er für erwiesen erachtete, die Bestechenen im Grunde minder strafwürdig seien als der Bestecher, nämlich Herr Brandt. Es entspricht aber nur der Logik, daß man auch Herrn Brandt, der doch selbst nur Werkzeug war, die mildernden Umstände nicht verjagt, die der Herr Kriegsgerichtsrat indirekt den Schleuder, Hinst und Genossen zubilligte. Brandt verübte zwar die Bestechung, aber doch nur als dienendes Glied eines höheren Ganzen, nämlich der Firma Krupp. Diese ließ ihn — um uns ganz der Worte des Herrn v. Welt zu bedienen — auf die Subalternoffiziere los. Die Firma Krupp erteilte ihm die Aufträge und gab ihm die Bestechungsgelder. Der etwas mysteriöse Begriff der Firma Krupp löst sich aber bei näherem Zusehen wieder auf in das Direktorium der Firma, in dem doch nicht Subalternen, sondern höchst anscheinliche Persönlichkeiten amtierten, ehemalige hohe Reichsbeamte und hohe Offiziere. Und wie der ehemalige Feuerwerker Dröse die Armeemittelpromittierte, so kompromittierten diese Exbeamte und Exoffiziere gleichfalls im bedenkenlichsten Maße den vornehmsten Klotz in seiner vornehmsten Erscheinung! Wagt da Herr von Welt noch immer zu bestreiten, daß schon aus diesem Grunde — und zwar ganz nach der Definition des Herrn Kriegsgerichtsrats — von einem Panama gesprochen werden muß?

Doch weiter, der Herr Kriegsgerichtsrat bezeichnete es als „lächerlich“, wenn eine „gewisse Presse“ immer davon spreche, daß außer den Angeklagten „noch ganz andere Personen“ als Schuldige in Frage kämen. War er es aber nicht selbst, der am Dienstag abermals zugab, daß mindestens einer der durch die aufgefundenen Berichte Belasteten nicht entlastet worden sei?

Aber mehr noch. War nicht auch der Herr v. Mehen ein „untadeliger Ehrenmann“, der nicht aus Subalternen-Armeen stammte? Und wußte er nicht ganz genau, welches Korruptionssystem die Firma durch ihr Werkzeug Brandt züchtete? Freilich, wenn dieser hohe Kruppbeamte jetzt von allseitigen Phrasenpaukern nach Noten heruntergerissen und verunglimpft wird, so regt der sonst so temperamentvolle Anklagevertreter keinen Finger, um diese Insulten zurückzuweisen. Und doch war es — wenigstens nach der Annahme des Gerichtshofs — gerade dieser Kruppbeamte, der dem Kriegsministerium den gar nicht hoch genug zu schätzenden Dienst leistete, die ganze Korruption aufzudecken.

Wenn aber ferner der Anklagevertreter verkündete, daß kein Panama vorliege, weil ja nur Subalternen der Armeemittelpromittierten der Firma Krupp entlarvt worden seien, so wollen wir hier doch noch einmal nachdrücklich feststellen, daß das Kriegsgericht unseres Wissens — und wir haben den Verlauf der Verhandlungen mit peinlichster Aufmerksamkeit verfolgt — ja auch nicht den leisesten Versuch unternommen hat, etwaigen Indiskretionen höherer Offiziere auf die Spur zu kommen!

An uns lag das sicherlich nicht. Wir haben als pflichtgetreue Sachwalter der Öffentlichkeit getan, was wir irgend tun konnten. Wir haben die Frage aufgeworfen, ob es denn nicht auch — im Interesse der Heeresverwaltung und des Staates — angebracht sei, einmal den so oft erwähnten sonstigen Informationsquellen der Firma Krupp nachzuspüren. Man brauche doch nur, unter exakter Zugrundelegung des betreffenden Kornwalzers, peinlichst zu inquirieren, was denn eigentlich die höheren Beamten der Firma Krupp von höheren Offizieren und Beamten erfahren hätten. Erst dann ergebe sich eine genaue Kontrolle, ob nicht auch von ganz anderen Stellen unzulässige Indiskretionen verübt worden seien.

Da über die Kornwalzer in geheimer Sitzung kaum 4-5 Stunden in gesamt verhandelt worden ist, erscheint es uns schon verhandlungstechnisch ganz ausgeschlossen, daß unserer Anregung ernstlich entsprochen sein könnte.

Wir haben — wiederum im eminentesten öffentlichen Interesse — die Vernehmung der Kruppdirektoren usw. darüber zu veranlassen versucht, wozu denn eigentlich die

außerordentlich viel höheren „Funktionszulagen“ der Herren v. Mehen, v. Dreger usw. gebührt hätten. Diesen Anregungen ist ebenso wenig Folge gegeben worden!

Man hat also nichts ermittelt, aber man hat auch keinerlei Recherchen nach dieser Richtung hin angestellt!

Und es hätte doch so nahe gelegen, wenigstens darüber Ermittlungen anzustellen, ob denn auch der Firma Krupp über solche Konstruktionsgeheimnisse auf „legalem“ Wege Mitteilungen gemacht worden waren, die die Konkurrenzfirma Ehrhardt betrafen, die es sich sicherlich energisch verbeten haben würde, ihre Fabrikationsgeheimnisse der Konkurrenzfirma zu verraten.

Wir wissen natürlich sehr gut, daß das Kriegsgericht formell in keiner Weise verpflichtet war, diesen Mysterien nachzugehen, obwohl sie gerade die allerinteressantesten waren. Es konnte sich nach dem Buchstaben des Gesetzes darauf berufen, daß aus der Verhandlung alles ausscheidet, was nicht zur Ueberführung der sieben Angeklagten beitrage.

Aber dann sollte man sich wenigstens auch peinlich davor hüten, zu behaupten, daß das nunmehr abgeschlossene Verfahren wirklich Licht über alle Dinge verbreitet habe, die so dringend der Aufklärung bedürften. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht war nichts als der erste Auftakt zur Entlarbung des Panama! Die Hauptarbeit wird noch zu tun sein. Von der Roabiter Strafkammer und der parlamentarischen Untersuchungskommission!

### Der Krupp-Skandal im „patriotischen“ Spießhaken.

Daß die Krupp-Patrioten seit langem ab der Entlarbung der Geschäftsgeheimnisse der Firma vor Wut lodten, ist ja bekannt. Welche Delirien aber diese Erregung verursachte, verrät ein Büttergut, den ein Herr D. v. Gottberg — vermutlich auch ein ehemaliger Träger des vornehmsten Klotzes — im „Lokal-Anzeiger“ vor sich gibt. Da dieser offiziöse Nachrichtenverschleier (zugleich das Organ der Klotzeninsekte) ersaunlicherweise den Vorzug genießt, als einziges der deutschen Blätter der „allerhöchsten“ Stelle ungeschnitten vorgelegt zu werden, darf der Artikel des besagten v. Gottberg wohl als Versuch publizistischer Drummbergung betrachtet werden.

Herr v. Gottberg bringt es fertig, Herrn Ulrich zu überreden. Keine Maus habe der von Liebknecht ins Kreisen gebrachte Berg geboren, sondern „kaum eine Wäde“. Alles sei im Blütenwech reinster Unschuld aus dem Prozeß hervorgegangen. Die Heeresverwaltung, die Firma Krupp, die Krupp-Direktoren, kurz alles, alles. Nur eiliche niederträchtige Gesellen von Subalternen, Offizieren“ hätten den vornehmsten Klotz beschmutzt. Diese Vurken freilich — psst! Delbet noch einmal! Man höre nur Herrn v. Gottberg:

„Lilien und Genossen haben Anspruch weder auf Mitleid noch die ihnen gebührende Milde. Sie lobten Verrot, zwar nicht mit der Absicht, aber doch der Möglichkeit, die Sicherheit des Gemeinwohls zu gefährden. Sie liehen sich den Mund mit Bütterfüßen stoßen oder das Gewissen mit kleiner Münze beschwichtigen. Diese Krupp-Geldmänner, die wie Klotzen ausplauderten und die Schmutzrosen der Hintertreppe nahmen, haben 10-20 Jahre Gedient, zum Teil das Einjährig-Examen abgelegt und haben — soweit Schneiderarbeit dazu verhalfen kann — in der Mehrzahl als Offiziere auf der Kollagebank. Aber, der immer den Nagel auf den Kopf treffende Vertreter der Anklage durfte sie in der gerechten Empörung des preussischen Beamten „feile Schreiberseelen“ nennen und als Verteidigungsmittel kannten sie nur die Lüge und Behaupten in einem Fall so verächtliche Unaufrichtigkeit, daß die eigenen Anwälte mit Protest von ihnen abrückten. Jedem Schamgefühlern, scheuten sie in ihrer jämmerlichen Lage sogar vor arroganten Aufstößen nicht zurück.“

Wirklich, es gehört höllisch viel Courage und ganz besonderer militärischer Schneid dazu, den besagten Offizieren des Kruppischen Schmiergeldsystems so saftig auf die vertrocknete Uniform zu spucken! Eselshutritze pflegt man ja wohl dergleichen sonst zu nennen.

Aber Herr v. Gottberg entläßt seinen patriotischen Ingrimm nicht nur gegen die traurigen Opfer des Kruppischen Schmiergeldsystems. Auch die Militärbehörden kriegen ihren dicken Klotz wegen ihres schlappschwänzigen Zusammenrückens vor der mit infernalischem Ludergeruch behafteten Demokratie:

„Unsere Armeemittelpromittierten haben in ihren besten Tagen schmutzige Wäsche gehabt, aber sie nach Gewohnheit anständiger Leute in ihren eigenen Räumen gesäubert und nicht auf die Gasse geschleppt... Aber es scheint, als ob auch die Armeemittelpromittierten in die große Retirade vor der sogenannten öffentlichen Meinung, in Wirklichkeit vor der Demokratie verwickelt werden soll. Ist es doch wahrscheinlich, daß als Folge eines zweiten, noch breiteren Vorstoßes der Sozialdemokratie einige Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches geändert werden.“

Schauderhaft, höchst schauerhaft. Aber ein siller Trost ist dem Hyperpatrioten v. Gottberg doch geblieben: der Ehrenschild der Firma Krupp zeigt auch nach der schmutzigen Wäsche nicht den kleinsten Rostfleck!

Die Firma Krupp sah nur als Zeugin vor dem Kriegsgericht, aber schon jetzt läßt sich behaupten, daß sie von



ihem Wohlberdienen Ansehen nicht einbüßen wird."

Herr S. Gottberg hat den rechten Krupp-Glauben. Er läßt ihn sich nicht rauben. Er ist auch gegen alle Zweifel gefest. Denn das Eigentümliche des Glaubens ist ja, daß er sich nicht beweisen läßt!

Ein Panama, eine Blamoge sondergleichen, eine moralische Niederlage hat nur die — Sozialdemokratie erlitten. Wegen sie muß nun die Strafe vollstreckt werden. In den Kassenarrest, in die Siefen mit dieser „Spottgeburt“. Der mit Ausnahmefähigkeit gegen diese Niederträchtigkeit! Von hier:

Nachdem die Sozialdemokratie wieder einmal nach in ihrer verkehrten Verlogenheit vor dem Volk steht, sind die beamteten Führer der Nation zu fragen, ob sie dieser politischen Spottgeburt immer noch Einfluß auf die Leitung der Staatsgeschäfte gewähren wollen. Die Leute, die Staat und Gesellschaft doch nur zerschüttern wollen, dürften die Geesververwaltung und die erste Vertreterin des deutschen Kaufmannshandes, des deutschen Gewerbestandes vor den Untersuchungsrichtern zitieren. Diese Leute ohne eigenes Ehrgefühl, die mißschamloset Niedertracht den guten Namen der Armee zu besudeln versuchen, sollen nun sich rühmen dürfen, daß es bereits in ihrer Macht liegt, dieses Gees zu ändern!

Niederstufelung der Umsturzpartei verlangt also der Scherl-Krupp-Mann, damit nicht „dem Umsturz die Gasse zum Siege gefahrt“ werde.

Schade, Jammerschade, daß dieser S. Gottberg zu den Abgehälferten in der Armee gehört. Den Mann könnte die Sozialdemokratie als Kriegsminister gebrauchen.

## Sturm lauf gegen die deutsche Sozialpolitik.

Von allem Anfang an war die Sozialpolitik den Industriellen ein Greuel. Wurde doch damit der bis dahin so eifrig genährte Glaube zerstört, daß der Unternehmer der sorgsamste „Vater seiner Arbeiter“ sei, die in allen Wirren des Lebens auf seine durchgreifende Hilfe rechnen könnten. Allerdings steht heute auch fest, daß es der Regierung des Fürsten Bismarck, als sie mit der Sozialpolitik einlechte, weniger darum zu tun war, der schwer kämpfenden Arbeiterschaft wirksam unter die Arme zu greifen, als vielmehr darum, die Arbeiterschaft von dem Anschluß an die Sozialdemokratie fernzuhalten. Daß dies ein Versuch mit untauglichen Mitteln an ungeeigneten Objekten war, hat der Verlauf kläglich erwiesen. In dem gleichen Maße, wie die Sozialdemokratie wuchs — trotz alledem — verschärfte sich auch der Widerstand des sich immer mehr konzentrierenden Großkapitals gegen den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung. Die Versicherung des einstigen Staatssekretärs v. Bötticher: „Keine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie“, hatte die erwünschte Wirkung nicht, die Hege ging weiter, nahm an Schärfe in einer Weise zu, daß selbst der spätere Staatssekretär Graf Posadowsky in einer Abwehr gegen die Freikonferenzen dazu kam, zu konstatieren, daß die Beiträge der Unternehmer zu den Sozialgesetzen von ihnen lediglich verauslagt, nicht aber aus eigenen Mitteln bestritten werden.

Mittlerweile hat sich die deutsche Industrie riesenhaft entwickelt, sie dominiert auf dem Weltmarkt, sie ist zum Staat im Staate geworden, ihre Organe haben es sich angewöhnt, die Minister als untergeordnete Werkzeuge zu betrachten und demgemäß zu behandeln; die Profite sind enorm gestiegen — von der angeblich ruindenden Wirkung der Sozialpolitik auf Handel und Industrie keine Spur. Trotzdem erstarkt in kapitalistischen Kreisen der Widerstand gegen die Sozialpolitik und er hat seinen Höhepunkt bis jetzt erreicht in einem Pronunziamento, das die „Post“ in ihrer Morgenausgabe vom Dienstag sich leistet. Was die „Post“ schreibt, wäre an sich recht gleichgültig, wenn man nicht wüßte, daß es sich bei diesem Pronunziamento in der Tat um eine Willensäußerung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie handelt. Das offizielle Organ dieser ungemessen einflußreichen Gruppe ist allerdings die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ein Organ, das bei aller sonstigen Kuppigkeit doch noch etwas auf Reputation halten muß. Bei der „Post“ fällt diese Notwendigkeit weg, denn über den Charakter dieses Blattes herrscht in politischen Kreisen keinerlei Meinungsverschiedenheit. Was die Schwerindustrie aus dem angebotenen Grund in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nicht sagen will, das verkündet sie durch den Rund der „Post“, deren Leiter aus der Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nach Berlin versetzt wurde.

Was der Angestellte Brandt für die Firma Krupp war, das ist, nur wenig modifiziert, die „Post“ für das rheinisch-westfälische Industriekapital und die ihm dienstbare „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Es gibt keine Verschiebung gegen die Regierung und keine Erbärmlichkeit gegen die Arbeiterklasse, die in der „Post“ nicht zum beredten Ausdruck gebracht werden könnten. Ist es nötig, dann wird das Blatt einfach debakuliert und die Schwerindustrie gibt zum Schein dem etelhaften Adier auch noch ein paar Jubiritte, bis der Tanz von neuem beginnt. Nur wenn man diesen Zusammenhang kennt, kann man den Sturm lauf voll würdigen, der in der „Post“ gegen die Sozialpolitik im allgemeinen und gegen die Arbeiterklasse im besonderen eingesetzt hat.

Die Hege setzt mit einem Angriff auf das Reichstagswahlrecht ein, das der Arbeiterschaft einen ihre geistige und sittliche Bedeutung weit überragenden Einfluß im öffentlichen Leben verschafft habe. Aller nationalen Gefinnung bleisch gänzlich bar, zum größten Teil staatsgegnerisch und heeresfeindlich, stelle die Arbeiterschaft einen höchst unsicheren Bestandteil unseres Volkes dar, und daraus ergebe sich aber auch, daß wir mit unserer Sozialpolitik auf falschem Wege seien. Und nun folgen die Angriffe hageldicht auf das wahrlich nicht übermäßig festfundierte Gebäude unserer Sozialpolitik. Die Selbstverwaltung der Krankenkassen hätten diese zu Stützpunkten der sozialistischen Bewegung gemacht. Durch die zu weit gehende Fürsorge der Arbeiterschaft auf Kosten des Unternehmertums habe man ihr die Möglichkeit gegeben, „sich auszuheben“, d. h. es an eigener Fürsorge für sich, für die Familie fehlen zu lassen, da das Gemeinwesen bezw. das Unternehmertum für alles sorgen müsse. Man habe ferner der Arbeiterschaft die Mittel geliefert zu den großen Abgaben an die Gewerkschaften, aus denen die Verberkosten für die letzteren, die Mittel für Streik, für die Presse usw. gewonnen würden. Die Sozialpolitik habe dazu geführt, die Ansprüche der Arbeiterschaft an die Gesamtheit in das Ungemessene zu steigern und sie habe zur Verrohung dieser Kreise ganz außerordentlich beigetragen, indem sie deren sittliches

Pflichtbewußtsein gegen sich, ihre Angehörigen, gegen Mitmenschen und namentlich gegen die besser gestellten Staatsbürger erheblich verringerte. Von der alten deutschen Treue des Arbeiters gegen seine Arbeitgeber kenne der Industriearbeiter kaum mehr etwas. Er wisse nur von Ausbeutung durch leigere und von dessen Bereicherung durch die Leistungen des Arbeiters. Der Jugend raube man jede harmlose Freude am Dasein; alle Ideale würden ihr genommen und dafür Haß, Neid, Verachtung gegen die übrigen Angehörigen des Volkes eingepfist. Ueberhaupt sei die ganze Arbeiterbewegung auf der läßlichen Neigung der Menschen zur Unzufriedenheit gegründet als auf einen Charakterzug, der oft in Schlechtigkeiten ausartet. Wer möchte wohl behaupten, daß die Arbeiterschaft durch die soziale Gesetzgebung lebenswürdiger, gestiteter, menschenfreundlicher, nationaler, überhaupt besser geworden sei? Dennoch aber trage die Gesetzgebung keine Bedenken, fortwährend noch Aufwendungen der Gesamtheit und des Unternehmertums zugunsten der Arbeiterschaft zu machen. Schließlich werden die „Hamburger Nachrichten“ zitiert — auch eine Duell, über deren „Lauterkeit“ kein Zweifel bestehen kann —, die jüngst nachgewiesen habe, wie den Unternehmern durch die sozialen gesetzlichen Vorschriften die Werkstätten verunreinigt würden, welche ungeschönte Schreiarbeit ihnen einstehe, daß die Einstellung eines einzigen Mannes 25 bis 35 Eintragungen erfordere — vermutlich sind dabei die Eintragungen in die schwarze Liste mitgezählt — und endlich wird das Hamburger Scharfmacherblatt als Kronzeuge dafür angerufen, daß die Sozialpolitik nicht veredelnd auf die Arbeiter gewirkt hat.

Warum nun diese infernalische Hege? Mitten in dem Artikel, ziemlich versteckt, streift die „Post“ die Frage der Arbeitslosenversicherung und das Problem der Arbeitslosenfürsorge, das heute ein so brennendes geworden ist, daß sich Staat und Gesellschaft seiner Lösung nicht mehr entziehen können. Wir verweisen auf die Auslassungen des Prinzregenten Ludwig von Bayern, die von der Zentrums- und der bürgerliche Gelehrte die Fürsorge für die Arbeitslosen als zwingende Notwendigkeit bezeichnet haben. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie befürchtet, daß das feinen Niederschlag finden könnte in einer Gesetzesvorlage über die Fürsorge für die Arbeitslosen. Eine solche Fürsorge will aber die Großindustrie unter allen Umständen vermieden wissen, denn sie braucht das Heer der hungernden Arbeitslosen, um auf die Löhne der Arbeitenden drücken zu können. Daher die Wut, die sich auslöst, wenn dieses Thema zur öffentlichen Erörterung gestellt wird, und die Schwerindustrie ist offenbar der Meinung, daß es höchste Zeit sei, der Regierung in den Weg zu treten, um zu verhindern, daß Staat und Gesellschaft ihrer Pflicht gegen die Arbeitslosen sich bewußt werden. Man kann aus diesen Anzeichen schließen, welche schwere Kämpfe im kommenden Winter im Reichstag sich entfalten werden. Denn es scheint uns ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach der Richtung hin erneut einen Vorstoß unternimmt, wenn die Regierung sich nicht selbst auf ihre Pflicht besinnen sollte. Bereits zu Beginn der Reichstagsession 1912 hat die Fraktion die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften verlangt.

## Wilhelms II. „moralische Eroberungen“ in Norwegen.

Die bürgerliche Presse weiß von der außerordentlichen Sympathie, die Wilhelm II. in Norwegen genießt, so viel zu erzählen und hat bei der Enthüllung der von Wilhelm geschenkten Freihofsstatue bei Dalholm am Sognefjord neuerlich dieses Lied gesungen. Und ganz sicher ist: die Hoteliers in den Westfjorden und alle am Touristenberuf Interessierten sehen diesen Besuch gerne, da ihm deutsche Boargeois wie Wädenschwärme folgen. Aber das norwegische Volk und auch das offizielle Norwegen würden herzig gerne auf diesen Besuch verzichten, weil eine Begleiterscheinung desselben den tiefsten Unwillen erregt: nämlich die deutsche Flottenstation.

Schon vor zwei Jahren hat die norwegische Presse wegen dieser alljährlich wiederkehrenden deutschen Flottenbesuche und der von Wilhelm in norwegischen Gewässern vorgenommenen Paraden gemaltigen Lärm geschlagen. Der Grund ist der: die Kriegsschiffe nehmen Notungen vor, besuchen die befestigten Küstenplätze, kurz sie betreiben das, was in anderen Ländern unter das Spionageschiff fällt. In Norwegen ist man aber der Ansicht, daß, wenn es einmal zu einem deutsch-englischen Kriege kommt, die Entscheidungsschlacht in der Nordsee stattfinden und die geschlossene Flotte leicht auf den Gedanken kommen kann, sich in den nahen norwegischen Fjorden zu sammeln — wenn man sie genau kennt. Diese Befürchtung ist auch von offizieller norwegischer Seite ausgesprochen worden. Da man diese norwegischen Stimmungen kennt, unterlassen es England und Frankreich, jetzt eine größere Eskadre zu Lebnungszwecken nach Norwegen zu senden; auch Deutschland hat im vorigen Jahre Norwegen verschont und Schweden besucht. Die Enthüllung der Freihofsstatue ist aber der Vorwand gewesen, fünfzig deutsche Kriegsschiffe „zur Feier“ nach den norwegischen Fjorden zu entsenden! Diese Schiffe veranfalteten nun in der vorigen Woche im äußeren Schärenhof von Bergen kriegsgemäße Seemannsübungen mit scharfer Munition. Eine — allerdings unbewohnte — Insel wurde scharf beschossen und angegriffen. In fremden Gewässern, im befestigten Einsafergebiete der zweitgrößten Stadt des Landes! Man kann sich denken, wie dabei erlittet hat, aber man schwieg: denn dies geschah zwei Tage vor der Begegnung Wilhelms mit Haakon und der Uebergabe der Statue.

Aber am selben Abend ankerten einige deutsche Kriegsschiffe im Bergener Hafen und zwangen den schon lange vorher dort veranfertigten englischen Touristendampfer „Mantua“, seinen Platz zu verlassen, d. h. sie rüdten ihn so dicht an den Leib, daß er, um bei den Wandrierungen ein Unglück zu vermeiden, tatsächlich vom Platze wich. Dem Admiral scheint allerdings später aufgedämmert zu sein, was das heißt: im fremden Hafen einen Touristendampfer widerrechtlich aus dem Hafen zu treiben. Er wollte sich durch Zurechtweisung bei dem Kapitän der „Mantua“ entschuldigen, aber dieser lehnte jeden Verkehr mit dem deutschen Admiral ab. In Bergen ist man über diesen Vorfall wütend, denn die „Mantua“ ist das größte und luxuriöseste Touristenschiff der Welt, das 1000 der reichsten Engländer und Amerikaner mit sich führt. Um den Besuch dieses Schiffes werben eifrig alle skandinavischen Städte — die „Mantua“ wird aber jetzt Bergen kochottieren, weil sie von den Hafenbehörden — die einen Skandal vermeiden wollten — nicht genügend geschützt wurde.

Vor dem Hafen kriegsgemäße Seegefechte — im Hafen Vertreibung gleichberechtigter Touristenschiffe, das hat dem Jag den Boden ausgeschlagen! Das sehr deutschfreundliche Blatt „Lidars“ in Dramheim beröfenlicht einen längeren Artikel, in dem es ganz energisch fordert, daß mit den deutschen Flottenbesuchen und ihrem Treiben Schluß gemacht wird. „Der deutsche Kaiser ist als Gast unseres Landes immer willkommen, aber eine Siegesallee am Sognefjord brauchen wir nicht und die stets wiederkehrenden Flottenbesuche sind uns alles eher als angenehm.“ Die ungemein gemäßigten „Lidars“ vom 31. Juli bringt einen sehr bognantinschen Besartikel zur Enthüllungsfest, der aber doch diese Stelle enthält:

„Es wäre unehrlich, zu behaupten, daß die großen deutschen Flottenmanöver, die zurzeit längs unserer Küste von Rosbe bis Narvik abgehalten werden, große Mißstimmung im Lande wecken. Kaiser Wilhelm muß selbst verstehen, daß eine Nation, die auf das äußerste entschlossen ist, ihre Neutralität zu wahren, sich nicht dem aussetzen kann, in Europa Mißdeutungen herborzurufen.“

Wenn das Sozblatt sich zu solchen Bemerkungen im Festartikel auffaßmangt und auf der nächsten Seite den Zwischenfall in Bergen (mit der „Mantua“) ausführlich behandelt, ihn „eine peinliche Affäre“ nennt und von einem „bedauerlichen Verhalten der Hafenbehörden“ spricht, so wird man begreifen, daß unser in Kristiania erscheinendes Parteiorgan die allgemeine Stimmung wiedergibt, wenn es schreibt:

„Die Umstände, die den Kaiserbesuch und die Gabe (d. i. die Freihofsstatue) begleiten, sind betari, daß wir endlich etwas lernen müssen. Wir zielen damit nicht auf den schlechten Einfluß, den die Kaiserbesuche auf den moralischen Charakter eines kleinen Teiles der Bourgeoisie ausübt (die zum Bognantismus befähigt wird). Wir meinen die großen Flottenmanöver, die „friedlichen Kriegsoperationen“. Hier liegt eine solche Verachtung des gewöhnlichen internationalen Takties vor, die wirklich unerreicht und einzig ist.“

Das Blatt meint dann noch, daß die deutsche Flotte eine ganze Reihe gesetzlich verbotener Handlungen vornahm und dabei auch die allgemein gültigen internationalen Regeln verletzte. Es fordert die sofortige Schaffung internationaler Garantien gegen jedwede Verletzung der Neutralität, die von Deutschland ernstlich gefährdet wird.

So macht unser Seemilitarismus im Auslande „morosche Eroberungen“. Wie einfältig ist es, zu glauben, daß derlei Einbrüche durch ein geschenktes Stückchen Siegesallee von Kaiser Gnaden gemildert werden!

## Die Bukarester Friedenskonferenz.

Kein Fortschritt der Verhandlungen. Bukarest, 4. August. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureau.) In der Besprechung, die heute nachmittag zwischen Delegierten der Verbündeten und Rumänien stattfand, beharrten die Verbündeten, wie aus Mitteilungen von griechischer Seite hervorgeht, auf ihren letzten Vorschlägen, so daß vorläufig kein Fortschritt zu verzeichnen ist.

Oesterreichische Quertreibereien. Wien, 5. August. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ hält die Nachrichten über die Bukarester Friedensverhandlungen für geeignet, gewisse Besorgnis in Oesterreich-Ungarn hervorzurufen. Die durch die maßlosen Forderungen Serbiens und Griechenlands geschaffene Sachlage rücke mit Rücksicht auf Rumänien sowie aus sonstigen Gründen die in Oesterreich-Ungarn wenig erwünschte Aufgabe einer Revision des gesamten Friedenswerkes in unerfreuliche Nähe. Das Blatt glaubt, Serbien und Griechenland schöpften eine Ermunterung zu ihren hochgeschraubten Präntationen nicht zum geringsten Teil aus der Ueberzeugung, daß Rußland das von ihm geforderte Existenzminimum für Bulgarien nicht in der Weise interpretiere, die einer wirksamen Zurückweisung zu hoch gehender Wünsche Serbiens und Griechenlands gleichläme. Infolgedessen scheine in Athen und Belgrad der Eindruck zu bestehen, daß Oesterreich-Ungarn allein den Standpunkt vertreten, der letzte Balkankrieg dürfe nicht in der Unterwerfung kompakter Massen der bulgarischen Bevölkerung unter fremde Herrschaft resultieren. Auch die Zunahme des türkischen Selbstbewußtseins, welches die gegenwärtige Lage noch mehr kompliziere, sei ein sehr ernstes Zeichen dafür, welche Folgen ein laues Auftreten einzelner Mächte in der mazedonischen Frage anderwärts ausgelöst habe.

Vom Einfall der Türken in Bulgarien. Berlin, 5. August. Die Bulgarische Gesandtschaft in Berlin hat folgende offizielle Depesche erhalten: „Die Bulgarischen Behörden in Harmanli melden die folgende, von den Türken verursachten Schäden in den ganzen Bezirk: In Dubimeh 800 Wirtschaftsgebäude, Häuser, und ein größeres Quantum Getreide verbrannt, drei Personen getötet. Im Dorfe Sivareka 380 Häuser verbrannt, sechs Personen getötet, und das ganze Vieh mitgenommen. Das ganze Dorf Lozen und ein großes Quantum Getreide verbrannt. Im Dorfe Wilka 65 Häuser, 65 Scheunen, sechs Läden, großes Quantum Getreide verbrannt. Im Dorfe Biser 110 Häuser, große Quanten Getreide verbrannt. Im Dorfe Tscherna-Rogla das ganze Vieh fortgeraubt. Im Dorfe Rom-Labo 40 Wirtschaftsgebäude, 13 Häuser verbrannt. Im Dorfe Orkovo 16 Häuser verbrannt.“

## Politische Uebersicht.

Sie haben nichts gelernt! Der Bericht des Parteivorstandes für den bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag in Jena hat einer Reihe von bürgerlichen Blättern Anlaß gegeben, frohlockend den baldigen Zusammenbruch der sozialdemokratischen Partei zu prophezeien — und zwar frohlockten gerade die Blätter am meisten, die am wenigsten vom Wesen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Organisation verstehen. Im Grunde genommen sind uns diese Artikel ziemlich gleichgültig. Wie oft ist nicht schon unsere Partei totgelegt worden. Nach dem Wahlausfall im Jahre 1907 gab es ja fast kein liberales oder konservatives Blatt in Deutschland, das nicht mit größter Sicherheit die völlige Auflösung der Sozialdemokratie verkündete — und während sie noch stralente wuchsen unsere Organisationen, vermehrten sich die Abonnentenziffern unserer Blätter und erhöhten sich die Kassenebstände, so daß bei den letzten Reichstagswahlen 110 rote Abgeordnete in den Reichstag einzogen. Jetzt ist nach dem tiefsten Wachstum der letzten Jahre wieder ein Rückschlag eingetreten — ein verhältnismäßig kleiner Rückschlag, und wieder geht das Drakeln der Weisen los. Daraus zu antworten lohnt sich nicht der Mühe; besser ist, wir suchen durch verdoppelte Agitationsarbeit den kleinen Rückschlag zu überwinden. Bürgerliche Blätter, die, wenn sie auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hassen, doch deren Gesichte etwas besser kennen, spotten denn auch selbst über die



weisen Prophezeiungen der „staatsberhaltenden“ Presse. So schreibt H. Herrn Georg Dertel in der „Deutschen Tageszeitung“:

Wir haben schon vor kurzem hervorgehoben, daß auch im letzten Berichtsjahre trotz des nachlässigen Rückschlages nach den Wahlen die sozialdemokratische Frauen- und Jugendbewegung sehr erhebliche und sehr bedenkliche Fortschritte gemacht hat. Nach unserer Ueberszeugung birgt besonders das äußere und innere Anwachsen der sozialdemokratischen Jugendbewegung große und bedrohliche Gefahren. Auch im politischen Leben gilt das alte Wort, daß die Zukunft dem Gehebrten, dem die Jugend gehört. Die Einbrüche, die das werdende Geschlecht in der Jugend in sich aufgenommen hat, sind schwer wieder zu beseitigen. In der sozialdemokratisch organisierten Jugend wächst der Partei eine Zukunft heran, die sie in den Stand setzt, gewisse Rückschlüsse auf anderen Gebieten zu überwinden. Es würde kurzfristig und tödlich sein, wenn die verantwortlichen Stellen und wenn die bürgerlichen Kreise diese Zukunftsentwicklung außer acht lassen wollten.

Dazu kommt noch ein anderes. Wir haben vor kurzem verzeichnet, daß die sozialdemokratische Bewegung unter den Landarbeitern recht erhebliche Fortschritte gemacht hat. Nicht nur die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Landarbeiter ist verhältnismäßig stark gewachsen, sondern es haben auch die Beiträge für die Parteifläche aus diesen Kreisen eine nicht zu unterschätzende Zunahme erfahren. Gewiß sind erfreulicherweise die Landarbeiter in den meisten Gegenden noch vor der sozialdemokratischen Verführung und Verführung gefeit; aber es gibt doch zu denken, daß schon fast 100 000 ländliche Arbeiter der Fährte des roten Staatsjägers gefolgt sind, daß sie sich haben in die sozialdemokratische Schlauchstricke einreihen lassen und daß sie bereit waren, Geldopfer dafür zu bringen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, und wenn nicht alles geschieht, was zur Abwehr erforderlich ist, dann wird diese Entwicklung weitergreifen; und wie bedrohlich, wie bedenklich, wie staats- und volksgefährlich ein derartiges Weiterschreiten sein würde, bedarf keiner näheren Darlegung.

Deshalb können wir nicht verstehen, wie bürgerliche Blätter den teilweise und vermeintlichen Niedergang oder Stillstand der Sozialdemokratie mit überschwenglicher Freude begrüßen und sich beinahe so stellen können, als ob nun die sozialdemokratische Gefahr im Abflauen begriffen sei.

Auch Herr Georg Dertel ist sicherlich kein großer Kenner der Sozialdemokratie; aber etwas mehr politische Einsicht wie die gewöhnlichen nationalliberalen Durchschnitts-Zeitungs-Politiker besitzt er immerhin.

### Das geängstigte Kapital.

Die Abwanderung deutschen Kapitals in das Ausland mit den Streiks der letzten Zeit in Verbindung zu bringen — ist eine Grundstimmung, die der Korrespondenz des Offiziers Schweinburg gelungen ist. In den letzten sechs Monaten sind nämlich große deutsche Kapitalien in das Ausland gegangen, und es ist gewiß, daß die Ursache der Flucht in dem Wehrbeitrag und in der Vermögenszuwachssteuer zu erblicken ist. Herr Schweinburg aber deutet diese Erscheinung — wohl höheren Auftrags — anders. Er findet, daß die Drohung mit dem politischen Massenstreik das Kapital in Angst versetzt und daher zur Auswanderung getrieben habe. Nun datiert aber die angebliche Drohung mit dem politischen Massenstreik erst seit einigen Wochen, die Abwanderung des Kapitals aber seit bereits vor mehreren Monaten ein, nämlich als die Deckungsanschläge für die Militärvorlage veröffentlicht wurden. Der Zweck der Schweinburgischen Stilllegung wird aber klar, wenn man dann liest, daß unbedingt Schutzmaßnahmen gegen das Hereinbrechen sogenannter wilder Streiks geschaffen werden müssen. Also: Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter, weil die patriotischen Kapitalisten das teure Vaterland um die Steuern demogeln!

### Zum Waldenburger Meineidsprozeß.

Der konservative Chefredakteur Lippold, der bekanntlich einen ehemaligen Angestellten der sozialdemokratischen „Schlesischen Zeitung“ veranlaßt hat, seinen Freund Hoffmann, den Faktor der Zeitung, wegen Meineids anzuzeigen, hat in der Schourgerichtsverhandlung sich damit gebrüht, daß er stolz darauf sei, diese „hohe staatsbürgerliche Pflicht“ erfüllt zu haben. Jetzt veröffentlicht unser Waldenburger Parteiblatt einige sehr seltene Fragen an diesen Herrn Lippold, die nicht geringes Aufsehen erregen dürften, da sie einen Blick hinter die Kulissen dieses ungeheuerlichen, aus maßloser Rachsucht entstandenen Prozesses gestatten.

In der Schweidnitzer Schourgerichtsverhandlung wurde bekanntlich der Anzeigengeber Köhler von der Verteidigung wiederholt gefragt, ob er irgend einen materiellen Vorteil von dem konservativen Redakteur erhalten habe, als er sich zur Anzeige verpflichtete. Köhler beantwortete diese Fragen stets mit nein. Die Verteidigung beschränkte sich schließlich darauf, dem Zeugen Köhler auf den Kopf zuzusagen, daß doch schon seine spätere Anstellung ein solcher materieller Vorteil gewesen sei. Jetzt hat es aber den Anschein, als ob dem Köhler außer der Anstellung noch andere materielle Vorteile für seine Tat gewährt worden sind. Unser Waldenburger Parteiblatt hat von vertrauenswürdiger Seite wichtige Mitteilungen nach dieser Richtung erhalten. Es fordert auf Grund dieser Mitteilungen den Herrn Lippold auf, sich zu dieser Angelegenheit näher zu äußern und legt ihm folgende Fragen zur Beantwortung vor:

1. Ist es wahr, daß Köhler von Ihnen 75 M. erhalten hat?
2. Ist es wahr, daß Köhler über diese Summe vor der Anzeige am 31. Dezember 1912 und vor seiner Anstellung Ende Februar 1913 als Voranschlag liquidierte, und ist es ferner wahr, daß dieser Voranschlag bis nach dem „Meineids“-Prozeß noch nicht gebüht war?

Weiter gestatten Sie, daß wie im Zusammenhang mit diesen Fragen daran erinnert, daß dem Köhler auch die Frage vorgelegt wurde, ob bei den Verhandlungen zwischen Köhler und Lippold dritte Personen zugegen waren. Köhler beantwortete diese Frage mit „Nein“. Auch bei dieser Gelegenheit unterließen Sie es, beim Suchen der ganzen Wahrheit behilflich zu sein. Wir richten deshalb auch in bezug auf diese Angelegenheit folgende Fragen an Sie:

1. Ist es wahr, daß während der Unterredung, die Sie mit Köhler hatten, einer Ihrer Expeditionsbeamten in Ihrem Auftrage der Unterredung hinter der Tür beizuwohnte?
2. Ist es wahr, daß Sie später zu demselben Beamten äußerten: Den Menschen können wir doch nicht einstellen?

### Die Meyer Riesentierchen.

Die Katholikentage gestalten sich immer mehr zu lustigen Jahrmärkten, auf denen das Essen, Trinken, Musikieren, Komödien spielen und Abtreiben von Feuerwerkskörpern zur Hauptsache wird. Die Veranstalter dieser religiösen Jahrmärkte betrachten denn auch selbst mehr und mehr die Vergnügungen als Hauptsache. So zeigen die Zentrumsblätter an, daß bereits am Samstag, den 16. August, als Vorbild des am nächsten Tage beginnenden Festrausels, in der Meyer Festhalle eine große Generalprobe des Vergrühungsabends abgehalten werden soll, in der fast alle Nummern dieses Abends „zur Aufführung gelangen“ werden und zu der schon vorher Eintrittskarten zu „billigen Preisen“ zu haben sind. Außerdem werden den frommen Besuchern des Meyer Katholikentages noch allerlei andere schöne Genüsse verheißen: ein großartiger Umzug, ferner werden auf der Pflanzanlage, die jeden Abend elektrisch beleuchtet wird, drei große Restaurationen errichtet, in denen bei großen Massen-

konzerten gespielt und gezecht werden kann. Zudem wird am Dienstag, den 19. August, oder am nächstfolgenden Tage auf der Schiphorieninsel ein Riesenseuertert abgebrannt, und am Donnerstag, den 21. August, wird ein großes Festessen (Schedel & Markt ohne Wein) abgehalten. Zu diesen vielen Festfreuden kommen noch allerlei kleinere Kommercie.

Auch wer schaulustig ist und gerne mal hohe Kirchenfürsten in prächtigen Gewändern sowie die großen Führer des Zentrums mit Einfluß des genialen Herrn Erzbergers sehen möchte, kommt auf seine Rechnung; denn es haben sich bereits angemeldet: die Bischöfe von Straßburg, Speyer, Trier und Lugemburg, der Weihbischof von Paderborn, Bischof Spreiter, Apostolischer Vikar von Dar-es-Salaam, die Prälaten Schamer, Generalkaplan von Ralm, Weiskäfer aus Dombühl, Brenner aus Rom, Ernst aus Durbach, Müller-Simonis aus Straßburg, Pieper aus München-Gladbach, Szabomski aus Königsberg, Werthmann aus Freiburg, Graf Droste zu Vischering, Fürst Alois zu Löwenstein, Friedrich Graf von Galen, Freiherr Dalwigk zu Lichtefeld, Baron von Radeke, Baron Henri de Mascout, Clemens Freiherr v. Der, zwei Freiherren von Schorlemer, Graf Wiser, die Abgeordneten von Savigny, v. Steinaeder, Sahensky, Gerold, Giesberts, Giesler, Hauptmann, Marx, Schmitt-Mainz, Gröber, Teimborn, Erzberger, Rohmann; aus Elzas-Lothringen die Abgeordneten Gauß, Weber, Dellor, Schott, Hoer, Dr. Müller-Thann, Dr. Müller-Saarburg, Dr. Pfleger, Hessemann, Kübler, Ley. Als Vertreter Belgiens kommt der Abgeordnete Verfaunt, als Vertreter Oesterreichs Freiherr v. Fuchs, aus Lugemburg Prof. Meyers.

### Die Konservativen und die Litauer.

Mit den Konservativen geht es bergab. Deshalb bemühen sie sich besonders um die Schichten, die noch zu ihnen halten. Hauptächlich sind es in Ostpreußen die Masuren und Litauer, die von den Junkern umschmeichelt werden. Während sie die Polen am liebsten ausrotten möchten, bekunden sie für die Litauer und Masuren eine besonders große Liebe. Am Sonntag hat bei Lissit ein großes litauisches Fest und eine Litauer-Versammlung stattgefunden, wobei eine ganze Schar konservativer Führer anwesend waren. Hohe Regierungsbeamte haben sich unter das litauische Volk begeben, und der eine, Regierungsrat Dr. Stępiński, hat bedauert, daß er es in der litauischen Sprache noch nicht so weit gebracht habe, daß er einen längeren Vortrag halten könne. Aber das nächste Jahr werde es damit schon besser gehen. Mit welchen Mitteln die Litauer umworben werden, dafür folgendes Beispiel: Der genannte Regierungsrat hat auf dem Fest geschilbert, wie die Litauer Deputation beim Kaiserjubiläum empfangen worden sei. Sie sei unter den Hunderten von Deputationen als Nummer 18 vor dem Kaiser erschienen, und obwohl es angefangen gewesen sei, keine Reden zu halten, habe vor ihm der Erzbischof von Köln eine längere Ansprache gehalten, und da habe er, der Regierungsrat Stępiński, sich gesagt, was ein Bischof für eine Ehre, könne ein Litauer ebenfalls und deshalb habe er die Adresse der Litauer dem Kaiser mit kurzen Worten überreicht. Der Kaiser habe über das ganze Gesicht gelächelt, die Deputation zur Galavorstellung eingeladen, und er habe auch eine Einladung zum Diner erhalten. Da habe es gut zu essen gegeben und jeder Gast habe ein Gläschen Tokajer von 1888 bekommen, der wie Del durch die Reihle gegangen sei. Obwohl jeder Gast nur ein Gläschen erhielt, habe er den Diner gebeten, ihm noch ein zweites Glas zu holen, und er habe ihm wirklich noch eins gebracht. Er als Litauer sei der einzige gewesen, der zwei Gläschen bekommen hätte.

Auf diese Weise versuchen die konservativen Herren auf die litauische Bevölkerung einzuwirken. Dr. Geigalat hat erklärt, durch „gute Politik“ könne man dem Reiche Gottes ebenso dienen, wie durch religiöse Versammlungen. Litauen sei einst groß und mächtig gewesen, und in letzter Zeit hätten sich Männer gefunden, die die litauische Ration zu neuem Leben entfachten. Er habe seit zehn Jahren alles eingesetzt, um den Religionsunterricht in der Schule für die litauischen Kinder in litauischer Sprache zu erhalten.

Da die Litauer zum Teil konservativ wählen, hat man nichts dagegen, daß in Gegenwart hoher Regierungsbeamter von einer „litauischen Ration“ und ihrer einstigen Größe und Zukunft geredet wird. Den Polen werden dagegen solche Äußerungen schwer angeteilt.

### Ungarn.

#### Magyarische Wahlsitten.

Die Budapestener „Volksstimme“ kennzeichnet das Wesen der Magyarenkultur folgendermaßen: „Ungarischer Paprika, ungarische Weib, Prostituierten, Auswanderer, Parlamentsstandale mit Militär, Gen darmere, Korruption, ungarische Wahlen, der Desj-Lufaco-Prozeß, Lizza, die Araber Wahl und nun als Krönung dieser eckel ungarischen Spezialitäten: die Wahl in Veretzhoujfalú. Das Komitat liegt im Osten des eigentlich magyarischen Gebietes. Und die Wahl zeigt, wie Lizza in den asiatischen Wahlmethoden seinen Vorgängern überlegen ist. Der Wahlbezirk ist stark oppositionell. Als daher der Regierungsabgeordnete Grisey ab danken mußte, weil seine den landesüblichen Panamismus übersteigenden Geschäfte allzu offenkundig geworden waren, schien der Sieg der Regierungspartei verloren. Hören wir, wie er gerettet wurde. Der Bezirk stand schon seit einigen Tagen im Belagerungszustande. Einzelne oppositionelle Abgeordnete, die für den Kandidaten der Unabhängigkeitspartei agitieren wollten, wurden kurzerhand ausgewiesen. Dem Grafen Karolyi wurde mit Verhaftung gedroht, wenn er es wagte, für Belogh zu agitieren. Der Opposition wurde die Benutzung von Automobilen untersagt. Vier ihrer Kortische (Agitatoren) wurden verhaftet. Der Wahl selbst wurde unter Aufsicht von zwei Kompanien Militär, 800 Gufaren und 700 Gendarmen vollzogen.“ Die Versammlungen der Opposition wurden verboten, ihre Plakate konfisziert. Freydem waren die Aussichten des Regierungskandidaten schlecht. So mußte das letzte Mittel wirken: bares Geld! Im ganzen wurden 900 Regierungstimmen abgegeben. Ausgegeben wurden dafür rund 150 000 Kronen. Ein rumänischer Pope mit 61 Wählern trat für die Regierung ein, nachdem er 2000 Kronen für seine Kirche und für jeden Wähler 50 Kronen erhalten hatte. Als nachmittags der Oppositionelle noch einen Vorsprung hatte, stieg der Preis eines Wählers bis auf 300 Kronen. Dies alles und die Hilfe der Toten: die Verwendung von Wahllegitimationen gestorbener Wähler brachten schließlich den „Sieg“: 900 gegen 830 trotz alledem abgegebener Oppositionstimmen. Eine durch Vergevaltigung, Korruption und alle denkbaren Wahlmährchen erregte Rehrheit von 21. Ein Beweis, wie sehr die Lizza-Politik beim Volke in Wahrheit abgewirtschaftet hat — aber auch, was sich dieses Volk alles noch bieten läßt.

### China.

#### Der Zusammenbruch des Aufstandes der Sübprovinzen.

Hongkong, 4. August. Die kantonesischen Truppen haben in Antong gemuntert und ihren Befehlshaber getötet. Die Unabhängigkeitsproklamation wurde darauf aufgehoben und Kapitän So als Nachfolger Tchangmingwings zum Generalgouverneur ernannt. Die Einwohner gaben ihrer Freude über dieses Ereignis lebhaften Ausdruck. Tchangmingwing verließ in Vertiefung Antong und begab sich auf einem englischen Dampfer nach Hongkong.

## Letzte Nachrichten.

### Von der Friedenskonferenz.

Bukarest, 5. August. (B. L. V.) Die heutige Sitzung der Friedenskonferenz begann um 4 Uhr. Nachdem das Protokoll der gestrigen Sitzung verlesen und gezeichnet war, nahm Ministerpräsident Benizelos das Wort, um der Konferenz eine Depesche Königs Konstantins bekanntzugeben, in welcher der König mitteilt, daß ein militärischer Parlamentarier der Bulgaren den griechischen Vorposten die mögliche Wiederaufnahme der Feindseligkeiten noch für heute angehängt habe. Die bulgarischen Delegierten Loukitchew und Pitschew erklärten, keine Kenntnis von dieser Tatsache zu haben, die nur durch einen Irrtum oder durch falsche Uebersetzung der Stunde, mit welcher der neue Waffenstillstand begann, entstanden sein könne. Ministerpräsident Ragozaev verlas sodann eine Verbalnote der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, in welcher der Wunsch ausgedrückt wird, man möge in den Bukarester Vertrag eine Bestimmung aufnehmen über die volle Freiheit der bürgerlichen und religiösen Rechte der Teile der Bevölkerung, die nun von einem Lande getrennt und einem anderen einverleibt würden.

Der Präsident bemerkte, daß dies schon Staatsrecht in jedem der beteiligten Länder sei. Die Chefs aller Missionen stimmten dem zu, daß es überflüssig sei, eine besondere Klausel darüber im zukünftigen Vertrag in Erwägung zu ziehen. Der Präsident der Konferenz richtete sodann an alle beteiligten Länder den bringenden Appell, ihre gegenseitigen Abmachungen schnell zu beendigen, denn es sei unerlässlich, daß sich die Konferenz von morgen an mit konkreten Fragen beschäftige, da der vor der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten noch zur Verfügung stehende Zeitraum eine weitere Vertagung der Lösung nicht gestatte.

### Nachgiebigkeit der Griechen und Serben.

Bukarest, 5. August. (Melbung des Wiener I. I. Tel.-Korrespondenz.) Die gestrigen und heutigen Sonderberatungen der einzelnen Delegationen untereinander brachten keine solche Annäherung der Standpunkte der Verbündeten und der Bulgaren, daß eine Festsetzung der Grenze auch nur in den Hauptzügen erfolgt wäre. Die Griechen sind allerdings in ihren Forderungen bis zum Westflus und die Serben bis zur Wassertheile der Struma und Begalniza zurückgegangen, doch genügt dies den Bulgaren nicht. Man nimmt an, daß die Bulgaren ihrerseits ihre Forderungen insofern einschränken, daß sie auf das Gebiet westlich des Bardars und südlich von Dojran verzichten, dagegen ihre Ansprüche auf den Golf von Orphans und Kavalla mit Hinterland aufrecht erhalten.

### Londoner Optimismus.

London, 5. August. (B. L. V.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind Londoner Balkankreise allgemein der Ansicht, daß Bulgarien in den Hauptpunkten den Verbündeten eher nachgeben, als daß es sich der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach dem Aufheben des Waffenstillstandes vom nächsten Freitag an aussetzen würde. Was die Haltung der Türkei anbetrifft, so versichern gewisse Kreise, daß die Pforte wissen lieh, sie würde nicht darauf bestehen, Adrianopel trotz des Widerstandes der Großmächte zu behalten. Man müsse vielmehr in der Haltung der Türkei einen Versuch sehen, das Prestige der ottomanischen Armee wieder herzustellen und sich von Europa finanzielle Konzessionen gewähren zu lassen. Die Türken würden, wenn sie erst einmal das erreicht hätten, wahrscheinlich dem diplomatischen Druck weichen und sich hinter die Linie Enos-Midia zurückziehen.

### Englands Seepolitik.

London, 5. August. (B. L. V.) Im Oberhaus lenkte Earl of Selborne die Aufmerksamkeit auf die Seepolitik der Regierung. Er bellagte sich darüber, daß die Ueberlegenheit von 60 Proz. nicht beibehalten worden sei, da 1915 Deutschland 28 Dreadnoughts haben würde, während Großbritannien ausschließlich der Schiffe der Dominions 30 haben würde. Die Ueberlegenheit um 50 Proz. werde für die heimische Verteidigung allein erforderlich, und im Mittelmeer mühte man sich daher auf ein oder zwei Schiffe der Dominions — aus dem malayischen Archipel und von Neuseeland — mit möglicher Ergänzung durch die Dreadnoughts „Lord Nelson“ und „Agamemnon“ verlassen; im Mittelmeer ständen aber jedenfalls 13 italienische und österreichische Schiffe gegen diese 4 Schiffe. Es bestünde aller Grund zu glauben, daß Oesterreich-Ungarn und Italien ihre Schiffsbauprogramme erweitern würden, so daß 1918 ihre Seekräfte noch bedeutender sein würden. Wenn sich dies unglücklicherweise als wahr erwiese, so würde die Lage Großbritanniens, so gefährlich sie schon 1915 wäre, 1918 noch gefährlicher und kritischer sein.

Vordrogkangler Halbane erwiderte, was das relative Verhältnis Großbritanniens zu Deutschland anginge, so würde Deutschland erst im zweiten Vierteljahr des Jahres 1918 28 Dreadnoughts haben und Großbritannien hätte dann 43. In der Zwischenzeit würde Großbritannien die Ueberlegenheit um 50 Proz. in den heimischen Gewässern mit einem Ueberbruch aufrechterhalten. Eine wirkliche Schwierigkeit ergebe sich bei Betrachtung der Lage im Mittelmeer, weil England mit der Möglichkeit zu rechnen hätte, daß die Flottenbestände von Oesterreich-Ungarn und Italien sich veränderten. Die gegenwärtigen Flotten der Welt sind verteilt. Wir haben keine Bündnisse, aber ich gebe zu, daß sie bei ihrer Verrechnung die Gruppierungen nicht ausschließen können, welche voraussichtlich in Zukunft sich bilden werden. Unsere Beziehungen zu den Ländern, die zu der anderen Gruppe gehören, sind freundschaftlicher Art, und ich hoffe, daß sie freundschaftlich bleiben werden. Ich glaube, daß bei den einzelnen Gruppen die Reizung besteht, sich enger zusammenzuschließen, und wenn sie auf Grund dieser Gruppierungen Berechnungen anstellen wollen, so kann ich nicht unerwähnt lassen, daß Frankreich im Mittelmeer eine Flotte hat, die beinahe so groß ist als die vereinigten Flotten von Oesterreich-Ungarn und Italien. Wenn Sie in Ihre Berechnung die Tatsache einbeziehen, daß wir in den freundschaftlichsten Beziehungen mit Frankreich stehen und daß Frankreich im Mittelmeer eine machtvolle Flotte hat, so haben Sie eine Situation, die nicht als unbefriedigend bezeichnet werden kann.

### Ein Tunnel unter dem Kanal.

London, 5. August. Ministerpräsident Asquith hat heute nachmittag eine Abordnung von Parlamentariern aus allen im Unterhause vertretenen Parteien empfangen, die sich für den Plan einer Untertunnelung des Kanals aussprachen. Nachdem er auf den Widerstand hingewiesen, den bisher die Regierung dem Projekt entgegengekehrt habe, gab Asquith zu, daß jetzt neue Gesichtspunkte vorlägen; das aussichtsreichste und in mancher Beziehung wichtigste sei die Errichtung einer festen, unerrückbaren Grundlage in den Beziehungen Großbritanniens mit Frankreich. Die Regierung habe dem Gegenstande stets Beachtung geschenkt, sie würde auch jetzt mit Unvoreingenommenheit an den Plan herantreten und ihn einer eingehenden Prüfung unterziehen.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Am 3. d. M. verstarb unser Genosse, der Versicherungsbeamte  
**Franz Lüdecke**  
Briegener Str. 10/11. Bez. 818a.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes, Freiwalder Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
229/7

**Sozialdemokratischer Wahlverein Rosenthal.**  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied  
**Willi Rost**  
am Sonntag, den 3. August, an der Proletarierkrankheit gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Apostel-Kirchhofes, Wälderstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter  
**Wilhelm Westphal**  
Wälderstr. 4, am 3. d. M. an Gehirnschwund gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Britz, Hermannstraße, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
123/8 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 2. d. M. verstarb nach schmerzem Leiden unser Mitglied  
**Paul Thunert**  
im Alter von 52 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 1/2 5 Uhr, auf dem zweiten Schöneberger Gemeinde-Friedhof (Weiße Hölle) statt.  
22/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer  
**Ernst Grützbach**  
am 3. d. M. im Alter von 81 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorfer, Eisenacher Str., aus statt.

Den Mitgliedern seiner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Albert Piltz**  
am 3. d. M. im Alter von 82 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
67/4 Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
(Stralauer Viertel. Bez. 225.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Hausdiener  
**Albert Piltz**  
(Bromberger Str. 4) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. August, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer  
**Julius Weißhuhn**  
Mittelstr. 22, im Alter von 63 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Bartholomäuskirchhofes in Weihensee, Falkenberger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verband der freien Gew.- und Schantwörter Deutschlands, Zahlstelle Berlin Bez. II, den Genossen und Genossinnen des 6. Wahlkreises, Bez. 503, dem Vortierverein Hoffnung, dem Klub Schabernack sowie den Arbeitern der städtischen Gaswerke der 14. Revisionsinspektion unseren herzlichsten Dank.  
**Therese Luttig**  
nebst Kindern. 24/1

**Billig! Billig!**  
Verkauf umständehalber in Buch Parzellen.  
Rös. Gorbise, Hasenbeide 71, od. Kranje, täglich Bahnhofrestaurant Groß, Bahnhof S u G. 14582

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12.

**Mohrenstr. 37**  
Kolonnaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115  
**Trauer-Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise

**Farbige Konfektion**  
in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen  
**Westmann**

Den Parteigenossen im sechsten Kreise empfehle mein  
**Zigarrengeschäft.**  
Louis Hahn, Hochstädter Str. 10.

**Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.**

Filiale Groß-Berlin.  
Morgen Donnerstag, den 7. August 1913, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, großer Saal:

**Ordentliche General-Versammlung.**

**Tagesordnung:**  
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom II. Quartal 1913. 2. Bericht von der X. General-Versammlung in Leipzig. 3. Verschiedenes.  
**Anfang ganz präzise.**  
Da sehr wichtige Sachen zur Erledigung vorliegen — unter anderem beim ersten Punkt Antrag Froberg und der Antrag Griesche betreffs der dritten Beamten der Filiale — ist es unvermeidlich, wenn ein Kollege fehlt.  
192/16

Der Vorstand.

**Deutscher Buchbinder-Verband.**

Zahlstelle Berlin. — Etuisbranche.  
Donnerstag, den 7. August, abends 1/2 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 57/58 (Barterre-Saal):  
**Branchen-Versammlung**

**Tagesordnung:**  
1. Unsere Forderungen. 2. Diskussion und Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten in Hinblick der wichtigen Tagesordnung, daß sämtliche Branchenangehörigen in der Versammlung erscheinen.  
Die Ortsverwaltung. Die Tarifkommission.  
R. Würzburger. A. Kulinski.

**Zentralverein der Bildhauer.**

Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 7. August, abends 7 Uhr, im Restaurant „Fürstenhof“, Köpenicker Str. 137/138:  
**Branchen-Abend der Holzbildhauer.**

**Tagesordnung:**  
1. Vortrag: „Die Entwicklung und die Ziele der jüngsten Bestrebungen zur Förderung der Holzbildhauer“. Referent: Herr P. R. Rehe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltung Berlin.  
Heute Mittwoch, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
der Bezirke und Branchen.

**Tagesordnung:**  
1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstattvertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

**Versammlungsorte:**  
**Tischler.**  
Nordosten: bei Merkmann, Große Frankfurter Straße 16.  
Neukölln: im „Beal-Rasino“, Weichselstraße 16.

**Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.**  
Osten: bei Becker, Webersstraße 17.  
Südosten: im „Wärtischen Hof“, Admiralsstraße 18a.  
Norden: bei Günther, Brunnensstraße 66.

**Vergolder**  
im „Soufflenstadt-Rasino“, Dronienstraße 160.

**Einsetzer**  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 9.

**Kisten- und Koffermacher**  
in Hermsd. Vereinshaus, Holzmarktstraße 21.

**Korbmacher**  
bei Krause, Rüstauer Straße 20.  
Donnerstag, den 7. August:  
**Laden- und Kontormöbelbranche**  
(abends 8 Uhr) bei Hermsd. Holzmarktstr. 21.

Die Vertrauensmännerversammlung der Bodenleger fällt heute aus.  
Die Bibliothek ist vom Donnerstag, den 7. August, ab geöffnet.  
66/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**

Zweigverein Berlin.  
**Gruppe der Gipsbranche.**

**Achtung!**  
Die zu heute anberaumte Versammlung der Gipsbaubranche findet nicht statt, da bei den Verhandlungen mit dem Berliner Betonverein vereinbart worden ist, daß bis auf weiteres die Bestimmungen des alten Vertrages bestehen bleiben, mit der Maßgabe, daß die Lohnerhöhung von 2 Pf. schon in dieser Woche wie im übrigen Baugewerbe bezahlt wird.  
Der weitere Bericht wird in einer am Freitag dieser Woche stattfindenden Versammlung erstattet werden. Lokal und Zeit wird noch bekannt gegeben.  
Der Vorstand.

**Borussia-Festsäle**

Georg Wolffgramm, Aderstr. 6/7, Norden 2674  
empfeilt den Gewerkschaften und Vereinen seine vier Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. — September, Oktober noch Sonnabende 12 u 1  
Paul Singer & Co., Berlin SW. 9. 300 zu 3 Beisagen u. Unterhaltungsbü

**Garbáty**  
Cigaretten

**Qualität**



erfordert im Sommer ganz besondere Pflege. Bei übermäßiger Schweißbildung empfiehlt es sich, mit etwas unverdünntem „Lysoform“ einzureiben und mit kaltem Wasser nachzuwaschen.  
Belehrende Broschüre gratis durch Lysoform-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 57.

**Was wissen Sie**

von der neuen Waschmethode? Versuchen Sie Persil u. Sie brauchen nie mehr ein anderes Waschmittel, denn Sie stehen sich besser mit Persil und sparen viel Ärger, Zeit, Arbeit und Geld!



**Persil**  
das selbsttätige  
Waschmittel  
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.



# Der Krupp-Prozess vor dem Kriegsgericht.

Der heutige letzte Tag der Verhandlung begann um 9 1/2 Uhr vormittags mit dem Plaidoyer des Verteidigers Rechtsanwalt Crafft: Ich kann mich im wesentlichen den schon gemachten Ausführungen meiner Kollegen anschließen. Als der Abgeordnete Liebknecht diese 15 Kornwalzer in die Hände bekam, konnte er natürlich nichts weiter machen, als sie an die richtige Stelle weiterzugeben. Aber als dieser Herr nachher im Reichstag die Sache vorbrachte und das Wort „Panama“ gebrauchte, da tat er etwas, wofür mir das Verständnis fehlt; ich weiß nicht, was der Herr gewußt hat, was ihn dazu hätte veranlassen können. Das, was wir hier gesehen haben, daß eine Firma, die mit dem Staat arbeitet, um Informationen zu haben, jemand hierherführt, ihn mit Geldmitteln ausstattet und ihm sagt, er möge Verkehr mit seinen früheren Kameraden suchen, das ist

### kein Panama,

das ist auch kein Panamino und auch kein Panaminimo. Es mögen meinetwegen zehn Abgeordnete

im Reichstage so etwas sagen, deshalb brauchen wir nicht nervös zu werden. Panama ist eins von den Worten, die feuchentartig durch die Welt gehen. Es fehlt jede tatsächliche Berechtigung dafür, dieses Wort hier zu gebrauchen. Nun sitzt sich der Anklagevertreter darauf, was Brandt in der Voruntersuchung gesagt hat. Der Zeuge Brandt ist die Säule der Anklage, und zwar nicht der Zeuge Brandt, den wir hier gehabt haben, sondern es war ein Mann, der hieß Brandt und sagte allerlei Sachen aus, und das, was er gesagt hat, soll wahr sein. Wir haben aus dem Munde der vereidigten Frau Brandt gehört, daß ihr Gatte in der Voruntersuchung vollständig zusammengebrochen war. Die Frau Brandt hat einen durchaus günstigen Eindruck hier gemacht, sie ist auch vom Verhandlungsführer in durchaus schonender Weise mit der allergrößten Ruhe und Höflichkeit behandelt worden. Ich betone das besonders, weil ein Anwalt in einem Berliner Blatt, ohne der Verhandlung hier beigewohnt zu haben, in hypothetischer Form davon gesprochen hat, die Zeugin Brandt könnte hier beängstigt worden sein, und obwohl sie subjektiv der Meinung gewesen sei, ihr Zeugnis verweigern zu müssen, wäre sie hier sozusagen gepeinigt worden. Derselbe Herr, der das behauptet, ohne hier gewesen zu sein, hält sich darüber auf, daß hier Urteile abgegeben worden sind über die Verschaffenheit von Speisen und Getränken in Berliner Lokalen, ohne daß er sich von der Richtigkeit dieser Behauptungen persönlich überzeugt hätte. Der Zeuge Brandt ist keineswegs so, wie der Vertreter der Anklage ihn hier geschildert hat; der Mann hat

### durchaus nicht alles ausgepackt,

wie immer behauptet wird, weil Brandt andere Personen nicht genannt haben soll, die auch nicht in Betracht kommen. Wie ist denn Brandt dazu gekommen, die Namen der Angeklagten zu nennen? Nach dem alten polizeilichen Verfahren sind ihm die Personen auf den Kopf zugelegt worden. Ich würde auch nicht auf welchen Körperteil man es ihm sonst nach modernen Begriffen hätte auflegen sollen. (Große Heiterkeit.) Es ergibt sich, daß Zeuge Brandt gerade nur diejenigen Personen nannte, die Polizeirat Koch für verdächtig hielt. Hier wahrscheinlich hat der Zeuge andere Namen nicht genannt, mit denen er in Verbindung gestanden hat. Ich kann nicht behaupten, daß der Zeuge Brandt hier Namen hineingelegt hat, bei denen ein Zusammenhang überhaupt nicht zu konstruieren wäre. Aber Brandt hat selbst betont,

### er könnte noch mehr sagen,

er wolle es jedoch nicht, weil er den Skandal nicht noch größer machen möchte. Es ist ungewiss, ob Brandts Aussage unvollständig gewesen ist; das geht schon aus einer einfachen Rechnung hervor. Der Anklagevertreter hat gestern die Konfiskation der den Angeklagten angeblich gewährten Zuwendungen beantragt und ist da im ganzen für sechs Jahre auf 2070 M. gekommen. In den sechs Jahren hat Brandt aber von der Firma

### über 18 000 M. Repräsentationsgelder bekommen,

und wir haben gehört, daß man schon damit umging, seine Repräsentationszulage jährlich auf 5000 Mark zu erhöhen. So naiv ist die Firma Krupp doch nicht, daß sie einem Manne das Zehnfache an Speisen von dem bewilligt, was er tatsächlich ausgibt; also sind die Auslagen Brandts auch nach ihrer positiven Seite hin nicht vollständig gewesen. Der Zeuge Brandt hat selbst glänzend verstanden, aus den Angeklagten das herauszuholen, was für ihn wichtig war; er paßte sich den Bedürfnissen des Augenblicks gut an und hatte für die Leute etwas Feinsinniges: ein solides Wissen, ein angenehmes Wesen, und sogar der Anklagevertreter hat ihm nachgesagt, daß er ruhig und weich ist. Nun sagt die Anklage: Wenn nur das Geld nicht wäre. Gewiß, Geld schmeckt immer übel. Aber im Grunde ist es ganz gleich, ob es sich um Geldgeschenke oder um Auslagenersatzung oder um Darlehen oder um losbare Speisen und Getränke oder um luxuriöse Feste handelt, wenn man den Willen eines andern beeinflussen will.

### Keine Geschenke erhalten die Freundschaft.

Das braucht nicht alles Bestechung zu sein, das sind Freundschafts- und Gelegenheitsgeschenke. Brandt wollte bei den Angeklagten eine für sich günstige Stimmung erhalten. Die Angeklagten hatten auch gar nicht das Gefühl, daß sie es des Geldes wegen taten; die Sache lag damals für die Angeklagten anders aus, als heute. Heute zeigt sich das Bild: Brandt von Krupp nach Berlin geschickt, um auszufragen, und dafür gewährt Brandt den Angeklagten Vorteile. Heute sehen natürlich alle Angeklagten, daß es für sie besser gewesen wäre, wenn sie das Geld nicht angenommen hätten, aber damals brauchten die Angeklagten nichts Schlimmes darin zu finden, denn die Firma Krupp hat ja auch nichts Schlimmes dabei gefunden.

### Die Firma Krupp wußte doch, was los war.

Am Tage vor dem Jubiläum der Firma war in Essen davon die Rede gewesen, daß Herr v. Meyen etwas im Schilde führe, daß er aus den Kornwalzern Kapital schlagen wolle, also man wußte in Essen damals schon ganz genau, was Herr v. Meyen unternehmen wollte. Gleichwohl sind die Kornwalzer von der Firma Krupp nicht vernichtet worden; wenn man sich vor ihnen gescheut hätte, dann hätte man sie sicher vernichtet, aber die Firma hat sie liegen lassen in dem Bewußtsein: Was will denn v. Meyen von uns, es liegt ja gar nichts gegen uns vor. Die Firma Krupp hatte auch gar kein Interesse daran, Dinge, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind, auszufragen zu lassen. Die Firma Krupp macht in Kanonen. Das ist ihr Geschäft, aber sie macht nicht in Landesserrat. Wir dürfen niemals die Stellung der Firma Krupp übersehen, wenn wir die Handlungen der Angeklagten gerecht beurteilen wollen. Wenn der Staat glaubte, daß er die Kanonen selbst besser und billiger herstellen könnte, so würde er es tun; aber der Staat kann sich zu seinem Kanonenlieferanten nicht so stellen wie zu einem Lieferanten für Schmieröl; wenn Schmieröl nicht geliefert wird, kann es der Staat aus dem Auslande beziehen. Das aber geht bei den Kanonen nicht. So ergibt sich naturgemäß ein Vordringensarbeiten derjenigen Behörden, die die Schmierstoffe gebrauchen und der Unternehmen, die sie liefern. Man muß diese Firmen im Frieden alimen-

tieren, um sie im Bedarfsfall, im Kriege, zu haben. Im Reichstag

### tobt der Kampf,

und um sich Kenntnis von den Preisen der Konkurrenz zu verschaffen, hat die Firma Krupp besondere Maßnahmen getroffen. Das aber hat mit einer Gefährdung der Landesverteidigung nichts zu tun. Mein Klient Schmidt sieht heute noch nicht ein, was gefährlich gewesen sein soll bei seiner Handlungsweise. Ich bestreite, daß überhaupt in den Kornwalzern etwas gestanden hat, was für die Firma Krupp geheim war. Die Angeklagten brauchen auch nicht damit zu rechnen, daß irgend etwas, was sie dem Brandt sagten, über den Kreis Brandts oder der Firma Krupp hinausging. Nun sagt die Anklage, daß ja bei Brandt in Mahndorf ein Dieb hätte einbrechen und aus Brandts Atelier die Kornwalzer hätte stehlen und deren Inhalt dann ans Ausland hätte verkaufen können. Wenn ein Dieb einbricht, dann nimmt er Geld. Wenn er bei Brandt in Mahndorf eingebrochen und oben im Atelier die Zeichnungen und Konstruktionen gefunden hätte, dann hätte er gesagt: Der Duffel, der mal! (Heiterkeit.) Der Horizont solcher Diebe geht meist nicht weiter, als daß sie wissen, daß eine Weize mit Strippe besser schmeckt, als ohne Strippe. Die Gefahr durch Diebe war also wirklich nicht sehr groß. Schließlich hat der Anklagevertreter auf die erheblichen Nachteile hingewiesen, die die Handlungen der Angeklagten mit sich gebracht haben. Die Angeklagten konnten nicht voraussehen, was eintrat. Sie brauchten vor allem den moralischen Schaden für das Ansehen der Armee nicht voraussehen. Gewißermassen sollen ja die Angeklagten

### bestraft werden für das, was der Abg. Liebknecht gemacht hat.

Der Abg. Liebknecht mußte so handeln, wie er gehandelt hat, wenn er sich nicht selbst der Gefahr aussetzen wollte, daß ihm nachgesagt wurde, er stehe mit Krupp unter einer Decke. (Heiterkeit.) Aber diese armen Opfer auf der Anklagebank sollen nun für alles büßen. Wenn die Sache nicht so herausgekommen wäre, wie sie herausgekommen ist, wenn sie bei der Kontrolle eines Vorgesetzten entdekt worden wäre, so wäre niemand auf den Gedanken gekommen, daß hier eine Gefahr vorliegt. Dann würden auch die Strafen ganz unvergleichlich milder ausgefallen sein, als sie jetzt von dem Anklagevertreter beantragt worden sind. Als letzter Verteidiger spricht Rechtsanwalt Barnau für die Angeklagten Hoge und Pfeiffer. Er sucht in eingehenden juristischen Ausführungen zu beweisen, daß eine Verurteilung der Angeklagten wegen Verstoßes gegen § 2 des Spionagegesetzes ausgeschlossen ist, und führt an der Hand einer Reichsgerichtspräsidentenentscheidung aus, daß in ganz besonderen Fällen, wenn eine Gefahr für die Landesverteidigung nicht vorliegt, und wenn der Täter das Bewußtsein haben kann, daß die Sache nicht weitergegeben wird, eine Spionage nicht vorliegt. Weiter sucht Rechtsanwalt Barnau nachzuweisen, daß bei Hoge nur einfacher Ungehorsam in Frage kommt. Dann fragt sich, ob der Hereserverwaltung durch die Weitergabe von Nachrichten an Brandt oder Krupp ein Nachteil erwachsen ist. Selbstverständlich hat das Bekanntwerden der Tatsache, daß Beamte und Offiziere der Heeresverwaltung unerlaubte Mitteilungen über die Preise der Konkurrenz und über andere geheime Dinge an die Firma Krupp gemacht haben,

### unliebsames Aufsehen schlimmer Art

herborgehoben, und der Ruf der Heeresverwaltung ist dadurch in gewissem Umfange gefährdet worden. Aber dafür darf man die Angeklagten nicht verantwortlich machen. Man kann nicht sagen, weil dem Abgeordneten Liebknecht eine größere Zahl von Kornwalzern zugegangen sind, und weil er sie weitergegeben hat, und weil dadurch unliebsame Erörterungen im Reichstag stattgefunden haben, die ein lässliches Schlaglicht auf die Heeresverwaltung werfen, müssen die Angeklagten härter bestraft werden. So darf man nicht operieren. Wenn man die Vergehen des Angeklagten Hoge ohne jedes Vorurteil betrachtet, dann kann man nur auf einen einfachen Ungehorsam schließen; Verletzung liegt bei Hoge, wie der Anklagevertreter ja selbst anerkannt hat, nicht vor. Wegen einfachen Ungehorsams aber könnte nur eine Verurteilung zu Stubenarrest in Betracht kommen. Die Persönlichkeit des Angeklagten Pfeiffer hat der Anklagevertreter ganz falsch beurteilt.

### Pfeiffer ist der Typ des tadellosen Beamten

und hat sich bis jetzt nicht das geringste zuschulden kommen lassen, er könnte geradezu ein Vorbild für seine jüngeren Kameraden sein. Gewiß spricht aus den Beschuldigungen Brandts ein gewisser Verdacht gegen Pfeiffer; aber auf die Aussage des Brandt hin kann unmöglich ein Mann mit der makellosen Vergangenheit Pfeiffers zu einer hohen Freiheitsstrafe verurteilt werden.

Es ist ja richtig, daß nach den Enthüllungen des Abgeordneten, Dr. Liebknecht Ruhe laut geworden sind, die sich gegen die Firma Krupp richteten und die nach den Säulstößen riefen. Das Bekanntwerden eines Vertrauensbruchs einer Reihe von Beamten im Kriegsministerium hat Erörterungen zur Folge gehabt, die nicht nur unverständlich, sondern auch unverständlich waren. Es hat sich im Blätterwald ein Sturm ereignet, namentlich in einem gewissen Wäldchen, der sich

### gegen die Firma Krupp

richtete. Es raft der See und will sein Opfer haben! Ich habe die Ueberzeugung, daß die Wellen aus diesem See nicht hereinzuschlagen in diesen Gerichtsaal und daß hier ein Urteil gefällt wird lediglich auf Grund der konträren nichternen Tatsachen. Da muß ich sagen, ich kann nicht begreifen, daß der Anklagevertreter dem Leben eines mittleren Beamten und all seinen Sorgen so weilsfremd gegenübersteht wie Dr. Welt gegenüber Pfeiffer sich gestellt hat. Es ist wirklich nicht anzunehmen, daß sich ein Mann wie Pfeiffer durch ein ledeseres Mittagsmahl von 1 M. bis 1,25 M., gewürzt mit zwei Glas Bier, hat breitschlagen lassen, einem Angeestellten der Firma Krupp wichtige Geheimnisse anzubekunden. Wenn ein bessergestellter Freund gelegentlich mit einem langjährigen Freunde, der sich finanziell nicht so günstig sieht, zusammen zu Mittag ist und die Kassen bestreitet, so ist das wirklich nicht etwas, was gegen die Würdigkeit und gegen die Pflichten eines preussischen Beamten spricht. Ich habe da von den Begriffen der Freundschaft eine andere Vorstellung als der Anklagevertreter. Brandt stand glänzend da und Pfeiffer hatte ganze 3000 M. Gehalt und dazu Frau und vier Kinder. Auch in der Annahme des Weihnachtsgeschenkens von je 100 M. kann ich nichts Unwürdiges sehen. Wer jemals Gelegenheiten gehabt hat, sich mit den Einkommensverhältnissen und der Lebensführung unserer mittleren Beamten zu beschäftigen, der weiß, wieviel Trauer und

### wieviel Elend oft hinter verschlossenen Türen

vorhanden ist. Der mittlere Beamte sieht eben schlechter da als die Angehörigen des Handels und Gewerbestandes. Er ist angewiesen

auf sein ihm für allemal zubilliertes Gehalt, das in Preußen wahrhaftig nicht überwältigend ist. Wenn ihn irgendein Schicksalsschlag trifft, dann muß er ringen und dafür sorgen, daß er nicht Schiffbruch leide. So muß er ständig durch Klippen sich hindurchwinden, nur um nichts zu tun, was er nicht tun darf. Wenn ein Mann wie Brandt, mit seinem warmen und mitfühlenden Herzen, der die Lage seines Freundes Pfeiffer kennt, ihm in der schonenden Weise eines Weihnachtsgeschenkens eine Zuwendung für die Kinder macht, so würde es engherzig sein und nur eine geringe Menschenkenntnis verraten, wenn man darin etwas Unwürdiges für einen preussischen Beamten sehen wollte. Also die Annahme der Gewährung eines Vorteiles von Brandt an Pfeiffer findet eine menschlich durchaus verständliche Aufklärung. Rechtsanwalt Barnau schließt mit dem Antrag auf Freisprechung des Angeklagten Pfeiffer.

### Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Welt:

Es ist gesagt worden, das Material der Kornwalzer sei mindestens für die oberen Beamten der Firma Krupp nicht geheim gewesen und deshalb auch für Brandt nicht, der gewissermaßen gleichfalls ein höherer Beamter der Firma Krupp war. Nun, ich will mir

### die Köpfe der Strafkammerichter nicht zerbrechen,

das möge drüben in Roabit entschieden werden, mir hat diese Sache schon genug Sorge und Ärger gemacht. In dem juristischen Laienstand, der einfach liegt, hat man unnötige Schwierigkeiten hineingebracht. Nach § 2 des Spionagegesetzes wird jeder bestraft, der rechtswidrig und ohne Befugnis — das liegt bei der Anklage vor — Sachen herausgibt, die objektiv geheim sind. Auch das ist bei sämtlichen Angeklagten der Fall. Dann hat die Verteidigung gegen Brandt vieles vorgebracht. Glauben Sie, daß für mich der Zeuge Brandt ein sehr angenehmer Zeuge ist? Ich erkenne ohne weiteres an, daß ihn

### moralisch und strafrechtlich mindestens die gleiche Schuld,

wenn nicht eine höhere Schuld trifft wie die heutigen Angeklagten. Sympathisch ist mir Brandt sicherlich nicht. Aber haben wir Strafrichter denn überhaupt nur mit sympathischen Persönlichkeiten zu tun? Leider ist das nicht der Fall. Aber wir können aus Brandts Aussagen entnehmen, was wahr ist und was nicht, und da bin ich nach wie vor der Ueberzeugung, daß er in der Voruntersuchung die Wahrheit gesagt hat. Brandt ist keineswegs die Säule meiner Anklage. Mit einer solchen Säule würde ich nicht weit kommen, dann würde ich wahrscheinlich diese ganze Anklage gar nicht erhoben haben. Aber das Material, das hier auf dem Richterisch liegt, die polizeilichen Beobachtungen und nicht zum mindesten das, was die Angeklagten gestanden haben, sind die Grundlagen, auf denen sich das Urteil des Gerichts aufbauen muß. Natürlich hat sich Brandt bei seinen Angaben auch einmal geirrt. Aber Irren ist menschlich, und solche Irrtümer sind bei einer so umfangreichen Anklage durchaus verständlich. Selbst ein Mann, der Herden wie Stahl und ein Gedächtnis wie eine Aneisengange hätte, würde sich hier einmal irren.

In einer gewissen Presse lehrt jetzt immer die Anschuldigung wieder:

### Da stehen noch andere Leute dahinter,

die man nicht eruiert will. Es wird darauf hingewiesen, als ob noch etwas ganz Geheimnisvolles hinter dieser ganzen Sache stecke. Das ist eine lächerliche Beschuldigung. Sie haben gehört, wie mir eingeweiht haben. Die Beobachtungen aber haben nur das gebracht, was hier auf der Anklagebank liegt und was sich demnach in Roabit drüben zu verantworten haben wird. Gewiß, es sind aus den Jahren 1910 und 1911 Berichte gefunden worden, bei denen man den Täter nicht ermittelt hat, aber das geht doch die Angeklagten nichts an. Ich bin in Brandt gedrungen und habe ihm gesagt: Sagen Sie mir die Namen, ich will nicht, daß eine ganze Behörde unter diesem schuppigen Verdacht stehen soll. Tränenden Auges hat mir Brandt darauf geantwortet:

### Ich habe genug Leute unglücklich gemacht.

Herr Kriegsgerichtsrat. Erlassen Sie es mir, die Namen zu nennen. Ich bin immer wieder in ihn gedrungen, und da hat er mir schließlich gesagt, er wisse die Namen nicht. Ich kann ihm das nicht einmal abnehmen, denn er hat aus nicht unangenehmen Motiven gehandelt. Dann ist gesagt worden, bei der Befragung müsse nachgewiesen werden: „Do ut des.“ Das „do“ ist nachgewiesen, das „des“ gleichfalls, nur das „ut“ soll zweifelhaft sein. Ich verlasse mich hier auf die Entscheidung des Richters. Wenn die Angeklagten hinterher, um ihre Moral nicht als ganz brüchig erscheinen zu lassen, die Vorteile verdrängt haben, wenn sie von einer Erstattung der Auslagen gesprochen haben — ich glaube nicht daran.

Auch in bezug auf den Angeklagten Pfeiffer muß ich erneut sagen, daß er niemals den Versuch einer Gegenleistung gemacht hat. Ich scheue mich nicht, den Ausdruck

### schmarozerhaft

noch einmal hierfür zu gebrauchen. Ich behaupte, daß ein Beamter mit einem karglichen Gehalt sich in dieser unwürdigen Weise nicht dauernd freilassen lassen darf. Ich bin der Ueberzeugung, daß hier nicht nur traktiert, sondern geschmiert worden ist. Aber aus der anderen Seite ist geliefert worden, und zwar in ganz erheblichem Umfang. Ich behaupte, es ist

### wiel mehr geliefert worden, als wir wissen.

Wenn der Angeklagte Pfeiffer allwöchentlich dem Zeugen Brandt beim Mittagessen „sein Zeisopfer“ brachte, dann haben wir für alle diese Fälle nicht mehr die dazugehörigen Kornwalzer, weil alle schon im Laufe einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung vernichtet worden ist. Wenn später der Verkehr Pfeiffers mit Brandt etwas nachgelassen hat, so nur, weil Brandt eingesehen hat, daß er die Konkurrenzpreise in vorzüglicher Weise auch aus anderen Quellen bekam. Es liegt also gegen Pfeiffer geradezu ein erdrückendes Belastungsmaterial vor; nur wenn Pfeiffer nachweisen könnte, daß er nicht geliefert hat, könnte er freigesprochen werden. Und dann noch eins. Wenn es Pfeiffer nicht gewesen wäre, müßte doch ein anderer das Material geliefert haben. Gott sei Dank, daß derartige Fälle eines solchen

### entsetzlichen Treubruchs

selten sind. Wir haben auch nicht den Schatz eines Weisepfes dafür, daß noch ein anderer Verräter in der Zentralstelle sitzt. Dann ist behauptet worden, englie Bande der Freundschaft hätten Pfeiffer mit Brandt verbunden. Das ist nicht richtig. Sie haben zusammen auf der Schulbank der Feuerwerferschule gesessen und sich dann Jahrzehnte nicht gesehen. Dann erst hat sich Brandt an den Mann herangemacht, weil er wußte, daß er im Kriegsministerium sitzt und ihm nützlich sein konnte. Auf seinen Brandts besteht also mindestens ein dringendes Geschäftsinteresse. Dann hat die Verteidigung eingewendet, die Weihnachtsgeschenke hätte ja Pfeiffer schon bei seiner ersten Vernehmung glatt ausgegeben, und sie hat daraus sein reines Gewissen gefolgert. So war es denn doch nicht. Als Pfeiffer mir vorgeführt wurde und mir von den Weihnachtsgeschenken Mitteilung machte, da bin ich allerdings vom Tisch aufgesprungen und habe mir gesagt: Jetzt ist die Anklage gegen Pfeiffer bemessen. Ich habe ihm dann gesagt, wie er es fertigbringen könnte, diese Geschenke von dem Mann zu nehmen. Darauf



hat er nichts von seinen vier Kindern gesagt, sondern er hat gesagt, diese Geschenke wären eine Entschädigung gewesen für die Zeit, die er Brandt geopfert habe. Außerdem mußte Pfeiffer doch damit rechnen, daß Brandt mir von diesen Geschenken Mitteilung machen würde, und er lag erst recht drin, wenn er es mir verschwiegen hätte.

Und nun noch ein Schlusswort. In der Öffentlichkeit ist behauptet worden, daß hier

### ein Panama

vorliegt. Ich habe das bestritten. Rechtsanwalt Wirth aber hat gesagt, wenn alles das, was ich gesagt hätte, wahr wäre, dann läge doch ein Panama vor. Das ist nicht richtig. Das Wort „Panama“ ist nicht auf deutschem Boden gewachsen. Unter Panama versteht man die künstliche Höherer Stellen; davon ist hier nicht die Rede. Das muß ich auch im Interesse der Angeklagten hervorheben. Hier handelt es sich um feile Schreiberleuten, die beim Vorkopf nicht das Maul halten können. Aber es handelt sich nicht um ein Panama, um Schuldige an den höheren und verantwortungsvollen Stellen, die das Steuer des Staates in der Hand haben. Vom Fall der Angeklagten Tilian und Genossen bis Panama liegt der weite Weg dazwischen vom Zeugelwiesel bis zum Kriegsmilitär. Die Angeklagten müssen daher meinen Anträgen gemäß bestraft werden. Wir müssen hier scharf zu fassen, denn hier handelt es sich um die preussische Beamtenkategorie und hier muß der Grundsatz gelten: Principia obsta. Rein Zurückweichen vor den Angeklagten! Wir müssen der Öffentlichkeit zeigen, daß wir Gerichte, die wir mitberufen sind, am Staatsleben mitzuarbeiten, die Macht, das Recht und den Willen haben, durch Strafen dahin zu wirken, daß

### der Schild des preussischen Beamtenums und des preussischen Heeres rein bleibt.

Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich: Meine Ausführungen sind durch die Darlegungen des Anklagevertreters nicht widerlegt. Ich vindiziere für die Angeklagten die öffentlich rechtliche Befugnis, wenigstens nach der subjektiven Seite hin, für die Weitergabe des Materials an den Vertreter Krupp. Die Angeklagten glaubten mit Krupp zu tun zu haben, mit einer Firma, die überragende Verdienste auf dem Gebiete des Waffenwesens hat und die Deutschland zu den Seinen zu zählen stolz sein kann. Wenn die Angeklagten dem Vertreter einer solchen Firma Material gegeben haben, so haben sie damit gefehlt, sie haben eine Indiskretion begangen, aber es lagen niemals landesverräterische Motive vor. Der Anklagevertreter hat sich dann mit scharfen Ausdrücken gegen die Angeklagten gewandt. Er hat von der brüderlichen Moral und von feilen Schreiberleuten gesprochen, die das Maul nicht halten können. Ich bestritte ganz entschieden, daß die Indiskretionen, deren sich die Angeklagten zweifellos schuldig gemacht haben, auf ihre Moral einen derartig harten Schlag zulassen. Die Angeklagten haben leichtsinnig und vertrauensvoll gegenüber dem älteren Brandt gehandelt, aber mit ihrer Ehrlichkeit und mit ihrer Moral hat das nichts zu tun. Wenn sie hierbei das Schweigegebot überschritten haben im Interesse Brandts oder im Interesse Krupps, so mögen sie hierfür Strafe erleiden, aber als unmoralische Männer, die das Gegenteil von Ehrenmännern sind, darf man sie deshalb nicht hinstellen. Mit wem haben wir es denn zu tun? Auf der einen Seite steht Herr v. Rehen, der wegen schwerer Verfehlungen plötzlich von Krupp entlassen worden ist und der aus rein repräsentativen Motiven eine Anzahl der Kornwälder in Abschriften an sich genommen und für sich zurückbehalten hat, um die Firma Krupp in der Hand zu behalten. Diese Abschriften spielte Herr v. Rehen dem Abg.

### Dr. Liebknecht in die Hände.

Dr. Liebknecht handelte nach meinen innersten Ueberzeugungen nicht aus gekränkter Rivalität heraus, sondern er ging in dieser Weise vor, weil es sich um die Firma Krupp handelte, die der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge ist, weil die Sozialdemokratie wegen der muttergöttlichen Wohlthatenleistungen bisher in die Arbeiterkreise der Firma Krupp nicht hat einbringen können. Deshalb

### haßt die Sozialdemokratie die Firma Krupp

wie selten ein Institut und nur, weil man hier auf Krupp los schlagen konnte, ist der Abg. Liebknecht vorgegangen, übrigens ein

Mann, der selbst im Wasshaus ist, denn er ist wegen Hochverrats mit 14 Jahren Festung verurteilt worden. Auf der anderen Seite stehen die Zeugelwälder und Zeugelwälder, nette Leute, die leichtsinnig gewesen sein mögen und die deshalb Strafe verdienen. Es sind Familienväter unter ihnen, die bisher tadellos dastehen und die sich in keiner Weise auch nur das geringste haben zuschulden kommen lassen. Sie haben den schweren Kampf ums Dasein bisher in Ehren geführt. Sollen Sie diese Sieben der anderen Seite preisgeben? Soll gegen diese sieben Angeklagten mit Gefängnisstrafen oder gar mit der entsetzlichen Strafe der Dienstentlassung vorgegangen werden? Nein, das können Sie nicht tun, das werden Sie nicht tun. Die Angeklagten sehen dem Urteil mit einem unbegrenzten Vertrauen entgegen.

Angeklagter Tilian: Ich kann nur nochmals erklären, daß ich für meine Mitteilungen an Brandt keine Zuwendungen erhalten habe. Außerdem möchte ich noch hervorheben, daß nach meinem Gefühl unter den Mitteilungen, die ich weiter gegeben habe, sich nicht solche befanden, deren Preisgabe die Landesverteidigung gefährdet hätte.

Angeklagter Schleuder: Ich gestehe ein, daß ich insofern gefehlt habe, als ich Brandt Material lieferte, das ich nicht durfte. Ich möchte aber noch einmal mit aller Entschiedenheit betonen, daß ich niemals das Gefühl gehabt habe, daß Brandt das, was ich von ihm bekam, mir deshalb gab, weil er von mir Auskünfte bekommen hatte.

Angeklagter Hinz: Ich bitte um ein mildes Urteil. Angeklagter Schmidt: Ich bitte zu berücksichtigen, daß ich nur kurze Zeit mit Brandt verkehrt habe. Ich glaube auch, daß sich unter den Mitteilungen, die ich gemacht habe, keine Mitteilungen befinden, deren Weitergabe gefährlich hätte sein können. Ich bitte schließlich zu berücksichtigen, daß ich, als ich den Verlehn nicht mehr für zulässig hielt, die erste Gelegenheit benutzte, um von der Feldzeugmeisterei wegzukommen.

Angeklagter Drosche: Ich bitte den Gerichtshof um Freisprechung und schließe mich den Ausführungen meiner Verteidiger an.

Angeklagter Dage: Ich bleibe bei meinem Geständnis und bebaute meine Verfehlungen.

Angeklagter Pfeiffer: Ich kann nur erklären, daß ich nichts Strafbares begangen habe.

Darauf zog sich um 12 Uhr der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach fast dreistündiger Beratung erscheint in der sechsten Abendstunde der Gerichtshof wieder im Saale. Der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Dr. Coerrens, teilt mit, daß ihm ein Telegramm aus Vadarad von einem dortigen Weingüterbesitzer zugegangen sei, in dem sich der Absender darüber beschwert, daß in der Verhandlung davon die Rede gewesen sei, daß in den Wingerstuben in Berlin die Weine nicht so gut seien wie anderwärts. Der Absender appelliert an die Loyalität des Verhandlungsführers, daß er diesen Vorwurf zurücknehme. Der Verhandlungsführer erklärt dazu: Soweit ich in Frage komme, muß ich gestehen, daß ich die Weine in den Wingerstuben nicht kenne. (Gelächter.) Wenn eine derartige Äußerung gefallen ist, so wollte ich mir damit kein Urteil über die Güte der Weine in den Wingerstuben anmaßen. Ich will gern zugeben, daß die Weine dort gut sind.

Sodann verkündet der Verhandlungsführer folgendes

### Urteil:

Der Angeklagte Zeugelwälder Tilian wird wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams zu zwei Monaten Gefängnis und zur Dienstentlassung verurteilt; der Angeklagte Zeugelwälder Schleuder wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Zeugelwälder Hinz wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu vier Monaten Gefängnis und Dienstentlassung; der Angeklagte Feuerwerker Schmidt wegen Bestechung und erschwerter Ungehorsams in Verbindung mit der Preisgabe militärischer Geheimnisse zu zwei Monaten vierzehn Tagen Gefängnis und Degradation;

der Angeklagte Beamter Drosche wegen erschwerter Ungehorsams zu drei Wochen Gefängnis; der Angeklagte Zeugelwälder Dage wegen erschwerter Ungehorsams zu dreiwöchiger Zagen Festungshaft und der Angeklagte Oberintendantursekretär Pfeiffer wegen Bestechung und Preisgabe militärischer Geheimnisse zu sechs Monaten Gefängnis und zur Unfähigkeit für die Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von einem Jahre. Außerdem werden die den Angeklagten gewährten Vorteile als dem Staate für verfallen erklärt.

Jur

### Begründung des Urteils

führt der Verhandlungsführer aus: Die tatsächlichen Feststellungen des Gerichts gründen sich zunächst auf den Inhalt der Aussagen des Zeugen Brandt, der in der Voruntersuchung nicht nur über das ganze Material, sondern auch über alle Einzelheiten genaue Mitteilungen gemacht hat. Er wußte genau, was die einzelnen Angeklagten getan hatten, er wußte auch, wieviel Geld die einzelnen Personen erhalten hatten. Das war ihm alles in der Voruntersuchung genau im Gedächtnis; in der Hauptverhandlung wollte sich nun der Zeuge Brandt auf nichts besinnen, und es fragt sich deshalb, welche Bedeutung den Aussagen des Zeugen Brandt beizumessen ist. Brandt hat in der Hauptverhandlung

### Gedächtnisschwäche vorgeschützt

und sie darauf zurückgeführt, daß er Anfang Dezember 1912 eine Verletzung im Gesicht davongetragen habe, und zwar will er einen Schlag mit einer Motorfahle erhalten haben. Er ist auch in ärztlicher Behandlung gewesen. Der Arzt hat anfangs an eine kleine Gehirnerschütterung geglaubt, ist aber später zu der Ueberzeugung gekommen, daß es sich nur um einen Nervenstich gehandelt habe. Brandt hat den Arzt seit dem 12. Dezember 1912 nicht mehr in Anspruch genommen und auch am 20. Juni d. J., als der Arzt gelegentlich in der Wohnung des Brandt erschien, hat ihm Brandt nichts mehr über Folgeerscheinungen jenes Unfalles gesagt. Ferner haben wir vom Zeugen Direktor Deger gehört, daß Brandt damals mehrere Tage zwar dem Geschäft ferngeblieben ist, daß seine Nervosität aber sich nicht besonders gesteigert hat; er habe nichts von einer besonderen Gedächtnisschwäche des Brandt gemerkt. Ich glaube, das Gericht geht nicht fehl, wenn es sich zu der Ansicht bekennt, daß eine Gedächtnisschwäche des Brandt nicht existiert.

Brandt hat seine Angaben in der Voruntersuchung nicht nur vor einem Beamten gemacht, sondern ist mit mehreren besonders erfahrenen Untersuchungsbeamten in Verbindung gekommen. Zunächst mit Polizeirat Koch. Auf seine Befragungen glaubte das Gericht mit Recht ein besonderes Gewicht legen zu dürfen, denn Polizeirat Koch ist ein im Polizeidienst ergrauter Beamter, vor dem Tausende von Angeklagten schon gestanden haben. Er hat einen Einblick in die Seele dieser Menschen, und er hat ausgesagt, daß nach seiner bestimmten Auffassung Brandt damals ein gedrogener Mann gewesen sei. Brandt habe alles über sich zusammenschlagen sehen, er habe sein Gewissen erleichtern wollen und deshalb die reine Wahrheit gesagt. Brandt habe bereits damals ihm die meisten Namen der Angeklagten genannt. Er habe auch damals schon davon gesprochen, daß er sein Material aus dem Kriegsministerium nur von Pfeiffer bezogen hätte. Insbesondere sprach er damals schon davon, daß auch der erste Liebknechtische Kornwälder von Pfeiffer herrühre. Bei seinen folgenden Vernehmungen ist Brandt bei seinen Angaben geblieben. Er hat die Mitteilung, daß Pfeiffer ihm die beiden Staatsauszüge geliefert hat, schon zu einer Zeit gemacht, wo das Ergebnis der Beschlagnahme in Essen noch gar nicht bekannt war. Wenn man sich das alles vergegenwärtigt und bedenkt, daß der Zeuge Brandt auch in der Folgezeit bei seinen ersten Angaben geblieben ist, jedenfalls was die Angaben über die Personen der Angeklagten betrifft, so ist das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Angaben des Brandt den Tatsachen entsprechen haben.

Brandt hat gesagt, er wisse nicht mehr, ob dies oder jenes Material von dem oder jenem Angeklagten geliefert worden ist. Er ist ausdrücklich gefragt worden, ob er aus dem Kriegsministerium auch noch von einem anderen Beamten Material bekommen hat. Er hat diese Frage bestimmt mit Nein beantwortet. Er hat lediglich die Angeklagten nicht weiter belästigen wollen. Was ihn dazu veranlaßt hat, war nicht feitzustellen. Jedenfalls hat nach

## Sozialdemokratie und der Krieg in Serbien.

Genosse Hugo Schulz schreibt der „Wiener Arbeiterzeitung“ vom Kriegsschauplatz:

Als ich am 17. Juli frühmorgens in Belgrad eintraf, um auf den Kriegsschauplatz abzureisen, war es mein erstes, dem Arbeiterheim und der Redaktion der „Radnicka Novine“ einen Besuch abzustatten. Ich hatte keine Schwierigkeiten, diese zu finden, denn ein Wohnarbeiter machte sich sofort erbötig, mich hinzuführen. Der Weg zog sich ein bißchen und so hatte ich Gelegenheit, schon jetzt mit dem Sammeln von Eindrücken zu beginnen. Die ersten waren wirklich beklemmend, so zwar, daß ich geradezu in Verzückung hätte geraten müssen, wenn ich nicht gewußt hätte, was da eigentlich vorgeht. Ein graufiges, wirres Unterholz von Bildern, in denen ein normales Stilleben geradezu auf den Kopf gestellt scheint. Doch ich konnte nur schauen und mußte es auf eine spätere Stunde versparen, mir über die chaotische Fülle und grelle Wirrnisse des Gehäuteten Menschen zu geben. Es drängte mich zunächst, zu ahnen, wie unsere Parteifreunde und wie die organisierte Arbeiterchaft Serbiens im heißen Wüstensturm, der durch dieses Land zu ziehen scheint, ihr Arbeitsgebiet sichern konnten.

Um sechs Uhr morgens stand ich vor dem Arbeiterheim, befürchtend, daß ich lange würde warten müssen, bis einer von den Kennern, die dort die Stätte ihres Wirkens haben, bereit sein würde, dem fremden Eindringling Rede zu stehen. Doch welche Ueberraschung! Sotoboi im Parteisekretariat als auch in der Redaktion war man bereits am Werke und Genosse Popovitch stellte sich mir sofort in liebenswürdigster Weise zur Verfügung, indem er zunächst einen deutschsprechenden Genossen, der dann den Dolmetsch machte, herbeiholt ließ. Ich fragte nach Abgeordneten Popovitch, an den ich aus Wien einige Aufträge zu bestellen hatte. O, den könne ich sofort sprechen, ich solle nur mitkommen in die Stupitschina, dort sei er gewiß zu treffen.

„Neht — um halb sieben Uhr früh — in die Stupitschina?“ Das ist ja nicht so früh. Popovitch sieht oft schon um fünf Uhr früh im Klubraum unserer Fraktion und arbeitet. Er hat dort überhaupt keine Arbeitsstätte angeschlagen.“

Wenige Minuten später fanden wir vor einem kleinen, windstiefen, ebenerdigen Häuschen, dem noch auf einem Flügel ein erster Stab aufgesetzt ist. Das soll die Stupitschina sein? Ich war wirklich sehr erstaunt, aber später, als ich auch das Gebäude kennen gelernt hatte, in dem der Minister des Innern, Herr Paschitsch, seine weltanschauliche Wirkksamkeit entfaltet, habe ich es verlernt, mich über die einfachen, dürftigen und fast ärmlichen, jedenfalls aber hohlpodustreien Formen, in die sich der politische Geist dieser Nation kleidet, noch weiter zu wundern. Vor dem Stupitschinengebäude sah ich einer Holzbank, wie ein Wiener Dienstmann, ein Gendarm. Dieser erhob sich, als meine Begleiter mit ihm einige Worte gewechselt hatten, und rief den Genossen Popovitch heraus. Er kam sofort, begrüßte mich überaus herzlich und schickte sich sofort an, mit mir in die Redaktion zu

gehen. Auf dem Wege dahin wurde er wiederholt von Vorübergehenden freundlich begrüßt, mehrmals auch von Männern, die in Soldatenuniform steckten.

Wir sprachen natürlich über nichts anderes als den Krieg und seine Rückwirkungen auf die Partei. Nun darüber wäre zunächst nichts weiter zu sagen, als daß etwa neunzig Prozent der organisierten Arbeiter Serbiens augenblicklich Brüder im Waffentrock sind und, statt im Klassenkampf ihren Mann zu stellen, auf den Schlachtfeldern Mazedoniens bluten müssen. Die Belgrader Metallarbeitergewerkschaft zum Beispiel, die im Frieden mehr als tausend Mitglieder zählt, empfangen gegenwärtig nur noch von sechzig ihrer Angehörigen Beiträge. Alle anderen seien im Felde und vielen mühten von der Organisation noch die Familien unterstützt werden.

„Sind viele Genossen im türkischen und im bulgarischen Kriege gefallen?“ fragte ich.

„O, außerordentlich viele!“

„Auch solche, die in der Partei und in der gewerkschaftlichen Organisation hervorragende Funktionen bekleideten?“

„Gerade von diesen ist uns eine ganze Reihe durch den Schlachtentod entzogen worden. Durchwegs Männer, deren Verlust mir tief beklagen und schwer ergehen können.“

Ich bat um eine Liste der Vertrauensmänner der Partei, die bisher, soweit es bekannt geworden, im Kriege gefallen sind, und erhielt folgende:

Korporal Milorad Alexitsch, Obmann der Gewerkschaft der National Schneider; gefallen in der Schlacht bei Rumanowa.

Oberleutnant Karlo Manditsch, Vorstandswirtschaft des Vereins der Opanenschuster; gefallen im Gefecht bei Kitchowa.

Infanterist Zosa Restorowitsch, Obmann der Buchdruckerorganisation; gefallen in der Schlacht bei Kestli Duhwa an der Wregalinha.

Oberleutnant Alexander Krasnojewitsch, Sekretär der Gewerkschaft der Arsenalarbeiter; ebenfalls in der Schlacht bei Kestli Duhwa gefallen.

Was mir besonders auffiel, war, daß sich unter den Genannten mehrere Offiziere befanden, deren militärischer Rang sich mir mit der Funktion, die sie in der Arbeiterorganisation bekleideten, nicht gut zusammenzureimen schien. „Sind das vielleicht ehemalige Studenten?“ fragte ich, „die aus Idealismus zur Partei gekommen sind?“

„O durchaus nicht! Der Oberleutnant Manditsch war im bürgerlichen Leben wirklich nicht mehr als ein Opanenschuster und der Oberleutnant Krasnojewitsch ein wirklicher, echter, rauchschwärzter Arsenalarbeiter. Doch Arbeiter im Militärverhältnis Offiziere sind, ist hierzulande durchaus nichts Ungewöhnliches, denn erstens hat jeder, der eine gewerbliche Fachschule absolviert hat, das Recht auf die Offiziersprüfung, und zweitens werden auch viele Unteroffiziere, wenn sie eine Prüfung ablegen, zu Offizieren befördert. Es gibt auch Baueroffiziere, die leicht daran zu erkennen sind, daß sie nicht Stiefel, sondern Opanen tragen.“

Ich war einigermaßen starr und meine aus Oesterreich kam-

menden militärischen Grundbegriffe gingen aus den Fugen. Geht es nicht bei uns, daß der Offizier unbedingt aus einem Gesellschaftskreise stammen muß, in dem ritterliche und aristokratische Anschauungen einheimisch sind? Dieweil er doch anders nicht jenen militärischen Idealismus aufbringen könnte, den die Brutalität der Mannschaft voraussetzen müssen und der es allein möglich macht, daß der Offizier als allererster im wildesten Gefechtschaos die schützende Deckung verliert, um vorwärts zu stürmen! Also Opanenschuster und Arsenalarbeiter bringen das auch zumege? Und ebendiesem Sozialdemokraten, die zwar, wenn sie in Reich und Glied einer Armee stehen, die wirklich das Volk in Waffen ist, als tapfere Männer ihre Pflicht tun, aber darum doch keinen Moment aufhören, zu bekennen, daß sie Gegner des Krieges sind?

Keinen Moment hat die serbische Sozialdemokratie aufgehört, das zu bekennen. „Der Krieg gegen Bulgarien ist wie ein Gefängnis über uns heringebracht“, sagte mir Genosse Popovitch. „Da ließ es sich gegen den Angriff wehren, und es ist schwer, jetzt die Verantwortlichkeiten festzustellen. Das soll später folgen. Allein trotz aller Erfolge und trotz aller Entzückungen der chauvinistischen erhitzen öffentlichen Meinungen vertritt unsere Fraktion im Parlament, die aus Genossen Kraglewitsch und aus mir besteht, den Friedenswillen des Proletariats, der sich von Anbeginn gegen den bewaffneten Angriff auf die Türkei stemmt. Der Krieg gegen die Türkei war das Uebel, und es ist ein Irrtum, ihn für einen Vorkrieg oder Befreiungskrieg zu halten. Grute mehr denn je stehen wir auf dem Standpunkt, daß er im Wesen ein Eroberungskrieg gewesen ist, der die Befreiung der mazedonischen Volksmassen nicht gefördert, sondern verzögert hat. Gewiß wird einmal die Bergedörfer Serbiens und die Erweiterung seiner wirtschaftlichen Entwicklungsbasis dem serbischen Proletariat und damit dem Proletariat aller Länder zugute kommen. Das wird aber wohl noch ein Menschenalter dauern, während die Erfüllung unseres Programms, das die friedliche Autonomisierung Mazedoniens fordernde, augenblicklich dem wirtschaftlichen Fortschritt der Balkanvölker die gefährlichsten Antriebe gegeben hätte. Ein autonomes Mazedonien hätte die Agrarfrage zu lösen und das schwachholle Ametenverhältnis, das ärger ist als in Bosnien, zu beseitigen vermocht. Ein erobertes Serbien ist aber durch die Friedensverträge verpflichtet, die Grundherrenrechte unangefastet zu lassen. Im autonomen Mazedonien wäre es möglich gewesen, diese ganz sachlich und unbemerkt abzuschließen. Jährlich wanderten aus Amerika 120 Millionen Frank in's Ausland, durchaus Sozialistische mazedonischer Arbeiter, die in die Heimat zurückkehrten, um Grund zu kaufen. Nun wird der Bodenpreis unerschwinglich werden. Schon haben ausländische Banken große Komplexe zusammengelaufen, schon sind die Bodenpreise erheblich gestiegen, und die armen mazedonischen Ameten werden nun unter der Herrschaft der bürgerlichen Demokratie Serbiens wenigstens im nächsten Menschenalter viel schwerer das Joch ihrer Ackerflaberei abschütteln können, als sie es in einem autonomen Mazedonien gekannt hätten. Wir haben gegen den Beginn des Balkankrieges energisch protestiert, und haben auch die Erfolge der serbischen Waffen nicht in unserer Ueberzeugung erschüttern können, und die Geschichte wird uns recht geben.“



der ganzen Sachlage das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß der Zeuge Brandt in der Voruntersuchung durchweg die volle Wahrheit gesagt hat. Dies vorausgesetzt, hat das Gericht auf Grund der Beweisaufnahme weiter

### folgende Feststellungen

getroffen. 1906 wurde Brandt von Krupp von Essen nach Berlin geschickt zur Unterstützung des inzwischen verstorbenen Herrn v. Schück. Welche Direktiven und Informationen Brandt hatte, haben wir nicht feststellen können. Es war in Essen bekannt, daß Brandt Vorzügliches leistete. Er war ein Mann, der zu allem zu gebrauchen war. 1906 trat er seine Stellung in Berlin an. Durch die Beweisaufnahme steht fest, daß Brandt seine Aufgaben in Berlin dahin aufgeföhrt hat, daß er um jeden Preis Nachrichten für seine Firma einsammeln mußte, vornehmlich auf dem Gebiet der Konkurrenz. Brandt ist dabei so zu Werke gegangen, daß er sich in die Kreise seiner früheren Kameraden begab. Er fand darunter verschiedene Herren, deren nähere Bekanntschaft er machte. Es muß ohne weiteres auffallen, daß die Wahl Brandts gerade auf solche Personen fiel, die bei bestimmten Behörden tätig waren, nämlich bei der

### Feldzeugmeisterei, bei der Artillerieprüfungskommission und beim Kriegsministerium.

Brandt hat sich an die jetzigen Angeklagten herangemacht und hat es verstanden, sich ihnen gegenüber in einer Weise aufzuführen, daß sie sich zweifellos hoch geehrt fühlten, wenn der Vertreter von Krupp sich in dieser Weise mit ihnen einließ. Dem Brandt ist es auch nicht schwer geworden, bei seiner vielseitigen Veranlagung diese Leute für sich zu gewinnen. Es waren verhältnismäßig jüngere Leute. Brandt hat sich in den Augen dieser Unteroffiziere ein besonderes Gelehrte gegeben und hat verschiedene Wege eingeschlagen, je nachdem, mit wem er es zu tun hatte. Anders verhielt er sich bei Pfeiffer. Pfeiffer war ein älterer Beamter und ihm gegenüber ist Brandt anders aufgetreten als gegenüber den anderen Angeklagten. Jedenfalls hat Brandt es verstanden, jeden der Angeklagten in seiner Weise zu behandeln und für seine Zwecke geeignet zu machen. Zuerst lernte er Tilian kennen, der ihm in den Jahren 1906 bis 1908 fortlaufend Mitteilungen über Konkurrenzpreise machte. Später hat Tilian dem Brandt auch über Munitionsaufträge Mitteilung gemacht. In welchem Umfange das geschehen ist, hat nicht genau festgestellt werden können.

### Die Kornwalzer sind nicht mehr da,

wir besitzen nur noch Notizbuchaufzeichnungen. Tilian vermittelte 1908 dem Brandt die Bekanntschaft mit seinem Nachfolger Schleuder und Schleuder ist dann bald in Tilians Fußtapfen getreten. Dann folgte Hinst, von dem Brandt auch sofort alle Nachrichten bekam, die er haben wollte. Endlich kam dann der Angeklagte Schmidt. Auch Schmidt gab dem Brandt Material. Dieses Material verarbeitete Brandt zu Berichten, die er nach Essen sandte. Diese Berichte sind leider erst seit 1910 vorhanden, so daß wir nicht feststellen können, was der Angeklagte Tilian an Material geliefert hat. Dagegen haben wir bezüglich der Angeklagten Schleuder und Hinst eine große Zahl Kornwalzer. Wir haben hier mehrere hundert Kornwalzer und eine große Anzahl stüßten sich auf Mitteilungen von Hinst und Schleuder. Es soll nicht gesagt werden, daß der Gesamtinhalt der einzelnen Kornwalzer den einzelnen Angeklagten zuzuschreiben ist. Das Gericht ist der Ueberzeugung, daß

### Brandt überall sammelte.

Das Gericht meint auch, daß Brandt möglichst viel Berichte absandte, um zu zeigen, daß er ein fleißiger Beamter war. Das Material, das die drei Angeklagten aus der Feldzeugmeisterei dem Brandt mitgeteilt haben, ist zum Teil streng geheim. Das gleiche gilt für die Angeklagten aus der A.-P.-K. Hier wurde dem Brandt derselbe Einblick gewährt wie in die Feldzeugmeisterei. Er bekam hier hauptsächlich Nachrichten über Versuche der A.-P.-K. Brandt wußte Bescheid und er hat daher auf Droße eingewirkt, ihn zu Hause besucht und ein Notizbuch mindestens zwei bis dreimal in der Wohnung Dröses eingesehen. Das hat Dröse selbst nicht bestritten. Den Umfang des durch Dröse gelieferten Materials hat das Gericht nicht mehr feststellen können, weil die Kornwalzer nicht mehr vorhanden sind. Aber der Inhalt des Notizbuches ist streng geheim. Auch Hoge hat sich bereit finden lassen, dem Brandt zu Willen zu sein. Auf ihn beziehen sich mehrere Kornwalzer, die sehr geheimes Material enthalten. Mit Pfeiffer hat Brandt um bewußten engen Verbindung angeknüpft, weil Pfeiffer in der Fuhrartillerie-Abteilung des Kriegsministeriums arbeitete. An ihn hat sich Brandt mit besonders großer Schläue herangemacht, und zwar nicht ohne Erfolg. Pfeiffer und Brandt haben sich ab 1908 regelmäßig getroffen. Pfeiffer erhielt dann zu Weihnachten 1908 von Brandt 100 M., was sich an den folgenden vier Weihnachten wiederholte. Pfeiffer ließ sich von Brandt auch einladen. Das Gericht hat mindestens für 1910, 1911 und 1912 den Beweis für erbracht angesehen, daß der Angeklagte Pfeiffer dem Brandt Material aus dem Kriegsministerium geliefert hat. Die Staatsauszüge stammen

### unbedingt aus dem Kriegsministerium

und zwar aus der Fuhrartillerie-Abteilung. Der erste Liebnichts Kornwalzer enthält Mitteilungen über Versuche mit einem neuen Geschütz. Diese Mitteilungen sind gleichfalls an das Kriegsministerium gelangt, und zwar an die Fuhrartillerie-Abteilung. Pfeiffer hat versucht, andere Personen zu verdächtigen. Diese Versuche sind mißlungen. Es ist kein Fingerzeig dafür vorhanden, daß ein anderer Beamter der Käter sein könnte. Gegen Pfeiffer spricht aber vor allem die Tatsache, daß Brandt schon bei seiner ersten Vernehmung gesagt hat, daß dieser Kornwalzer von Pfeiffer stammt. Der Inhalt dieses Kornwalzers aber ist streng geheim.

Es fragt sich nun, wie die Angeklagten dazu gekommen sind, diese Sachen zu liefern. Es steht ohne weiteres fest, daß die Angeklagten, soweit sie Soldaten sind, sich durch ihre Handlungen eines Ungehorsams schuldig gemacht haben. Die Angeklagten haben das auch zugegeben. Sie haben dafür Vorteile gehabt. Tilian hat Darlehen bekommen. Natürlich haben die Angeklagten nicht für jede pflichtwidrige Handlung Vorteile bekommen. Aber die Angeklagten mühten trotzdem genau, daß sie das, was sie taten, nicht tun durften. Daher auch die

### große Heimlichkeit.

Brandt durfte nicht aufs Bureau kommen, sondern sie suchten ihn in Zivilkleidung auf. Bei Tilian hat es den Anschein, daß er die Darlehen bekommen hat wegen des gelieferten Materials. Immerhin hat das Gericht in diesem Punkt einige Zweifel gehabt. Diese Zweifel sind zugunsten des Angeklagten entschieden worden. Dagegen hat Tilian sich zweifellos für die Lieferung von Material in Soldaten freihalten lassen. Bei Schleuder, Hinst und Schmidt ist der Beweis der Beziehung noch leichter zu führen. Diese Angeklagten waren sich völlig klar darüber, daß sie für dieses Geld Geheimnisse preisgaben. Es hätte sonst kein Grund für Brandt vorgelegen, den Unteroffizieren bar Geld in die Hand zu drücken. Wenn Brandt auch eine verhältnismäßig hohes Einkommen hatte, so hatte er doch eine Familie mit drei Kindern. Es ist ausgeschlossen, daß Brandt diesen Leuten, die er nur flüchtig kennen gelernt hatte, Bargeld gegeben hätte, wenn er nicht Gegenleistungen bekam. Dröse soll sich dadurch haben

### beziehen lassen,

daß er sich versprochen ließ, bei Krupp angestellt zu werden. Der innere Zusammenhang aber ist nicht genau festgestellt. Bei Hoge war Beziehung niemals angenommen. Bei Pfeiffer jedoch haben wir dafür feste Unterlagen. Er hat namhafte Vorteile von Brandt gehabt. Pfeiffer war sich auch bewußt, daß er Vorteile dafür bekam, daß er die Amtsvorschüben brachte. Nun zumerrat

militärischer Geheimnisse. Die Angeklagten haben gesagt, Krupp erfahre vom Kriegsministerium auch auf legalen Wege viel. Das entspricht den Tatsachen. Krupp muß in viele Geheimnisse eingeweiht werden, weil diese Firma mit den artilleristischen Versuchen in enger Verbindung steht. Ohne die Versuche Krupps hätten wir unsere heutige Artillerie nicht. Die Heeresverwaltung hat ein Interesse daran, daß Krupp manchen weiß, was andere nicht wissen. Ferner haben wir gehört, daß Brandt als Beamter der Firma Krupp auch viel wußte, mehr als die meisten Offiziere. Das scheint zu stimmen. Die Angeklagten haben ferner behauptet, sie hätten angenommen, Brandt sei ein Ehrenmann und bei ihm sei alles Material sicher. Das Gericht hat den Beweis dafür erbracht angesehen, daß Brandt das Material nicht zum Schaden der Heeresverwaltung und der Staatssicherheit verwandt hat. Das Material ist in den Händen Brandts durchaus sicher gewesen. Das Vertrauen, das die Firma Krupp in Brandt gesetzt hat, hat er nicht getrübt. Aber das macht die Angeklagten nicht krasslos. Sie haben geheimes Material preisgegeben und es kommt dabei nicht in Frage, daß dieses Material Krupp gegenüber nicht geheim war. Die Angeklagten mühten wissen, daß dieses Material in den Händen einer fremden Macht Unheil anrichten konnte. Damit ist der Tatbestand des Paragraphen des Spionagegesetzes erfüllt.

Es fragt sich weiter, ob durch den Ungehorsam der Angeklagten ein erheblicher Nachteil entstanden ist. Wenn er entstanden ist, so müssen die Angeklagten es sich gefallen lassen, daß ihnen der Schaden zugeschieben wird. In erster Linie tauchte die Frage auf, ob ein

### erheblicher materieller Schaden

entstanden ist. In dieser Beziehung hat die Beweisaufnahme nichts ergeben. Die Direktoren der Firma Krupp haben erklärt, daß die Firma auf Grund des Inhalts der Kornwalzer niemals mit den Preisen in die Höhe gegangen ist. Die Kornwalzer dienen lediglich, um die früheren Kalkulationen nachzuprüfen. Nun wird man sagen, diese Herren seien interessiert, denn es schwebt gegen sie selbst eine Untersuchung. Der uninteressierte Vorsteher des Krupp'schen Kalkulationsbureaus hat aber eidlisch bekundet, daß die Firma niemals ihre Preise heraufgesetzt hat, obwohl sie es hätte tun können. Dann ist diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Verhandlung im Reichstag gemacht worden. Dort hat der Abg. Dr. Liebknecht die Dinge zur Sprache gebracht. Nachdem ihm von unbekannter Seite im November 1912 diese Kornwalzer überhandt waren, hat er sie dem Kriegsminister übergeben. Das war unbedingt richtig und seine Pflicht, wollte er nicht selbst in den Verdacht kommen, Krupp zu schonen. Ob es aber richtig war, daß der Abgeordnete später im Reichstag von einem

### Panama

sprach, ist eine andere Frage. In diesem Punkte ist das Gericht zu der Auffassung gekommen, daß für das Heer ein erheblicher Nachteil entstanden ist, denn in diesen Angriffen liegt eine ganz erhebliche Schädigung des Ansehens der Heeresverwaltung. (Mit erhobener Stimme) Das deutsche Heer erfreut sich im In- und Ausland eines großen Ansehens. Dieses Ansehen beruht einmal auf der Anerkennung, daß im deutschen Heer mit treuester Pflichterfüllung und mit seltener Hingebung gearbeitet wird und daß

### das Schwert geschliffen und das Pulver trocken

gehalten wird für den Fall, daß der Allerhöchste Kriegsherr dieses Friedensinstrument zur Verteidigung vitaler Interessen des Reiches gebrauchen sollte. Und noch etwas anderes hat dem deutschen Heer Anerkennung in der ganzen Welt verschafft. Es ist dies das Moment, daß Beamte des Heeres bisher für unnahbar gehalten wurden. Die Verwaltung des Heeres ist stets unzugänglich gewesen für gewisse Nachenschaften. Das hat sich eingebürgert nicht nur im deutschen Volk, sondern auch im Ausland, und wir sind stolz darauf, daß Nachenschaften, wie sie in anderen Ländern der Verwaltung nachgesagt werden, im preussischen Beamtentum und im deutschen Heer nicht gang und gäbe waren. Dieses Ansehen, das das Heer zu unser Freude genießt, hat schwer gelitten durch diese Vorwürfe. Ob freilich die Bezeichnung Panama berechtigt war, ist eine andere Frage. Unter Panama versteht das Gericht Korruption schlimmster Sorte. Um eine solche handelt es sich hier nicht. Hier haben drei Unteroffiziere und ein mittlerer Beamter sich dazu herbeigelassen, für die Mitteilungen gewisser Dinge keine Geldbeträge und freie Besuche entgegenzunehmen. Das ist kein Panama. Drei Unteroffiziere und ein mittlerer Beamter, was will das heißen in einem Heer von über 500 000 Mann. Sie sind durch die Einwirkungen eines höchst gewandten Mannes zu Fall gebracht worden. Wir haben Zehntausende von Beamten, Unteroffizieren und Gemeinen im Heer, den die schwerwiegendsten Sachen anvertraut sind. Diese Zehntausende haben sich niemals verleiten lassen, etwas zum Nachteil des Staates zu tun. Aber das Wort Panama ist ausgesprochen worden und die Heeresverwaltung hatte selbst das größte Interesse daran, diese Verhandlung möglichst öffentlich zu führen, um das Wort Panama wenn irgend möglich auszumergen. Das letztere ist geschehen. Aber es ist mit dem Nachteil für die Heeresverwaltung verbunden, daß diese Vorgänge jetzt so weit bekannt wurden. Diese Nachteile müssen sich die Angeklagten zuschreiben lassen. Sie haben diese Gerichtsverhandlung mit verursacht. Leider ist das Gericht nicht in der Lage, diese Nachteile so zu verwischen, daß sie für alle Zeiten verschwinden. Bekanntlich gehen die Ehrabschneidungen mit Wundeseile weiter und ziehen immer weitere Kreise. Aber wenn ein solcher Ehrabschneider widersteht, bringt der Widerstand nicht weiter. Es bleibt immer etwas hängen und es gibt viele, die sagen: es ist doch etwas an der Sache. Also

### troß des glücklichen Ausgangs des Prozesses

ist das Ansehen der Heeresverwaltung schwer geschädigt worden. Die Angeklagten haben dazu den Anstoß gegeben und zwar gilt das für alle Angeklagten, nicht nur für die, von denen Kornwalzer dem Abgeordneten Liebknecht in die Hände gefallen sind.

Bei der Strafzumessung hat das Gericht erwoogen, daß die Angeklagten durch das gewandte Wesen Brandts zweifellos weitgehend bearbeitet worden sind. Brandt war ein großer Menschenkenner und war den Angeklagten weit überlegen. Immerhin handelte es sich nicht nur um junge Soldaten, bei denen man vielleicht ein Auge hätte zudrücken können. Es handelt sich um Leute in besonderen Stellungen, die das in sie gesetzte Vertrauen geringer Vorteile willen schände mißbraucht haben. Das erfordert immerhin eine erhebliche Strafe. Bei sämtlichen Angeklagten hat das Gericht auch die Gefahr eines erheblichen Nachteils angenommen, denn die Gefahr lag vor, daß das Material auch in andere Hände kommen konnte. Andererseits haben sich die Angeklagten bisher tadellos geführt. Das Wort Bestechung hat jedoch bei uns einen üblen Klang und Beamter und Bestechung sind Dinge, die wir nicht zusammenbringen können. Aus allen diesen Gründen hat das Gericht auf die oben erwähnten Gesamtstrafen erkannt. Eine Anrechnung der Untersuchungsbeiträge hat das Gericht nicht vornehmen können, weil nach seiner Ansicht die Strafen an sich schon sehr milde sind.

Der Angeklagte Pfeiffer meldet sofort Berufung an. Die übrigen Angeklagten bedielten sich eine Erklärung vor.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Bezirksparteitag für den Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck tagte am Sonntag und Montag in Flensburg. Der Parteitag war besucht von 90 Delegierten, darunter 9 Genossinnen und 87 Vertretern der verschiedenen Körperschaften der Organisation und der Presse. Als Vertreterin des Parteivorstandes war Genossin Luise

Siech erschienen. — Das Referat des Bezirkssekretärs Genossen Bartels über die Parteitätigkeit im Bezirk rief eine größere Debatte nicht hervor. Die Ansicht, meinte Genosse Bartels in seinen Ausführungen, die in einem Artikel der „Neuen Zeit“ zum Ausdruck gekommen sei, daß bei der Sozialdemokratie eine Ueberspannung der Organisation eingetreten sei, sei energisch zurückzuweisen. Straffe politische und gemeinschaftliche Organisationen seien die Vorbedingung für den Vormarsch des Proletariats. Organisierten wir unermüdet weiter, aber erfüllen wir auch die Mitglieber mit dem richtigen revolutionären Geist. — Der Parteitag stellte dann den Etat für das Jahr 1913/14 fest. Er schließt ab mit 83 400 M. Der Bericht über die Presse und die dazu gestellten Anträge rief eine lebhaftige Debatte hervor. Der wichtigste Antrag war, den Abonnementspreis der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und des Kopfschlages der „Flensburger Volkszeitung“, wegen der in den letzten Jahren gemaltig gestiegenen Geschäftskosten von 70 Pf. auf 75 Pf. monatlich zu erhöhen.

Der Parteitag setzte am Montag die Diskussion über die Presse fort. Nach langer und lebhafter Diskussion wurde gegen einige Stimmen beschlossen, den Abonnementspreis für die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ und für die „Flensburger Volkszeitung“ von 70 auf 75 Pf. monatlich zu erhöhen.

Dann hielt Genosse Pich vom Zentral-Bildungsausschuß einen Vortrag über das Thema „Unser Bildungswesen“. Der Vortrag und die ihm folgende gehaltvolle Diskussion gaben besonders für die Vertreter der kleineren Orte eine Fülle von Anregungen und Ratsschlüssen für die Handhabung unseres Bildungswesens.

Ueber den Parteitag in Jena referierte Bezirksleiter Bartels. Dabei wurde besonders die Frage des politischen Massenstreiks, die Haltung der Fraktion bei der Wehr- und Dedungsvorlage und die Aufhebung des Nürnberger Parteitagbeschlusses über den Kaisererbes durch den Chemnitzer Parteitag besprochen. Referent und Diskussionsredner billigten das Vorgehen der Fraktion; für die Propagierung des Massenstreiks erhob sich keine Stimme. Zur Frage des Kaisererbes wurde folgender Antrag beschlossen:

„Der Parteitag in Jena wolle beschließen als Konsequenz der Arbeitsruhe am 1. Mai betrachte der Parteitag es als die Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen, die den 1. Mai ohne Lohnverlust feiern, ihren Tagesberdienst an den zuständigen Bezirkskassenierfonds abzugeben. Ausschließen von dieser Verpflichtung sind diejenigen, die sich in bedrängter Lage befinden.“

Beschlossen wurde noch, den Wunsch auszusprechen, daß eine Sitzung von Vertretern der Gewerkschaftsfraktion der Provinz stattfinden, damit eine gewerkschaftliche Zentrale geschaffen werde, die in der Provinz gemeinsam mit der Partei, das Bezirksbildungswesen und Bezirksjugendwesen bearbeitet. Auch die Agrarfrage spielte in den Diskussionen eine Rolle. Die Einsetzung einer Agrarstudienkommission wurde für die gesamte Partei für nötig gehalten. Einen Rückblick über die Landtagswahlen gab Genosse Breckow. Als Bezirkssekretär wurde Genosse Bartels wiedergewählt. Damit war die Arbeit des Parteitagbes erledigt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und -Land am vergangenen Sonntag beschäftigte sich unter anderem mit dem deutschen Parteitag. Nach einem Vortrage des Genossen Sollmann wurde ein Antrag angenommen, den Parteitag zu eruchen, die preussische Wahlrechtsfrage und den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Genosse Sollmann führte den Stillstand der Organisation in der Hauptsache auf Unterlassungen und Fehler in der Agitation zurück. Bei der Beurteilung der Haltung der Fraktion in der Dedungsfrage zur Militärvorlage müsse man gerechterweise ihre schwierige verantwortungsvolle Lage in Betracht ziehen. In der Aussprache wurde die Haltung der Fraktion von mehreren Rednern kritisiert. Auch wurde behauptet, das mangelnde Vertrauen der Massen zu den angestellten Führern sei an dem Stillstand der Organisationen schuld. Angenommen wurde noch dieser Antrag zum Parteitag: „Bei § 27 Absatz 4 hinter „so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen“ ist anzufügen: „In diesem Falle muß das Schiedsgericht gegen alle Angeklagten verhandeln, wenn einer der Angeklagten ernannt.“ Als Delegierte zum Parteitag wurden Sollmann und Gries gewählt.

Der Bericht über das erste Quartal des Geschäftsjahres ergab eine Abnahme um 178 Mitglieder. Die Mitgliederzahl beträgt nunmehr 8089, 7070 männliche und 1019 weibliche. Der Partenumsatz hat sich gebessert, so daß nach 11 Wochenbeiträgen berechnet 9497 Mitglieder vorhanden sind.

Der Landesparteitag des Herzogtums Braunschweig fand am Sonntag in Seesen a. S. statt. Er war von 70 Delegierten außer den Vertretern des Landesvorstandes und der Vorstehenden der einzelnen Kreise aus 44 Orten besucht. Der Vorstand der Gesamtpartei war durch Genossen Pannsch u. Berlin vertreten. Die Organisation zählte am Schluß des Rechnungsjahres 12 233 Mitglieder, gegen 11 807 am Schluß des Vorjahres. Sie hat um 426 Mitglieder zugenommen. Die Landeskasse hatte eine Einnahme von 17 000,71 M., eine Ausgabe von 13 925,57 M. und am Schluß einen Kassenbestand von 3075,14 M. Das Parteiorgan, der „Volkstribüne“, hat um 1160 Abonnenten, von 14 635 auf 15 785 zugenommen. Das Blatt hatte infolge der Wahlrechtskämpfe 10 020,97 M. und im letzten Berichtsjahr allein 1788,74 M. an Gerichts-, Prozeß-, Besorgungskosten und Strafgeldern zu zahlen. — Die monatlich erscheinende Agitationschrift „Empor“ wurde in 47 500, der Volkstribünekalender in 45 000 Exemplaren verbreitet. Die „Neue Zeit“ wird in 106, die „Gleichheit“ in 548, der „Wahre Jakob“ in 3878 Exemplaren gelesen. In die Gemeindeverwaltung schickt die Partei heute 152 Vertreter, und zwar 38 Stadtverordnete und 118 Gemeinderatsmitglieder, gegen dreißig Stadtverordnete und 83 Gemeinderatsmitglieder im Vorjahre. Die Versammlungstätigkeit war nicht sehr umfangreich, und es wird vielfach über mangelhaften Besuch geklagt. Im ganzen fanden im Herzogtum 148 öffentliche, 307 Mitgliederberatungen und 136 Versprechungen statt. Für die Bildungsbestrebungen wurden insgesamt 2951,16 M. ausgegeben, bei einer Einnahme aus den Veranstaltungen von 1548,16 M., so daß dabei ein Verlussschuß von 1403 M. geleistet werden mußte. Die Jugendorganisation ist erfreulich erstarkt. Jugendauschüsse bestehen an 8 Orten.

In eingehender Weise wurde das Referat des Genossen Antrid über die Organisation und Agitation wie die Tatsache besprochen, daß die Partei nicht größere Fortschritte gemacht habe. Alle Redner erkannten unumwunden die Schwierigkeit der Agitation an, waren aber der Meinung, daß keine Ursache vorhanden sei, pessimistisch in die Zukunft zu sehen. Der Ansicht des Referenten, die Kaiserfeier aufzuheben, wurde energisch widersprochen.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Anpassung des Bezirks-Parteiautis an die Beschlüsse des Chemnitzer Parteitag in Anspruch. Der Monatsbeitrag wurde wieder auf dreißig Pfennig für männliche und 15 Pfennig für weibliche Mitglieder festgesetzt, obgleich Genosse Pannsch warm für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. eintrat. Ein Antrag, die Erhöhung der Beiträge den einzelnen Mitgliedschaften zur Erweiterung zu überweisen und dem nächsten Landesparteitag wieder zur Beschlußfassung zu unterbreiten, wurde angenommen. Zum Vorsitzenden der Bezirksorganisation wurde Genosse Riefe-Braunschweig wiedergewählt.

### Totenliste der Partei.

In Wald-Siedersdorf (Märkische Schweiz) starb am Montag das älteste Mitglied des dortigen Wahlvereins, Genosse Fritz Simon im Alter von 89 Jahren. Von Beruf Schneider trat der Verstorbene schon in jungen Jahren der Partei bei und war vor allem auch unter dem Ausnahmengesetz für die Partei tätig. Ehre setnem Andenken.



**Alkoholfreie Getränke**

**Franz Abraham**  
Ramb. Meissner u. Römertank-Kell.  
C. 24. Berlinstr. 14. Fernsp. Kgl. 13709

**Si-Si**  
Bestes alkoholfreies  
Getränk.  
Berlin O. Rudolfstr. 4.

**Arbeiter-Bekleidung**  
Hamburger Laden, Charl., Wallstr. 69

**Auto-Fahrschulen**  
Or. Frankfurterstr. 44  
Elmstr. 14. Teilz. 62

**Sanke**  
Or. Frankfurterstr. 44  
Elmstr. 14. Teilz. 62

**Bäckereien, Konditor.**

**Blotner's  
Großbäckerei**  
Geschäfte in  
Berlin,  
Charlottenburg,  
Schöneberg,  
Wilmerdorf.

**Brot-Fabrik „Vorwärts“**  
Hermann Ullrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Bismarckstr. 67.  
Friedr. Flemming, Bismarckstr. 37.  
Paul Freitag, Stutigartenerstr. 15.  
E. Freyer, Bismarckstr. 72. E. Markstr.  
Georg Geze, Memelstr. 20.  
F. Geze, Wilhelmsstr. 21.  
B. Gierozowski, Waldenserstr. 90.  
Gummier, H. Posenerstr. 16.  
Göring, Hugo Greifswalderstr. 225.  
M. Gruschka, Königsbergerstr. 335.

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
und in Rixdorf.  
Gegründet 1892.

Hoppe's Bäck. Kronsark, Adalbertstr. 66.  
Max Jacob, Pfingststr. 70-1.  
Georg Kappe, Wilhelmsstr. 21.  
A. Kell, Rostockerstr. 31.  
F. Kießwetter, Schivelbinderstr. 14.  
Max Kniffert, Landab. Allee 29.  
Paul Köbernick, Wilh. Stolzenstr. 35.  
Ernst Küster, Frankl. Allee 197.  
Felix Rünast, Dänenstr. 3.

**Ladenthin, O.**  
Grüner  
Weg 54.

Emil Lieske, Grüner Weg 122.  
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42.  
Carl Lindenberg, Lychnenstr. 4.  
August Mante, Ebertstr. 57.  
Hermann Markau, Rigaerstr. 107.  
R. Markworth, Pfingststr. 11.  
E. Mertius, Reichshagenstr. 168.  
Mühlsteff, Spandau, Baumarkt. 3.  
Frig Müllers, Gräferstr. 4.  
Friedr. Müller, Brunnenstr. 87.  
Roman Nowak, Wienerstr. 8.  
Friedrich Ode, Madalstr. 10.  
Paul Otto, Danzigerstr. 31.  
Herm. Proell, Nonnendamm.  
Friedrich Probst, Andreastr. 51.  
Rekordbrotbäckerei  
Rob. Riedel, Schulend. Str. 23.

**Bäcker „Nordstern“**  
Ink. Gust. Möller  
Filialen in verschied. Stadtteilen

**Ranfft**  
Belchenbergerstr. 176  
Adminstr. 38 u. 19 a

Otto Reetwisch, Simon-Dachstr. 1.  
F. Risleben, Samariterstr. 191.  
Arthur Roemer, Koch. Banz. 101.  
Walter Roster, Anklamerstr. 38.  
Wilhelm Roster, Odeanstr. 36.  
Max Sander, Dänkerstr. 22.  
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.  
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.  
Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 8/9.  
Paul Schürer, Stolpischerstr. 35.  
E. Seeländer, Lenaust. 7.  
Sikorski, Weissenhofstr. 11.  
R. Schade, P. Allee 29. Fil. O. u. N. O.  
Paul Sorge, Prokauerstr. 21.

**Rich. Schenk**  
Markus-  
Straße 38.

P. Schnauer, Anklamerstr. 15.  
Gustav Schöfflich, Dolzigerstr. 33.  
Paul Schulz, Hufelandstr. 2.  
Paul Schürer, Tilsiterstr. 12.  
P. Schwarzbeck, Wielestr. 27.  
H. Spillmann, Grüner Weg 115.  
F. Sygusch, Schön. Allee 150.  
Gustav Tautz, Prinzen-Allee 41.  
Carl Tennert, Schleichensstr. 19.  
F. Tiedemann, Boxh. K. K. 13/17.  
Ferdinand Tittel, Kamerast. 57.  
Filialen in allen Stadt-  
teilen.

**Turban**  
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 103.

**Volksbrot, E. G. m. b. H.**  
Otto Wagwitz, Müllerstr. 28.  
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.  
Fritz Wahl, Kopenstr. 46.  
K. Walter Jr., Löwestr. 18

**Hermann Wendt**  
Chorinerstr. 83  
Fil. Ackerstr. 1

Clemens Weise, Jablonkiestr. 1  
Brotfabrik  
Andreastr. 37.

Otto Winkler, Nannynstr. 73.  
O. Wolf, Grüner Weg 75.  
O. Wolchendorf, Waldenserstr. 21.  
Paul Zastrow, Bromstr. 33.  
Zühke, Glatzerstr. 7. Gürtelst. 32a

**Goldbier**  
ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.

**Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.**  
Luisenbrauerei Weissenhof.

**Münchener Braubaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vorzügl. Faß- und  
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 22.

**Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.**

**Victoria-Brauerei  
Victoria-Saazerbräu**  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallpitt, Weidenburgstr. 47a  
W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, 89

**Blumen und Kränze**  
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 60  
E. Deger, Boxh. K. Friedr. Str. 30, Bergstr. 58  
O. Hahn, Seegiltz, Albrechtstr. 101

**Erscheint 2 mal  
wöchentlich.**

**Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.**  
Kaiser-Friedrich-Bad, Charl. S. 24.  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Boxhag. - Str. 17  
Lief. all. Kassen

**Bad Ostend**  
Kottbuser-  
Damm 79.  
Reform-Bad, Wiener Str. 65.  
Schlesische Str. 31.

**Silesia-Bad**  
Kottbuser Damm 75  
Friedrich-Wilhelm-Bad  
Chausseestr. 97.

**Bandagen, Gummiv.**  
R. Banke, Stralauer Str. 56.  
Berthold, Köpenickerstr. 70.  
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.  
Lange, Schöneberg, Gräberstr. 26.  
Meyer, P., N. K. K., Berlinerstr. 49-50.  
J. C. Pöhlmann, Ischingerstr. 69.

**Reiche, A.**  
Seydelstraße 15.  
Lief. aller Kassen

**Beleucht.-Gegenst.**  
Böttner, A., Danzigerstr. 96.

**Drogen u. Farben**  
Reinh. Asmus, Gerichtstr. 10.  
Gustav Bersug, Weidenweg 90.

**Brunnenstr. 108 u. 157** Apotheker  
H. Wlogel.

Drogerie Sudrow, Ebertstr. 28.  
Prinz Handjerystr. 2 Nkl. G. Wolff.  
Kreih's Drogerie, Fennstr. 51.  
Klein, H., N. K. K., Kaiser-Friedrichstr. 123

**Knesebeck-Drop**  
Seckalla  
Königsader-Drogerie, Bamberstr. 7.  
P. Lehrke, Kottbuser Damm 81-82 Parf. im  
Altr. Marsch, Culinstr. 37.  
Carl Müllig, Grüner Weg 68.  
Rathaus-Drogerie, N. K. K., Seest. 24.

**Hermannstr. 57** Neukölln  
Hyg. Gummiv., Photogr.-Artikel.

**Prinzenstr. 103** Alfred  
Hoffmann  
Fr. Schlussmann, Liebaustr. 22.  
Hugo Schultz, Möllerstr. 166 a.  
Hyg. Gummiv., Photogr.-Artikel.

**Palisadenstr. 45** Drogerie  
Karl Seidel.  
Oberbaumw. Wilhelmsstr. 44  
Erich Preuß  
Drogen, Hyg. Gummiv., Seifen, Müllig,  
Werder-Drogerie, Brück. Bahnh. 5a  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50.

**Ettfedern u. Betten**  
G. Behrends, Neuk. Kassebeckstr. 108  
Dallwitz, Fehrbellenerstr. 1, E. Seckalla.  
Carl Henze, Adressstr. 35, Reizung

**Max Schöne**  
Landsberger Allee 49  
reell und billig.

**Beordig.-Anst., Sargm.**  
Otto Böttner, Seckalla, Bismarckstr. 32.  
N. K. K., Hohenzollernpl. 11  
Seckalla, Bismarckstr. 32

**Max Fuchs**  
Oppelnerstr. 1  
Frankfurter-Allee 170  
Hansich, Weissenhofstr. 108, 191  
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37  
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a  
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.  
Peter-Schley, Wilh., Seest. 11.

**Berufsbekleidung**  
Keller, Otto, Gerichtstraße 96.  
Roter Laden, Schönb., Hauptstr. 108

**Biorbrauereien, Bier.**

**W. Adeltung & A. Hoffmann**  
Akt.-Brauerei, Potsdam. Bg. Niederl.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15.  
Bratsberg u. H. Wilhelmsstr. 110  
Spez. Potad. Stangenbier

**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätabiere.

**Brauerei Tivoli**  
Weiß- u. Malz-  
Brauerei,  
Fruchtstr. 57

**Weissbier - Caramelbier**  
Brauerei E. Willner  
Pankow.

**Groterjans**  
Malzbier, Seckalla-Allee 110, T. III, 5043.

**C. Habels Brauerei**  
heil - Kabinbräu - dankel.

Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

**Goldbier**  
ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.

**Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.**  
Luisenbrauerei Weissenhof.

**Münchener Braubaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vorzügl. Faß- und  
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 22.

**Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.**

**Victoria-Brauerei  
Victoria-Saazerbräu**  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallpitt, Weidenburgstr. 47a  
W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, 89

**Blumen und Kränze**  
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 60  
E. Deger, Boxh. K. Friedr. Str. 30, Bergstr. 58  
O. Hahn, Seegiltz, Albrechtstr. 101

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Menzel, Neukölln, Bergstr. 110/111**  
F. Müller, Danzigerstr. 27.  
Gärtner, A. O. F., Meltzner, N. K. K. Bismarckstr.  
W. Rutschke, N. K. K., Hermannstr. 62

**Topfpflanzen aller Art**  
Brig, Rudowerstr. 92, 93 Tel. Nkl. 134  
Zastrow, H. Turjaerstr. 34.

**Butter, Eier, Käse**

**Drei Kronen** Carl  
Davidsohn  
Danne, Karl Chorinerstr. 36.

**Gebrüder Groh**  
40 Filialen  
in Berlin und Vororten

**August Holz** 15 Detail-  
Geschäfte.

**F. HAGEN**  
22 Verkaufsstellen 22

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Wilh. Pleß, Buttergrohdg.**  
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 40  
(Bäckereifabrik) Fernsp. A. Nord 12317

Schulz, Art., N. K. K., Hermannstr. 58

**Gust. Schultze & Sohn**  
Kosmalla, E., 4 Detail-  
Geschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

**Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.**  
Althaus, Krüter-Bsch, Lidowestr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutsche Edelweisse, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.** Filialen in all.  
Stadtteilen

**Seiffert, E.** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie  
Kakao und Schokolade  
Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

**Klein, Wilh.** Müllerstr. 154,  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. N. W. Wielestr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.  
G. & S. Peterke, 50. Kottbuserstr. 14.  
W. Schuster M., Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Eke Elsterstr. 12

**Damenkonfektion**

**Dombrowsky** Charl. Fiedl. 5-11  
Ludwigstr. 30a 24  
Kottbuser Damm 76  
F. Reppertstr. 12

**Restat, J.**

**Eison- u. Stahlw., Waff.**

**W. Allner, Mulackstr. 24.**  
Beutler, C. Boxh., Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landabg. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 50.

Emil Braun, Adressstr. 75 Eke Brühl-  
G. Brucklacher, N. K. K., Seest. 11  
Fiaek, E., Spand., Schivelbinderstr. 54.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeifer, O. Frankl. Allee 199.  
Eugen Heum, N. K. K., Walterstr. 19

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**

**H. Rockstroh** Berlin  
Göbest. 25/26.  
Röhm, P., Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Volpt. 10, E. Seest.  
Seilach, Th., N. K. K., Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldenserstr. 73  
Alex. Weimar, Alexandrinenstr. 14  
Reichenbergerstr. 100  
(Ink. Otto Janke)

**Fahrräd., Nähmasch.**

**Fahrrad-Leihhaus Lohmann**  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischaut**  
Brunnenstr. 35.

Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallpitt, Weidenburgstr. 47a  
W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, 89

**Färberlein, Wäscher.**

**Groß-Dampfwäscherei  
„Spreenixe“**  
Berlin SO., Forsterstr. 5-6  
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!  
Gerichtsstraße 23  
Tel. III 1309

**O. Naefe**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
L. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
Fil. Gustav Adolfsstr. 1, Weidenburgstr. 41  
Swinsindstr. 56, Weidagstr. 9  
N. K. K., Neukölln, Hermannstr. 37-38

**Fleischer u. Wurstw.**

G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Blinstein-Dunkerstr. 78.  
Kaleerin  
Augusta Allee 3.  
Hans Böhm, Weidenweg 21.  
A. Bentele, Thaeerstr. 21.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik,  
Speck- und Schlankensalzerel.  
Berlin-Schöneberg, Ekeassstr. 57-58  
Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

H. Christ, Eibingerstraße 58.  
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a.  
Darge, O., Finowstr. 5.  
Thilo Dörgerloh, Lithauerstr. 23  
St. Dorazewski, Ebertstr. 29.  
W. Dörr, Schivelbinderstr. 27.  
August Fejger, Gräberstr. 8.  
Feyerherm, F., Alt-Bahnhof 11.  
W. Friedmann, N. K. K., Wartstr. 7.  
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.

**Willy Gericke, Petersburgerstr. 21**  
Albert Goltz, Frankl. Allee 121.  
Fr. Gerlach, Taugogenerstr. 1a.  
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.  
Rob. Glens, Weissenhofstr. 13  
Hochst. 37.  
Oranien-  
Str. 17.  
Fleisch- u. Aufschn.  
Centr., Wiekstr. 138.  
O. Gleich, Seckalla, Ebertstr. 19.  
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 32.  
E. Harzbecher  
Dolziger  
Straße 8  
A. Herold, Ackerstr. 62  
G. Hermann, Lichtung., Oderstr. 4  
Heinrich Höhne, Skalkitzerstr. 97.  
W. Hoffmann, Waldstr. 14.

**Janik, C.** Köpenicker-  
str. 5.  
Fr. Jastch, Kottbuser Damm 15, Fleisch, Wurst.  
ff. Fleisch- u. Wurstw.  
B. Immig  
Manteuffelstr. 102.  
Heinr. Johann, Ziehmstr. 41.  
Wilhelm Kitz, Kniproderstr. 118.  
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.  
Bruno Keller  
Moabit  
Huttenstr. 11.  
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.  
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.  
Ernst Kolbe, O. 112, Weidagstr. 15.  
Königsbergerstr. 37.  
H. Krumm,  
ff. Fleisch- u. Wurstawaren  
Krumm, Relnh., Gräberstr. 116  
M. Kops, Seckalla, Seest. 154.  
H. Kunert, Schöneberg, Götchenstr. 41  
A. Lange, Seckalla, Seest. 113  
Neukölln,  
Niemeistr. 7.  
Wilhelm Lindherr  
Weiden  
weg 73.  
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.  
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.  
Lochmann, Malplaquestr. 32.  
Roßtoquerstr. 23.  
Luebke, Joh. Fleisch u. Wurstfabr.  
Aug. Naar, Schulstraße 103.  
Märk. Fleischsch., N. K. K., Wartstr. 17  
M. Mauersberger, N. K. K., Kamerast. 16  
Max Metzler, Rigaerstr. 16.  
Greifenhagener-  
Straße 29  
Moers, Otto  
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

**A. Möbes Nchf.**  
Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24, Oranienburgerstr. 4  
Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.  
F. Neborowsky  
Frankfurter  
Allee 176.

**N. P. Zimmermann**  
Anklamerstr. 17

**Paul Nuss** Stolpische  
Str. 25.

**Ptach** Frankfurterstr. 13.  
Curt Passow, Schulend. Str. 2a.

**P. Rechel** Wurstfabr., Landabg.-  
Allee 130, Spz. Roll-  
schink, Nußschink, Schmalzspeck

Rodewald, Prem. Allee 29 T. K. 1306.  
Franz Rose, Frankl. Chausse 21a.  
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17  
Herm. Rauchfeld, Ziehmstr. 13.  
A. Rehmet, Moab., Perlebergerstr. 2  
E. Rummelant, Thaeerstr. 48.  
Hermann Schmidt, Thaeerstr. 60.  
Gebr. Schulz, Lithauerstr. 7.  
W. Segling, Christburgerstr. 43.  
Gustav Stolz, Hufelandstr. 44.  
Heinr. Schütz, Danzigerstr. 37  
Max Schlack, Langestr. 87.  
Th. Scheuemann, Helmholzstr. 15  
Schramm, Festerstr. 23, Trept. Pl. 11707  
Otto Schleussener, N. K. K., Seest. 19  
Ang. Saczygale, N. K. K., Seest. 119  
Otto Schreiber  
Hohenfried-  
bergerstr. 1.

**E. Schauer, Huttenstr. 70.**  
E. Scherzberg, Reichskolff., Hausstr. 9.  
Müllerstr. 136 a.

**Max Schubert**  
Paul Sonnabend, Crosseenerstr. 35  
Sargard, Fleisch-Zentrale, Sargardstr. 62  
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr.  
F. Sommermann, Boxhagenstr. 24  
E. Trapp, Wuststraße, Waldenserstr. 19  
Gust. Tschentke, Brunselerstr. 83  
Tschernbner, Straßmannstr. 8.  
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.  
Nannynstraße 17  
E. Fleisch- u. Wurstw.  
Uhl, Paul, Kopenstr. 29.

**G. Vettin** Grüner Weg  
57 - 57  
Warschauer Fleisch- u. Wurst-  
Centrale, Warschauerstr. 83

**Haarartikel**  
Rob. Kortmann, Schivelbinderstr. 28.  
H. Nixdorf, Frankfurter Allee 197, 3/4, Kab.

**Glas u. Porzellan**  
G. Krüger, Weidenburgerstr. 79.

**Grammoph., Sprechm.**  
W. Becker, Cölg., Wilmersdorferstr. 127

**Haus- u. Küchengeräte**  
Kamnick, Spandau, Schönew. St. 92  
Emalia, Glas, Porzellan, Lamp.

**Herren-Artikel**  
H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichstr. 10.  
Krause, Wilh., N. K. K., Herm.-Str. 168  
Nordring, Brunnenstr. 94.

**Ad. Mahnke** Essenstr. 3  
H. Schirra,  
A. Samuel, O. M. Bismarckstr. 62, Schirra.  
Scholz, Osw. R. Bergstr. 141.  
H. Hermannstr. 171.

Wrangelstr. 45 W. Sandler

**Horren- u. Knabengard.**

**J. Baer** Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Besser, Julius, N. K. K., Bergstr. 19

**Leuke & Slupecki, Schick-Allee 70 c**

**Marcus, S.** N. K. K., Bergstr. 44-45  
fertige u. Maßschneider.

**Rosner, Max** Schneidemeister,  
N. K. K., Bergstr. 30/31,  
Lager fertig und nach Maß

Julius Salomon, Brunnenstr. 26.  
J. Scholl, Friedenauehneinst. 9  
Vorz. d. D. 5%

**Hüte, Mützen u. Pelzw.**

**Huthaus Norden**  
Brunnenstraße 33.  
Badstraße 65  
Chausseestraße 30  
Dresdnerstraße 120

Beise, Rud., Chausseestr. 66.  
M. Grund  
n. u. r.  
Hut-Engr.-Lager, Boxh. Gärtnerstr. 34  
A. Lemaître, Wilmersstr., Berlinerstr. 112.  
Rieck, Em. Badstr. 64.  
Berlinerstr. 54.  
Schoerr, Herm., Wilmersd. -St. 46.  
Kottbuser-  
Damm 18/19

**Zum Hutwinkel**  
S. Kohl, Chausseestr. 85.

Ang. Wagner, Köpenick, Grüner. 9

**Kaufhäuser**

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

B. Hennig & Co. Landsberger-  
Allee 29.

**Kohlen, Koks, Briketts**

Siemon, A. R., Köpenick, Weidagstr. 10  
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

**Kolonialwaren**

G. Behrens, Schöneberg, Akazienstr. 29  
Buchs, Franz, O., Götterstr. 28  
Georg Burow, Stromstraße 29.  
Gg. Feist, N. K., Wesserstr. 4.  
A. Fiedler, Köpenick, Köppl. St. 41.

**Reik**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Bismarckstr. 75.

**Hokenkamp & Neumann** Crosseener-  
Str. 12.  
Kopenstr. 19. Niederbaumstr. 10.

Heinrich, Wilh., Markgrafend. 27.  
Fritz Höbner, Schlemmerstr. 11.  
Kohle, W., Lichtberg, Hagenstr. 50.  
Kramer, Rich., O. Krossenstr. 37/38

**Lips, Chamissoplatz 8**

Lessler, G., Warschauer Str. 3.  
Karl Mercier, Huttenstr. 3  
H. Müller  
Gebe auf War. 3/4, R.  
Tegelstr. 1 II 7022.  
Möller, G. Herm. Str. 115, Kottbuserstr. 111  
Friebe, E., Boxhag.-Chausse 122.  
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.  
Carl Robra, Langhanstr. 58 u. 148.  
Möckernstr. 84a.  
Kreuzbergstr. 38.  
Rungo, Otto, N. K. K., Hermannstr. 55.  
A. Sägebarth, Fehrbellener Str. 24.  
Schneider, F., N. K. K., Kaiser-Friedr. Str. 75  
Scheffer, Carl, Badstr. 16.  
Fritz Schell, Schwedterstr. 47.  
Schlenker, Emil, Huttenstr. 7.  
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.  
Wilh. Thomas, Bismarck-Str. 54  
Otto Töck, Gubenerstr. 11.  
Willi Wegener, Posenerstr. 3.

**Korbwar., Kinderwag.**

**Metzners** Filiale  
Bismarckstr. 67.

Fischer, Wilh., N. K. K., Seest. 118  
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.

**Untonstehende Geschäfte  
empfehlen sich bei Einkäufen**

**Lederwaren**

**Hermann Callies** Grüner  
Weg 109

**Taschen-Möller** Schöneberg,  
Kolonnenstr. 84.

**Lehranstalten**

**Zuschneide-Schule des  
Deutsch. Zuschneider-  
Verbandes u. V. BERLIN**  
Mauerstr. 86 88 T. 13401.

**Mehlhändlerungen**

**Bethke, Georg** Kashaer-  
straße 44.  
Seckalla, Ekestr. 23, Kaiser-Friedr.-  
Str. 64, Wesserstr. 159, Friedl. Str. 23.  
Treptow, Grün-Str. 44.

**Bordach G. N. K. K., Kais.-Frd.-Str. 29.**  
C. E. Fink, N. Pankstr. 92.

**Frese, Ernst** 5 Geschäfte  
im SO.

**Gaeger, Otto** Charlotten-  
burg.

**Paul Gaeger, Spandau.**

**Jos. Hauke** Mehl-u. Kolonialw.  
Bergmannstr. 95.

**Heerms, H. N. K. K., Hermannstr. 173**  
Karl Huhn, Schererstr. 9.

**Korn, Hugo** Wrangel-  
Str. 117.

**W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.**

G. Laupichler, Turmstr. 80.  
Gus. Meyer, Seckalla-Str. 19, Wilmersd.-Str. 1  
C. Neugebauer, Ober-Schöneberg  
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.  
Greifswalderstr. 11,  
vis a vis Lippenherstr.  
Mariannenstr. 14.  
N. K. K., Bismarckstr. 102.  
Neukölln,  
Hermannstr. 12.

**Möbelmagazine**

Dachow, P., H. N. K. K., Seest. 155  
J. Deutmann, Gelegenh. Bekleid. 21  
Geppert, Paul, Zossenstr. 32.  
A. Alexander-  
straße 42.  
G. Hache, Wilhelmshagenstr. 20.  
König, A., Ekestr., Berlinerstr. 102.  
Herm. Kogel  
Neukölln,  
Hermannstr. 12.

**Küchenmöbel**  
Berliner Küchenmöbel-Fabrik  
Neue Königs-Str. 31-32, T. VII 4740

Lange, Max  
Schwedter Str. 26  
a. d. Kast. Allee.

**Misch, Siegmund**  
Dresdnerstr. 16 Schön. Allee 67  
Tollanlung gestattet 300

**Möbel-Gelegenheit**

Anklam, Charlottbg., Wallstr. 59.  
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 82c.

**Emil Ruffler**  
Tischler-Innungsmester  
Prinzenstr. 34

**Schmidt, Otto** Möbelfabrik  
Gartenstr. 32.

**Siebely, W.** eig. Tischl.-Taps.-Werk-  
A. Schuster, O. Seckalla, Ekestr. 39  
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229

**Steinemann** Waldemarstraße 72  
Ecke Manteuffelstr.

Ch. Tennigkeit, Ekestr. 21.

**Möbel-Transport**

P. Enders, Seest. 7a, T. K. 13126.  
K. Fermann, Weidenweg 4, T. Nord 4198.  
Heinr. Kaufmann, Linienstr. 145.  
J. Lange, Ritterstr. 96, Mpt. 4195.  
Paul Schur, G. m. b. H. Birkenstr. 42.

**Molkereien**

**Molk. Strehl** Hermannstr. 119, Ekestr. 84.  
G. Gollsch, Fehrbellenerstr. 14, E. Kamerast.

**Milch-Schmidt**  
Neukölln  
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.  
Berlinerstr. 75 Bergstr. 157

**„Schweizerhof“**  
Malerei und Milchverkauf.  
Emdener Str. 48. Tel. U 2605.

**Musikalien**

**Scholz** Frankfurter-Allee 73b  
Frankl.-Chausse 115.

**Musikinstrumente**

Kirst, R. Brunnenstr. 45. Noten.  
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 183

**Nähmaschinen**

**Bellmann, E.** Gollnowstr. 36.  
Waschmasch.



Gewerkschaftliches.

„Ideale der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“

Die Kerze, Richtung Leipziger Verband, haben es mit den hochmögenden Großindustriellen gründlich verdrorben. Daß sie den verhassten Ortsoberklassen ihre Bedingungen diktieren wollen, das wird ihnen gerade nicht verargt, aber sie wagen es auch, den Diktatoren in den Betriebsklassen und, es ist wirklich unerhört, sogar den Verfassungsgenossen gegenüber ihre Gleichberechtigung zu betonen. Die „Arbeitgeber-Ztg.“ ist entsetzt ob der Verbreitung sozialistischer Anschauungen — bei einem Stande von akademisch gebildeten Leuten. Halb schmerzhaft, halb zornbebenend schreibt sie:

„Der gewerkschaftliche Charakter der Leipziger Kerzengewerkschaft wird durch derartige Vorkommnisse aufs klarste charakterisiert, und die wiederholten Friedensbetreibungen der Vertreter der Leipziger Kerzengewerkschaft können nicht ernst genommen werden, wenn immer wieder die gewerkschaftliche Taktik hervorgekehrt wird. Wie sehr der einzelne Arzt ausgeschaltet werden soll, beweist z. B. Punkt 8 der oben erwähnten, von den ärztlichen Organisationen der Provinz Hessen-Rosslau aufgestellten Grundzüge. Dieser Grundzug hat folgenden Wortlaut:

„Die Sitzung soll bestimmen, daß die Kassenarzthonorare von den Kassen an die Kassenarztvereinigungen überwiesen werden, die die Verteilung an die beteiligten Kerze regelt. Zur Deckung der Verwaltungskosten und sonstigen Bedürfnisse (Monopolablösung usw.) muß ein Abzug vom Gesamtbonorar festgelegt werden. Die endgültige Entscheidung über die Höhe des Abzuges liegt bei dem Provinzialausschuß. Wo noch die Kassenarzthonorare von den Kassen direkt an die Kassenärzte ausgezahlt werden, müssen diese den Anspruch auf den gleichen Abzug an die Kassenarztvereinigungen geltend machen.“

In diesem Grundzug sind so ungefähr die Ideale der sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgestellt, die eine möglichst gleiche Entlohnung für alle Arbeiter erreichen wollen!

Das sind zwar keine sozialistischen Ideale, aber wir möchten einmal sehen, wozu ein Sturm der Entrüstung die Unternehmervelt durchbrauste, wie man nach Anbelegungen schreiben würde, wollten die Gewerkschaften dergleichen Forderungen an die Unternehmer stellen. Die Scharfmacher messen aus bestimmten Gründen mit zweierlei Maß. Die Lohnforderungen der Arbeiter kennzeichnen die „Arbeitgeber-Ztg.“ fast nur noch als „Erpressung“. Gegen den gewerkschaftlichen Sozialismus der Kerze wendet sie sich nur, so weit die Betriebsklassen und Verfassungsgenossen davon berührt werden. Nach dem frommen Wunsch: Heiliger Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an, bemerkt das genannte Blatt:

„Man kann verstehen, daß die Kerze sich gegen die Forderungen wehren, die ihnen von den unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Ortsoberklassen zugemutet werden, aber man kann nicht begreifen, daß der Leipziger Verband diesen Kampf genau in derselben Schärfe ausdehnt gegen die Betriebsklassen und gegen die Verfassungsgenossen.“

Die Moral mit doppeltem Boden tritt hier deutlich herauf. Die Gewerkschaften werden die Scharfmacherischen Bekundungen registrieren und bei passenden Gelegenheiten verwenden.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Spinnbranche.

Kürzlich hatte eine Branchenversammlung der im Spinnbau beschäftigten Arbeiter den Schiedsspruch des Einigungsamtes abgelehnt, weil er hinsichtlich des früheren Arbeitsverhältnisses am Sonntagabend eine Verschlechterung in das neue Vertragsverhältnis bringen würde. Gleichzeitig hatte die Versammlung erklärt, daß die Arbeiter bereit seien, ein neues Vertragsverhältnis mit den Unternehmern einzugehen auf der Grundlage des alten Vertrages mit entsprechender Lohnerhöhung.

In einer am Montag abgehaltenen Sektionsversammlung teilte der Branchenleiter Gähne mit, daß sich auf eine entsprechende Auf-

forderung hin zwei tonangebende Firmen zu neuerlichen Verhandlungen bereit erklärt haben. Die Tarifkommission empfehle, dem Anerbieten Folge zu leisten und die Verhandlungen mit den beiden Firmen aufzunehmen. Wegen dieses Vorschlags erhob sich in der Versammlung eine starke Opposition. Nach längerer, zum Teil sehr erregter Debatte beschloß die Versammlung, daß, wenn am Dienstag die Verhandlungen scheitern sollten, am Mittwoch auf allen Baustellen in Großberlin die Arbeit eingestellt wird.

Deutsches Reich.

Arbeitswilligenvermittlung für die Werften.

Für den Dampfer „Posen“, der für den Norddeutschen Lloyd auf dem Bremer Vulkan gebaut wird und der Ende dieses Monats die Probefahrt machen soll, werden durch das Feuerbureau des Norddeutschen Lloyd Arbeiter angeworben, angeblich als Besatzungspersonal für den genannten Dampfer. Man sucht vornehmlich Handwerker zu bekommen, z. B. Kupferstiche, Schlosser, Tischler und andere. Diese Arbeiter sollen aber, nachdem sie angemutert haben, die durch den Streik unterbrochenen und ziemlich im Rückstande gelassenen Arbeiten auf dem Dampfer „Posen“ fertigstellen. Die Arbeiter sollen also in Wirklichkeit Streikarbeit leisten. Davor wird dringend gewarnt. Lasse sich niemand unter diesen falschen Angaben als Streikbrecher vermitteln.

Der Transportarbeiterverband im Jahre 1912.

Seit dem Zusammenschluß der Verbände der Hafenarbeiter, Seelente und Transportarbeiter waren am 31. Dezember 1912 zweieinhalb Jahre verfloßen, doch die Werbestraft der einheitlichen Organisation hat auch im Jahre 1912 nicht nachgelassen. Der Verband nahm in diesem Jahre 96 276 neue Mitglieder auf. Nach Abzug der Ausgetretenen beträgt der Zuwachs 80 739 Mitglieder gleich 15,7 Proz. Ingesamt zählt der Verband jetzt in 415 Ortsvereinen 225 988 Mitglieder, darunter 8182 weibliche und 5231 jugendliche. Das Gros der Mitglieder verteilt sich auf acht Großstädte — davon drei an der Wasserfront — mit je über 50 000 Mitgliedern: diese umfassen allein 128 971 oder 57 Proz. der Gesamtmitgliedszahl. Interessant ist auch die Zusammenlegung der Verbandsmitglieder nach Branchen. Es zählten Hausdiener, Bader, Markthelfer 63 298, Kutsher und Fuhrleute 41 616, Drochsenfuhrer und Chauffeure 37 077, Bierfahrer 15 447, Expeditions- und Speisereisende 24 426, Kohlenarbeiter 8036, Hafenarbeiter 28 710, Winnschiffer 12 793, Seelente 12 810, Hilfsarbeiter 11 037, Straßenbahner 8543, Straßenreiner 2404. Von Bedeutung ist die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Nicht weniger als 62 877 Stellen wurden in den Arbeitsnachweisen der Organisation gemeldet. Davon konnten 35 115 mit Verbandsmitgliedern besetzt werden.

Der Verband hatte im Jahre 1912 insgesamt 1046 Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen zu führen, die sich auf 229 Orte und zwei Stromgebiete erstreckten. Beteiligt waren daran 4994 Betriebe mit 126 101 Beschäftigten; 69,3 Proz. der Beteiligten gehörten der Organisation als Mitglieder an. Angriffsbewegungen wurden 918 in 4705 Betrieben mit 120 410 Beschäftigten geführt. 94 Prozent aller Bewegungen wurden für die Beteiligten erfolgreich durchgeführt. 752 Bewegungen in 3791 Betrieben mit 102 474 Beschäftigten konnten ohne Arbeitsentwertung erfolgreich abgeschlossen werden. Die Mehrzahl der Lohnbewegungen wurde in den Verkehrszentren geführt, aber selbst eine Anzahl kleiner Dörfer an den Stromläufen sind davon berührt worden.

Für 94 545 Personen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 5,5 Stunden für jeden einzelnen Beteiligten pro Woche durchgeführt worden. Dazu kommt noch die erfolgreiche Abwehr von Arbeitszeitverlängerungen.

An Lohnerhöhungen sind für 70 144 Beteiligte durchschnittlich pro Woche und Beteiligten 2,57 M. oder 183,64 M. im Jahr erreicht worden. Dazu kommt, daß durch das Eingreifen der Organisation auhertarifliche Teuerungszulagen im Gesamtbetrag von 103 791,24 M. erreicht worden sind. Die Bezahlung von Ueberstunden wurde in 2097 Betrieben für 50 249 Beteiligte durchgeführt. Die Bezahlung der Nachtarbeit mit Aufschlägen wurde für 20 853 Beteiligte, der Sonn- und Feiertagsarbeit für 26 863 Beteiligte erkämpft. Es ist dem Verbands-

gelungen, in 580 Betrieben für 7198 Beteiligte die Festlegung eines Sommerurlaubs durchzusetzen. Eine ganze Reihe anderer Erfolge, Befreiung von Mißständen, Anerkennung der Organisation, Benutzung des Arbeitsnachweises usw., schließt sich diesem an. Tarife wurden in 2626 Betrieben mit 44 745 Beteiligten abgeschlossen. Es arbeiten gegenwärtig 77 005 oder 34,1 Proz. der Verbandsmitglieder unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen.

Die Unterstützungskosten des Verbandes sind recht erhebliche. In 1564 Fällen hat der Verband seinen Mitgliedern Rechtschutz gewährt und dafür 50 015 M. ausgegeben. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte die Summe von 480 988 M. Für Krankenunterstützung wurden 988 872 M., für Unterstützung bei Todesfällen 128 765 M., in besonderen Notfällen 40 957 M. und für Reiseunterstützung 12 880 M. ausgegeben. Die Lohnbewegungen kosteten dem Verbands 400 768 M., so daß insgesamt für Unterstützung die Summe von 2 111 255 M. ausgegeben wurde. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 5 619 438 M., das ist ein Mehr von 1 076 379 M. gegen 1911. Der Kassensüberschuß beträgt 764 091 M., der Kassendebitand 1 888 337 M. in der Haupt- und 1 129 848 M. in den Ortskassen.

So gibt denn auch die Jahresbilanz des Transportarbeiterverbandes ein erfreuliches Bild von dem Fortschritt und den stets wachsenden Erfolgen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ein Bild, das dazu beitragen wird, die unorganisierten Massen von der Nützlichkeit und Notwendigkeit der Gewerkschaften zu überzeugen.

Ausland.

Die Lage in Südafrika.

London, 4. August. (Fig. Ber.) Der Beschluß des Gewerkschaftsbundes, vorläufig den Generalstreik nicht wieder zu erklären, hat die große Beunruhigung, die letzte Woche die Regierung und Kapitalistenklasse Südafrikas ergriff, nicht ganz zu beseitigen vermocht. Man befürchtete offenbar, daß es sich nur um eine Hintertafel handelte, mit der der Hieb, den die Regierung der Arbeiterschaft durch die rüchständigen Unruhenbewegungen zu erteilen gedachte, pariert werden sollte. Aber allmählich wird es klar, daß die Arbeiter vorläufig an eine Wiederholung des Experiments vom 4. Juli nicht denken. Der „Worker“ (Arbeiter), das Organ der südafrikanischen Arbeiter, schreibt zu der Lage: „Es ist eine Tatsache, daß ein Generalstreik in Südafrika heute etwa einem Bürgerkrieg gleichkommt. Bei einer großen, allgemeinen und einheitlichen Volksbewegung würde er wahrscheinlich erfolgreich und deshalb gerechtfertigt sein. Aber viel hängt davon ab, welche Partei die Unruhenbewegungen ergreifen wird; zurzeit ist sie ohne genaue Information in bezug auf die wirkliche Lage. Wir glauben, daß unter diesen Umständen die Erklärung eines Streiks, der ein Kampf bis zum Siege sein soll, ihren Zweck verfehlt wird. Der Generalstreik ist noch nie in einem Lande, wo er in dieser Weise geführt worden ist, erfolgreich gewesen.“

Die südafrikanische Arbeiterpartei hat zu der Situation ein Manifest erlassen, in dem es heißt: „Die gehegten Hoffnungen, daß die Regierung einen dauernden Frieden sichern würde, sind bitter enttäuscht worden. Dazu ist der Weg, der zu künftigen Verhandlungen führt, versperrt worden durch die Weigerung der Unruhenbestreiter, die Gewerkschaften anzuerkennen außer unter lächerlichen und beleidigenden Bedingungen. . . . Unter diesen Umständen herrscht allgemein die Ansicht, daß die geringfügigen und widerwillig gemachten Zugeständnisse nicht als Grundlage für eine dauernde Abmachung angenommen werden können.“ Es wird dann weiter ausgeführt, daß sich die Arbeiter weder zur Untwürdigkeit zwingen noch zur Gewalttätigkeit heranzulassen lassen werden.

Der Kampf zwischen dem Proletariat Südafrikas und Regierung und Kapitalisten wird weiterhin wohl politische Formen annehmen. Die Regierung soll die Absicht haben, Antistreibgesetz und Gesetz zur Anebelung der „Agitatoren“ zu schmieden. Die Arbeiterschaft drängt nach Parlamentsauflösung und Neuwahlen, um den Herrschenden ihre Meinung kundgeben zu können. Doch gegen dieses Verlangen sträuben sich Regierung und Unruhenbestreiter, die wohl wissen, was sie bei den nächsten Wahlen zu erwarten haben. Die

Kleines feuilleton

Der Tunnel unter dem Kanal. Schon seit vielen Jahren beschäftigt sich man sich in England wie in Frankreich mit dem Gedanken, die beiden Länder durch einen Landweg zu verbinden, dort, wo zwischen Dover und Calais nur ein schmaler Streifen Wasser die Franzosen von den Engländern trennt. Schon dem ersten Napoleon wurde von einem Landmann vorgeschlagen, den Bau eines Tunnels unter der Meerenge vorzunehmen, um so Albion mit seinen Heeren bezwingen zu können. Ernsthaft wurde der Plan wieder im Jahre 1859 und 1875 in Angriff genommen. Aber bis heute ist seine Ausführung stets an dem Widerspruch der militärischen Führer in England gescheitert.

Neuerdings hat der Plan jedoch mächtige Götter gefunden. Die Londoner Handelskammer hat sich für die Ausführung des Unternehmens erklärt und wird auf dem zu Antwerpen stattfindenden Kongreß der Handelskammern eine Resolution zugunsten des Tunnels einbringen. Nach dem Plan, den Edward Balfour entworfen hat, würde das Bohren des etwa 48 Kilometer langen Tunnels 7 Jahre in Anspruch nehmen und 320 Millionen Mark kosten. Der Tunnel würde durch die aus grauer Kreide bestehende Erdschicht gebohrt werden. Verschiedene geologische Untersuchungen haben dargetan, daß diese Schicht nicht nur sehr einheitlicher Natur ist, sondern auch keine Risse aufweist, vom Wasser gänzlich undurchdringlich und von durchschnittlicher Härte ist und schnell durchbohrt werden kann. Wie bei den Londoner Untergrundbahnen würden zwei nebeneinanderherlaufende Tunnel konstruiert werden; in jedem würden sich nur ein paar Geleise befinden. Die Züge von London nach Paris oder anderen Städten auf dem Festlande würden bis zum Tunnel wie bisher befördert werden. Am Tunnel würden die Dampflokomotiven durch elektrische Lokomotiven ersetzt werden. Da die Spurweite der englischen und der meisten kontinentalen Eisenbahnen dieselbe ist, könnte man von Schottland nach Konstantinopel fahren, ohne umzusteigen und ohne im türkischen Kanal festzahn zu werden.

Man berechnet, daß der Tunnel im Jahre von einer Million Fahrgäste benutzt werden würde. Auch für den Versand von leichteren und leicht verderblichen Waren würde der Tunnel ein wichtiges Mittel sein. Für das erste Jahr berechnet man die Einnahmen auf 87 Millionen Mark, was genügen würde, um eine Dividende von 4 Prozent zu bezahlen und darüber hinaus noch einen Ueberfluß zu erzielen. Wie sich die englische Regierung heute zu dem Plane stellt, da das Freundschaftsverhältnis mit Frankreich und die Entwicklung der Luftschifffahrt die strategischen Bedürfnisse Englands wesentlich verändert haben, ist noch nicht bekannt.

Neue Forschungen über den Verbrechertypus. Als Individuen besitzen Verbrecher keine besonderen körperlichen und geistigen Merkmale. Der einzige Unterschied besteht in der Ausbildung dieser Merkmale. Dies ist das Hauptergebnis einer ausgedehnten statistischen Untersuchung, die von Dr. Goring, dem Arzt des englischen Staatsgefängnisses in Carlisle durchgeführt worden ist. Die Untersuchungen haben im Jahre 1901 begonnen und sind auf Grund eines großen Materials bis Ende 1912 ausgedehnt worden. Die Befragungen Dr. Goring's erschüttern die Lombrosische Verbrecher-

theorie sehr hart. Nach seiner Ansicht gibt es keinen bestimmten Verbrechertypus. Daß es sogar möglich sei, einzelne Verbrecherarten durch ihre Schädelform zu unterscheiden, hält er direkt für lächerlich. Die Nase des Diebes ist nicht, wie Lombroso lehrte, kurz und breit; das Auge des Mörders ist nicht gläsern, kalt und starr. Das Verbrechen drückt sich nicht auf dem Gesicht des Menschen aus. Die Charakteristik des englischen Verbrechers lautet nach Dr. Goring folgendermaßen: „Er ist ein fehlerhafter Mensch, und zwar fehlerhaft in bezug auf die durchschnittliche Körperkraft, das Durchschnittsgewicht, die Körpergröße und auf die geistigen Fähigkeiten. Das durchschnittliche Körpergewicht des Verbrechers ist bedeutend niedriger als das des Bevölkerungsdurchschnitts. Dies ist das einzige positive Kennzeichen des Verbrechertypus. Kopfform und Schädelmasse der Verbrecher unterscheiden sich nicht von denen der Studierenden.“ „Die Kopfformen der Studenten von Oxford“, so behauptet Dr. Goring, „sind vollständig identisch mit denen der Verbrecher, währenddem in bezug auf Kopfform, Gehirnbreite und schollische Studenten die gleichen Zahlen aufweisen.“ Auch die bekannte Annahme, daß eine niedrige Stirne den Verbrecher kennzeichne, ist nach Dr. Goring vollständig falsch. Der englische Verbrecher hat durchschnittlich eine ebenso hohe Stirne wie der englische Gelehrte. Die einzelnen Verbrechertypen unterscheiden sich untereinander nur in bezug auf die Größe und das Gewicht. Diese Untersuchungen widerlegen noch einmal die längst erledigten Ansichten Lombrosos. Aber positiv belegen sie auch wenig, denn der Verbrecher wird zunächst nicht durch eine besondere Veranlagung zum Verbrechen, sondern durch die sozialen Verhältnisse.

Mannellen-Bis und der Erzbischof. Man schreibt uns aus Brüssel: Unweit des berühmten Grand Place in Brüssel steht das noch berühmtere „Mannellen-Bis“, jenseit anmutige bronzene Knäblein, das auf die natürlichste Weise der Welt Wasser in einem kleinen kasten Vogen in ein Bassin rieseln läßt. Der Brüsseler Goldwägen hat von je kein Spiel mit diesem „ältesten Bürgerbrüffel“ getrieben, und seine jede Art war oft auch ein geuwerder Hieb auf alberne Gendelei und pfäffische Brüderie, die allen Ehrtes an dem harmlosen Witz des nebenbei wirklich liebenswürdigen Kunstwerkens Anstand nahmen.

Einen solchen kleinen Hieb hat der Volkswitz auch dieser Tage wieder einmal erteilt. Am Sonnabendmorgen, als die Markteute um 5 Uhr ihren Weg am Mannellen-Bis vorbei machten, blieben sie verwundert stehen: das Knäblein hatte ein — Mädchen um und konnte nur gleichsam — notgedrungen seinen gewohnten Wasserstrahl ins Bassin senden. Am Moment war eine Tafel angebracht mit der Aufschrift: Auf Befehl des Herrn Kardinal-Erzbischofs von Mecheln! Der Volkswitz hatte so auf den Hirtenbrief geantwortet, der die gläubigen Christen vor gewissen Abteilungen der Generalkonkurrenz — aus Gründen der christlichen Moral — gewarnt hatte. Der Volkswitz faßte: Wenn Bilder, Mannequins aus Pariser Modenlokalen und Ähnliches die erbsüßliche Moral verlegen, wie folgt da das freche Mannellen-Bis vor ihr bestehen! Und er hängte ihm sogleich das hülfende Mädchen um. . . . Nachdem es so eine Zeit die Passanten nicht wenig ergötzt hatte, entfernte die löbliche Polizei mit Stangen und Haken Kleidungsstück und Infanterie. Und Mannellen kann sich wieder unbehindert seiner alten Tätigkeit hingeben — bis zur nächsten Manifestation des Volkswitzes.

Notizen.

— Ein neuer Roman Gorkis. Maxim Gorki hat nach einer rühmlichen Feltung seinen Roman vollendet, in dem die Geschichte und die Natur von Capri dargestellt wird. Der Roman spielt in dem alten, treuherrigen und überaus eigenartigen Capri, unter der niederen Bevölkerung, die dem Fischfang und dem Weinbau ergeben ist. Es greifen auch einige Kassen in dieses Milieu ein. Die Geschichte soll überaus zart und fein sein, voll von glühender Liebe, von Heimweh und Traurigkeit. Aber sie soll einen wundervollen Hymnus auf die herrliche Insel, auf ihre Bewohner und deren Sitten und Gebräuche darstellen.

— Neue Dramen. Frank Wedekind hat als Epilog zur Gesamtausgabe seiner Werke ein dreiaktiges Veröspiel „Leiden-schaften“ geschrieben.

— Alfred Lichtwark, der emsige Direktor der Hamburger Kunsthalle, der das ganze Kunstleben in Hamburg und darüber hinaus befruchtet und als Anreger und Popularisator weithin gewirkt hat, ist schwer erkrankt.

— 640 000 M. für ein Gemälde! Die große französische Staatssammlung des Louvre hat ein Gemälde des altägyptischen Malers Roger van der Weiden für 800 000 Fr. angekauft. Das Bild, das aus dem Nachlaß des Herzogs von Westminster stammt, ist ein dreiteiliger Altar mit Heiligendarstellungen. Besondere hat Herr Vode von spanischen Jesuiten auch ein Bild desselben Malers zu einem noch viel höheren Preise erstanden — aber immer noch nicht bekommen.

— Kritiken auf Bestellung. Sogenannte Freundschafts- und Gegenheitskritiken sind bei uns überall gang und gäbe. Solange eine literarische Freundschaft anhält, lobt A unentwegt B und B in gleichem Tone A. Auch bezahlte Kritiken, die im Grunde Beklammeln sind, kennt man. Doch aber eine ganze Heilschrift in der Art gemacht wird, ist immerhin neu. Ein Atlantis-Verlag in Berlin W verlegt eine „Literarische Chronik“, eine „berühmte Monatschrift“, in der man nach einem Verkaufsfache Kritiken bekommt. Jede aufdringliche Beklammel wird vermieden, damit das Publikum „volles Vertrauen schenkt“.

— Klame oder nicht? Das Friedmannsche Tuberkuloseferum, das in America mit großem Lantam kapitalistisch ausgebeutet wird, hat in Deutschland bisher strikte Ablehnung erfahren, weil das Präparat bisher nicht in Kliniken erprobt werden konnte. Prof. Ehrlich macht inzwischen Versuche am Tier damit. Das wird natürlich zum Gegenstand einer Klame und obendrein zu einer Debatte darüber, ob das eine Klame sei. Das Gubern über ungelegten Eiern ist typisch für die Neugierpresse.

— Museen mit amtlicher Führung. Während es bei uns noch immer Museen gibt, in denen man das Publikum als überflüssig empfindet, hat man seit einiger Zeit im Britischen Museum verständigweise eine Anzahl von Beamten angestellt, deren Aufgabe es ist, die Besucher des Museums kostenlos durch die Sammlungen zu führen und ihnen die Bedeutung der Gegenstände zu erklären. Die Besucherzahl ist seit der Anstellung der Führer gegen das Vorjahr um 81 000 Köpfe gewachsen; insgesamt haben im Jahre 1912 754 872 Menschen die Sammlungen des Britischen Museums besichtigt.



Stimmung, die die Ereignisse vom Juli im Proletariat erzeugt haben, findet in einem Leitartikel des „Vorler“ berechneten Ausdruck. Es heißt dort:

„Es war ein überlegtes langes Wenden, dessen Eindruck sich im Gedächtnis der Augenzeugen im Verlauf der Zeit nur vertieft: eine Gewalttätigkeit, wie sie gefühllos in Kriegszeiten nicht vorkommt; ein Verbrechen, das den Lauf der sozialen und politischen Geschichte dieses Landes verändern muß, wie es auch schon begonnen hat, ihn zu verändern; eine teuflische Schreckensstat, die die Arbeiterklasse am Rand nie vergessen und nie vergeben wird.“

### Streik der Wiener Speditionsarbeiter.

Die Wiener Speditionsarbeiter sind wegen Nichterneuerung des am 15. Mai abgelaufenen Vertrages sowie wegen Nichtbewilligung von Lohnerhöhungen in den Streik getreten.

### Der Generalfstreik in Mailand.

Der zweite Tag des Generalfstreiks verläuft sehr ruhig. Etwa 30 Straßenbahnwagen halten den Verkehr mit dem Bahnhof aufrecht. Auch die Gasarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Die Obst- und Gemüseverkäufer sind gleichfalls in den Ausdauß getreten, weil sie mit der Gemeindeverwaltung in Streitigkeiten geraten sind.

### Landarbeiterstreik.

In der italienischen Provinz Ferrara ist der Generalfstreik der Landarbeiter proklamiert worden.

## Verbandstag der Tabakarbeiter.

Heidelberg, 4. August.

Heute begannen hier die Tabakarbeiter ihre Verhandlungen. Es sind 73 Delegierte und die verschiedenen Verbandsfunktionäre zugegen. Ausländische Bruderorganisationen sind durch die Genossen Bruens-Amtmann, Patterman-Wien, Fischer-Jülich, die deutsche Generalkommission ist durch den Genossen Sabath vertreten. Als Verhandlungsleiter wurde der Vorsitzende Deichmann, daneben Jirs-Kreuzmünster, Sangner-Ohlau gewählt. Eine 19gliedrige Kommission, bestehend aus je einem Angehörigen der 13 Gauen, wurde mit der Vorberatung der Statuten betraut.

Nach herrschenden Begrüßungsansprachen seitens der Vertreter des Auslandes und der Heidelberger Arbeiterschaft erstatteten die Referenten des Vorstandes den

### Geschäftsbericht.

Aus dem gedruckten Bericht ist folgendes anzuführen. Für den Gesamtverband war das Jahr 1912 ein wichtiges und schwieriges Jahr. Schwierig, weil der abermahlige Zoll, der im Jahre 1909 auf den Tabak gelegt wurde, der Industrie einen ungeheuren Stoß versetzte, unter dem in erster Linie die Arbeiterschaft schwer zu leiden hat. Wichtig, weil die allgemeine Vertenerung der Lebensmittel die schlechtgelohnten Tabakarbeiter zwang, trotz der schlechten Konjunktur zu versuchen, durch Lohnbewegungen ihre Arbeitsverhältnisse besser zu stellen. Der Verband hat denn auch im Berichtsjahre eine große Anzahl von Bewegungen zu führen gehabt, die, abgesehen von einigen Ausnahmen, auch mit einem Erfolge für die Tabakarbeiter endeten. Selbstverständlich sind aber diese Erfolge, soweit sie sich auf das Lohnverhältnis beziehen, bescheiden zu nennen, was angesichts des schlechten Geschäftsganges sehr erklärlich ist. Es wurden 245 Lohnbewegungen in 1300 Betrieben mit 51.400 beschäftigten Arbeitern geführt. Die 28 Angriffsbewegungen brachten den beteiligten Arbeitern eine Erhöhung ihres Verdienstes von 0,50 M. bis 2,50 M. pro Woche; die 10 Abwehrbewegungen ohne Streik verliefen in 7 Fällen und für 172 Arbeiter mit vollem Erfolge, in 3 Fällen und für 54 Arbeiter mit teilweisem Erfolge; die 8 Abwehrbewegungen mit Streik in 2 Fällen und für 12 Arbeiter mit vollem, in 3 Fällen und für 403 Arbeiter mit teilweisem Erfolge, und in 3 Fällen und für 123 Arbeiter mit einem Mißerfolge. Von den 9 Ausperrungen verliefen 6 für zusammen 11.153 Arbeiter mit vollem Erfolg, eine für 86 Arbeiter mit teilweisem Erfolg, und 2 für zusammen 106 Arbeiter mit einem Mißerfolge.

Ueber die Mitgliederbewegung sagt der Vorstandsbericht: Am Schlusse des vorigen Jahres betrug die Mitgliederzahl 35.449, darunter 17.674 weibliche, in 476 Jahrestellen, und am Schlusse des Berichtsjahres 37.211, darunter 18.058 weibliche in 483 Jahrestellen. Die Mitgliederzunahme betrug demnach 1762, darunter 379 weibliche Mitglieder. Berücksichtigt man nun, daß im Berichtsjahre 9364 neue Mitglieder, darunter 6079 weibliche gewonnen wurden, und daß von Verbänden der Zigarrenfabrikanten und Kistenfabrikanten Deutschlands 2688 Mitglieder, darunter 772 weibliche im Berichtsjahre übergetreten sind, so gelangt man ohne weiteres zu der Ansicht, daß die Fortentwicklung des Verbandes durch irgendwelche Einflüsse gehemmt wird oder Verhältnisse im Gewerbe bestehen müssen, die der Fluktuation im Verbande Vorbehalt leisten und so die Fortentwicklung des Verbandes aushalten. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir in dem schleppenden Geschäftsgange im Zigarrenfabrikanten- und der sich hieraus ergebenden Abwanderung der Arbeiter aus der Tabakindustrie in andere Gewerbe die Ursache erblicken, die die Fortentwicklung des Verbandes hemmt. So lange der schlechte Geschäftsgang anhält, so lange wird auch die Fortentwicklung des Verbandes nur langsame Fortschritte machen.

Dem

### Rassenbericht

ist folgendes zu entnehmen: Die Gesamteinnahme betrug 1.563.888,22 M., die Gesamtausgabe 1.457.194,67 M., der Rassenbestand am 31. Dezember 1912 106.693,55 M. — Ueber die enorm hohen Ausgaben während des Berichtsjahres sagt der Vorstandsbericht:

„Abgesehen von den Ausgaben bei Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen, die 379.181,06 M. betrugen, und den Ausgaben für Gemeinnützigkeit, die 199.427,54 M. betrugen, sind es die Ausgaben für arbeitslose und kranke Mitglieder, die eine ungewöhnlich hohe Steigerung erfahren haben. Die Ausgaben in Form von Unterstützungen betragen im Berichtsjahre: Rechtschutzunterstützung 1920,80 M., Arbeitslosenunterstützung 168.373,90 M., Anzüge- und Fahrgeldunterstützung 13.397,66 M., Krankenunterstützung 228.826,43 M., Sterbegeld 12.485 M. — Die Ausgaben für die Unterstützungsarbeiten, die, wie vorstehende Zusammenstellung zeigt, 423.003,58 M. betrugen, haben eine Höhe erreicht, wie noch in keinem Jahre und werden, da sie auch im laufenden Jahre sich noch weiter steigern, eine Höhe erreichen, die dem Verbande nur zu gefährlich werden kann, indem er nicht imstande sein wird, seine eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Ausgaben für reine Unterstützungsarbeiten betragen im Berichtsjahre schon mehr als die Hälfte aller Einnahmen aus Verbandsbeiträgen und werden im laufenden Jahre mindestens 75 Proz. dieser Einnahmen verschlingen. Von Bedeutung sind die Ausgaben für arbeitslose, kranke und umziehende Mitglieder. Werden diese Ausgaben sich weiter steigern, und hieran ist nicht zu zweifeln, sofern keine Reorganisation vorgenommen wird, dann wird der Verband sogar gezwungen sein, die Tätigkeit auf dem Gebiet der Lohnbewegungen einzustellen oder doch einzuschränken. Dies werden die Mitglieder nicht wollen und dieshalb mit uns der Meinung sein, daß eine Reorganisation so schnell wie möglich durchgeführt werden muß.“

Der Referent Deichmann beschäftigt sich in seinen mündlichen Ausführungen zunächst mit dem Schicksal einiger Anträge, die der vorige Verbandstag dem Verband überwies. Mit dem Antrag, Schritte zur Gründung eines allgemeinen Nahrungs- und Genussmittelverbandes in die Wege zu leiten, hat der Vorstand sich beschäftigt, ist aber zu dem Schlusse gekommen, daß die Voraus-

setzungen zur Gründung eines solchen Verbandes nicht gegeben sind. Der weitere Auftrag, eine Branchenkonferenz für die Zigarrenarbeiter einzuberufen, steht vor der Realisierung. Alle Vorarbeiten — Enquete über die Lage der Zigarrenindustrie — gehen ihrem Abschluß entgegen. Die gewünschte Konferenz für die Zigarrenindustrie jedoch hält der Referent für überflüssig. Für die Zigarrenindustrie ist Nordhausen maßgebend. Das im Nordhäuser Gebiet festgelegt wird, wird zur Richtschnur auch für den Rest der durch ganz Deutschland verstreuten Betriebe werden. Der Referent legte den völlig unzulässigen Stand des Unterstützungsweffens im Gesamtverbande dar. Es ist eine Jagd nach Unterstützungen eingetreten, daß in manchen Fällen von einer vollständigen Demoralisation gesprochen werden kann. Uebergendend zu den Lohnbewegungen sagte der Referent: Wäre der Verband im Jahre 1912 in der Lage gewesen, noch mit mehr Nachdruck in der großen Lohnbewegung in Westfalen, Hamburg und Bremen wirken zu können, dann wäre auch noch mehr für die hortigen Arbeiter und rückwirkend für die gesamte Tabakarbeiterchaft Deutschlands errungen worden. Das aber wird notwendig, denn wenn auch deren Tagelöhne in den letzten Jahren gestiegen sind, so ist doch ihre Lebenslage nicht in die Höhe, sondern eher zurückgegangen. Es ist die wichtigste und verantwortungsvollste Aufgabe, die der Delegierten hat, die Reorganisation des Verbandes dahingehend zu beschließen: Reduzierung der Unterstützungsarbeiten, Erhöhung der Kampffähigkeit, damit der Verband wieder in die Lage kommt, seiner Aufgabe als Kampfbewegung voll gerecht zu werden. (Beifall.)

Der Bericht des Kassierers Nieder-Belland beschränkt sich auf die Vorlegung des im gedruckten Bericht aufgeführten Materials. — Der

### Bericht des Ausschussvorsitzenden

Stücken-Hamburg bezog sich auf eine Anzahl Beschwerden gegen den Vorstand, die zumeist Unterstützungsverweigerungen betrafen und berichtet dann, daß der Ausschuss bei seinen Revisionen der Kasse eine musterhafte Ordnung vorgefunden habe.

In der regen

### Diskussion

zieht Schwiager-Eschwege einen Antrag, die Gehälter der besoldeten Beamten zu kürzen, zurück, und zwar zugunsten eines aus Hamburg-Eckhardt-Schwede gestellten Antrages, die Zahl der Gauleiter um sechs herabzusetzen. Arndt-Berlin wendet sich gegen jede Reduzierung der Gauleiterzahl und empfiehlt einen Berliner Antrag, den Gauleitern überall nach Möglichkeit einen Gau rat beizugeben. Lieberknecht-Berlin hält eine Beamtenchaft von 30 an der Zahl für zu hoch für den Verband. Eine Umkehr im Unterstützungsweffens sei dringend notwendig. Kaiser-Dehna und verschiedene andere Redner sprechen sich gegen eine Kürzung der Gehälter aus. Im ganzen drehte sich die Diskussion hauptsächlich um Unterstützungsfragen; an den Lohnkämpfen wurde nur wenig Kritik geübt. Aber alle Redner waren einig, daß es mit den jetzigen Unterstützungsleistungen nicht mehr weitergehen könne. Es müsse gründlich Remedur geschaffen werden, damit man dem Unternehmertum wieder die Fühne zeigen könne.

Am Dienstag wird die Diskussion weitergeführt.

## Jugendbewegung.

### Loke Wandervogel.

Ueber die Wandervogel, die zu den erfolgreichsten Truppen der bürgerlichen Jugendbewegung gehören, sind eigenartige Gerüchte im Schwange. Man erinnert sich, daß vor kurzem eine Schrift von Hans Blüher erschienen ist: „Die Wandervogelbewegung als erotisches Problem“. Darin macht Blüher auf Grund geheimer Beobachtung der Wandervogelbewegung den Vorwurf, daß Homosexualität dort harter Einfluß ausüben. Er behauptet, die Homosexualität betrachte die Wandervogelbewegung als bestes Mittel, ihr Ideal, die allgriechische Knabenliebe, wieder zur Geltung zu bringen. Jetzt finden wir in der „Fackel“ (10. Jahrg. Nr. 20, 1913) eine Warnung vor einem Millionär, der vor kurzem wegen homosexueller Beziehungen vor der Strafkammer gestanden hat. „Der Herr Millionär“, so heißt es da, „welcher auf feste n der Wandervogel junge Leute kennen zu lernen versteht, macht nun wieder dadurch von sich reden, daß er solche an sich zu ziehen sucht, wobei er in nicht mißzuverstehender Weise auf seinen Reichtum hinweist, der ihm gestatte, seine „lieben Freunde“ mit „auf Reisen zu nehmen“ und ihnen allerlei Annehmlichkeiten zu erweisen. Der Lüftung sucht seine Bekannten im „Wandervogel“. Im Interesse der jungen Leute und ihrer Eltern bringe sie (die „Fackel“) den Vorfall zur Kenntnis des Publikums; sie sei bereit, die „Wandervogel“, an die sich die Homosexuellen bereits so festig heranzuschließen, genauer zu informieren.“

Man kann mit den Homosexuellen viel Mitleid haben und den § 175 in seiner jetzigen Fassung verurteilen. Dieses Treiben in der Wandervogelbewegung aber ist ein Skandal. Die bürgerlichen Jugendpfleger, die von ihrer religiös-sittlichen Höhe so hoch auf die freie Jugend herabschauen, sollten da wahrlich die Augen offenhalten.

## Aus Industrie und Handel.

Die Spiritus-Zentrale in Süddeutschland. Unter der Firma Süddeutsche Spiritus-Industrie in Nürnberg hat die Spirituszentrale eine Kommandit-Gesellschaft auf Aktien mit einem Kapital von 800.000 M. gegründet. An dieser Gesellschaft sind die süddeutschen Brenner (mit Ausnahme der Firma Sinner A.-G.) beteiligt. Die Neugründung hat den Zweck, die süddeutschen industriellen Brennerereien für die Versorgung der norddeutschen landwirtschaftlichen Brennerereien durch das Spiritusgesetz von 1912 zu entschädigen. Die in der Gesellschaft zusammengeschlossenen Brenner werden, nach der „Frankfurter Zeitung“, in dem Verhältnis zu ihrer Branntweinerzeugung beteiligt. Aus den Ertragspfeilen der Gesellschaft wird ihnen alljährlich ein Betrag gutgeschrieben werden, ferner sollen sie am Revisionsgewinn der Zentrale und wahrheitsgemäß auch an dem Gewinn der süddeutschen Verkaufsgesellschaften der Zentrale (in München, Würzburg, Regensburg) beteiligt werden. Durch dieses Zugeständnis hofft man die süddeutschen Brenner auch über das Jahr 1913, in dem der jetzige Vertrag abläuft, an die Zentrale zu fesseln.

Die Rivalität der Hansestädte. Die Differenzen zwischen den beiden großen Schiffsahrtsgesellschaften lenken die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die neuere Entwicklung der deutschen Seeschiffahrt und des Seehandels. Hatte früher ein harter wirtschaftlicher Konkurrenzkampf zwischen sämtlichen alten Hansestädten zu einer Entfaltung des Seeverkehrs geführt, so scheiden mit dem Aufkommen der modernen Verkehrsmittel eine Reihe von Städten aus der Konkurrenz aus. Die Seeschiffahrt konzentrierte sich in denjenigen Häfen, von denen aus die besten Zugänge in das Hinterland gegeben waren; die übrigen Städte wurden mehr und mehr zurückgedrängt. Während z. B. Hamburg und Bremen einen ungeahnten Aufschwung nahmen, ließ der Seeverkehr Lübeck immer mehr nach. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal, welcher zur Erweiterung und Erleichterung des Verkehrs zwischen Nord- und Ostsee erbaut worden war, kam verhältnismäßig bedeutend mehr Kiel als Lübeck zugute. Freilich fiel auch für Kiel der Erfolg nicht so günstig aus, wie man vorher erwartet hatte, weil die meisten skandinavischen, jätischen und russischen Schiffe ohne im Hafen anzulegen den Kanal durchfahren. Für das Aufschwenden Lübecks aus der deutschen Schiffsahrtkonkurrenz war auch von Bedeutung, daß die Ostsee Stettin und Danzig infolge ihrer guten Verbindung durch Wasserstraßen mit dem Inland den Güterverkehr der Ostsee zum weitaus größten Teil an sich gerissen haben. In letzter Zeit versucht Lübeck wieder, durch Gründungen von industriellen Werken stärker an der modernen Wirtschaftsentwicklung teilzunehmen. Auch wird die Einrichtung einer direkten Schiffsahrtlinie von Lübeck nach Kopenhagen

geplant. Die Entwicklung der Schiffsahrt der Hansestädte im letzten Jahre veranschaulicht folgende tabellarische Zusammenstellung ihres Schiffsbestandes:

1. Januar	Bremen		Hamburg		Säbed	
	Jahr	Brutto-raumgehalt in Register-tonnen	Jahr	Brutto-raumgehalt in Register-tonnen	Jahr	Brutto-raumgehalt in Register-tonnen
1909	724	1.299.089	1315	2.376.282	60	90.798
1910	719	1.331.218	1325	2.417.615	60	94.181
1911	687	1.348.676	1332	2.460.105	60	98.959
1912	817	1.406.423	1345	2.565.469	67	80.123

Krupp in Amerika. Unter dem Namen „Amerikanische Krupp-Kraft-Gesellschaft System Diesel“ hat im Staate Delaware, Vereinigte Staaten, eine Gesellschaft die Rechte einer juristischen Person (natürlich für ganz Amerika) erhalten, welche die von der Firma Fried. Krupp A.-G. hergestellten Diesel-Motoren in der Union bauen und vertreiben wird.

## Soziales.

### Die Unfallgefahr im österreichischen Bergbau.

Nach der erst jetzt erschienenen amtlichen Statistik sind 1911 im österreichischen Bergbau 174 tödliche Unfälle und 1600 schwere Verletzungen vorgekommen. Die Verhältniszahl der tödlichen Unfälle auf je 1000 männliche Bergarbeiter ist von 1,18 auf 1,22 gestiegen. Die Grubeninspektion schiebt — wie bei uns — die meisten Unfälle auf Zufall oder eigenes Verschulden.

### Handelsgesellenleben in Oesterreich.

Die staatliche Versicherungsanstalt für Privatbeamte teilt mit, daß 1912 bei ihr 115.990 Angestellte versichert waren, davon 97.767 männliche. Von den männlichen Versicherten bezogen 30,3 Proz. weniger als 100 Kronen (85 M.) monatlich, 23,7 Proz. hatten bis 150 Kronen, von den weiblichen bezogen 28 Proz. nur 50 bis 75 Kronen monatlich, 35,3 Proz. nur 76 bis 100 Kronen und nur 2,8 Prozent mehr als 300 Kronen im Monat. Dabei beginnt die Versicherung erst mit dem 18. Jahr. — Die Anstalt hat nicht weniger als 518 Angestellte, das ist ein Beamter auf 218 Versicherte; von ihrem Vermögen besteht ein Viertel in rückständigen Beiträgen.

### Großstädtisches Wohnungswesen.

Die unterdrückten Klassen haben stets unter einem Wohnungswesen zu leiden gehabt, und im Verhältnis zu dem Wohnungswesen, den sich die herrschenden Klassen leisten, ist im Zeitalter des Kapitalismus das Wohnungswesen, das die arbeitende Bevölkerung trifft, besonders groß. In den letzten Jahren ist es in einer Reihe von Großstädten geradezu zu Katastrophen gekommen. Zahlreiche Familien haben obdachlos auf der Straße liegen und in Obdachlosenquartieren, die meist in traurigem Zustande waren, untergebracht werden müssen. Die Bevölkerungsziffern der Großstädte wachsen andauernd, das Kapital dagegen beteiligt sich immer weniger am Kleinwohnungsbau. Das hat einen Rückgang der Kleinwohnungen und eine Verzögerung der Wohnungsnot hervorgerufen. Die Gemeinden weigern sich zum größten Teil, hier durch den Eigenbau von Kleinwohnungen helfend einzugreifen, da sie vor allem um den Profit der Hausagrarier besorgt sind.

Wie arg die Wohnungsnot in einer Großstadt ist, beweist eine soeben erschienene Schrift über: „Die Wohnungen in Königsberg in Preußen am 1. Dezember 1910“, die das Statistische Amt zu Königsberg herausgegeben hat. In Verbindung mit der letzten Volkszählung hat in Königsberg eine Wohnungszählung stattgefunden, deren Ergebnisse im Auftrage des Magistrats der frühere Direktor des Statistischen Amtes Dr. Georg Reubaus (jetzt Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Köln a. Rh.) bearbeitet hat. Die Ermittlungen haben ergeben, daß trotz der Zunahme der Bevölkerung die Zahl der Kleinwohnungen zurückgegangen ist, die Mieten erheblich gestiegen sind und die Wohnsituation zugenommen hat. Der Verfasser schreibt zu dem letzten Kapitel:

„Die Stärke der Belegung von Wohnungen ist von ganz besonderer Bedeutung für die Gestaltung des Wohnungswesens überhaupt. Ueberfüllte Wohnungen bieten sittliche Gefahren der schlimmsten Art. Schon dann, wenn der Familienhaushalt aus den Eltern und nur zwei Kindern verschiedenen Geschlechts besteht und in einer Wohnung von weniger als drei Räumen untergebracht ist, so daß den Eltern, dem Knaben und dem Mädchen nicht je ein Schlafraum zur Verfügung steht, droht den Kindern sittliche Verderben. Viel schlimmer gestalten sich die Verhältnisse, wenn noch Schlafstellen in den Haushalt aufgenommen werden.“ Demnach müßte eine Arbeiterfamilie mit Kindern verschiedenen Geschlechts mindestens eine Wohnung von drei Zimmern haben. In den meisten Fällen bestehen diese Wohnungen aber nur aus einem bis zwei Zimmern und sind demnach aus sittlichen Gründen fast alle überfüllt. In Königsberg wohnten nach den amtlichen Ermittlungen 91.563 Personen oder 463,03 v. Tausend in Wohnungen von nur einem heizbaren Zimmer, 5165 Personen haften in einem Zimmer, zu dem weder eine Küche noch ein Kabinett gehörte. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung der Mietwohnungen, nämlich 56.651 Personen, wohnten in Zweizimmerwohnungen. Von der in Mietwohnungen untergebrachten Einwohnerchaft lebten 148.234 Personen, fast genau drei Viertel der Bevölkerung, in Kleinwohnungen. In Mittelwohnungen von 3-5 heizbaren Zimmern lebten 43.296 Personen und nur 6256 Personen befanden sich in Großwohnungen.

In einer Wohnung, bestehend aus einem Zimmer ohne Kabinett und Küche, wohnten elf Personen, in vier Wohnungen je zehn, in 13 je neun, in 34 je acht, in 43 je sieben, in 85 je sechs und in 124 je fünf Personen. Nach der allgemeinen Ansicht müssen, wenn der zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Raum den geringsten hygienischen Anforderungen entsprechen soll, für jeden Bewohner ein Luftstrom von mindestens 15 Kubikmeter zur Verfügung stehen. Bei sechs Bewohnern eines einzigen Raumes müßte daher ein Luftstrom von 90 Kubikmetern vorhanden sein. Man kann — wie Dr. Reubaus anführt — mit Recht behaupten, daß sämtliche einräumigen Wohnungen mit sechs und mehr Bewohnern aus rein gesundheitlichen Gründen alle überfüllt zu gelten haben. Nach dem Ergebnisse der Wohnungszählung waren 1467 Einzimmerwohnungen, in denen 11.702 Personen wohnten, am Rühlungstage zu kurz besetzt.

Der Verfasser sagt dann: In einer Wohnung kann ausreichend Luftstrom für die Zahl der Bewohner vorhanden sein, und trotzdem kann sie den sittlichen Ansprüchen nicht genügen. Es muß gefordert werden, daß in einer Wohnung besondere Schlafräume für die Eltern, die über 6 Jahre alten Knaben und die über 6 Jahre alten Mädchen vorhanden sind. Den Schlafjüngern müssen ebenfalls nach Geschlechtern getrennte Schlafräume zur Verfügung stehen, und sie dürfen auch nicht mit den noch nicht erwachsenen Kindern in einem Raume schlafen. Eine Begründung für diese Anforderungen ist nicht notwendig. Wenn sie erfüllt werden sollen, so ist bereits eine Wohnung, in der nur zwei Räume zum Schlafen benutzt werden und in der neben den Eltern noch je ein älterer Sohn und eine ältere Tochter zusammenwohnen, als überfüllt anzusehen. Bei Wohnungen von nur einem Raum werden in der Regel wenigstens sämtliche mit mehr als drei Personen in diesem Sinne als zu stark belegt zu behandeln sein, da in ihnen mit wenigen Ausnahmen eine notwendige Trennung der nicht in jugendlichem Alter stehenden Bewohner unmöglich ist.

In zahlreichen Wohnungen fehlt es an den notwendigen Einrichtungen. So besaßen von den 48.973 Wohnungen 911 keine feste Kochgelegenheit; bei 1538 Wohnungen waren die Bewohner auf die Benutzung von Küchen in anderen Wohnungen angewiesen. In 2246 Kleinwohnungen wurde die Küche als Schlafraum benutzt, doch dürfte die dreifache Zahl der Wirklichkeit entsprechen.



4369 Wohnungen hatten keinen eigenen Wasserhahn. 4100 Wohnungen hatten keinen eigenen Abzug und 12 418, d. h. 25,4 v. H. sämtlicher Mietwohnungen waren ohne eigenes Klosett. Bei 6283 der Mietwohnungen war das Klosett zwei Haushaltungen gemeinsam, bei 3926 Wohnungen drei Haushaltungen und bei 2259 vier und mehr Haushaltungen. Der größte Teil dieser Wohnungen waren — Kleinwohnungen. Es heißt dann weiter, daß heute die Ausstattung jeder modernen Wohnung mit eigener Badeeinrichtung als ein unbedingt notwendiges Bedürfnis erscheint. Von den 48 973 Mietwohnungen hatten aber nur 4722, d. h. 9,64 v. H., eine eigene Badeeinrichtung; die Bewohner von 609 anderen Wohnungen — 1,24 v. H., mußten die Badeeinrichtungen gemeinsam benutzen. Nur 12 der Einzimmerwohnungen und 108 der Zweizimmerwohnungen hatten eine eigene Badeeinrichtung.

Das Verhältnis der Miete zum Einkommen betrifft, so machte bei den Selbständigen in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe die Miete nur 14,79 v. H. des gesamten Einkommens aus, bei den Angestellten dagegen 24,93 v. H. und bei den Arbeitern 21,43 v. H. Die Mieter der Kleinwohnungen mußten bis 23,42 v. H. ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Die Inhaber von Achzimmerwohnungen gaben aber nur 10,01 v. H. ihres Einkommens für die Miete aus. Je ärmer eine Familie, desto höher lastet auf ihr der Wohnungswucher. So verbanden die Mieter mit Einkommen bis zu 600 M. 35,40 v. H. ihres Einkommens zur Deckung der Miete, die mit einem solchen von über 600 bis 900 M. 31,70 v. H., die mit einem solchen von über 900 bis 1500 M. 23,79 v. H., die mit einem solchen von über 1500 M. bis 2000 M. 20,83 v. H., die mit einem solchen von über 2000 bis 3000 M. 17,46 v. H., die mit einem solchen von über 3000 bis 4000 M. 15,15 v. H., die mit einem solchen von über 4000 bis 12 000 M. 13,08 v. H. und die mit einem Einkommen von über 12 000 M. 6,98 v. H.

So lagen die Wohnungsbedingungen 1910. Inzwischen sind sie bedeutend schlimmer geworden. Und in zahlreichen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sind die Zustände dieselben. Der Arbeiter muß mit einer schlechten Wohnung vorlieb nehmen und wird vom Hausagrarier ausgebeutet. Was er mehr an Wohnungsmiete bezahlt, muß er sich am Rande abarbeiten. Seine Familie ist den schwersten gesundheitlichen und sittlichen Gefahren ausgesetzt. Gemeinden, Staat und Reich haben hier energisch eingegriffen. Insbesondere muß von den Kommunen der Eigenbau von Kleinwohnungen verlangt werden, wo die private Bautätigkeit auf dem Gebiete des Kleinwohnungsbaues nahezu ganz verstopft.

## Gerichts-Zeitung.

### Von Ehescheidung.

Die Ehe wird durch den Willen der Ehegatten begründet. Sie müßte auch (unter Ausschluss gegen Uebereilung und gegen Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht eines der Ehegatten) durch den Willen der Ehegatten auflösbar sein, gleichviel ob eine Verschuldung eines oder beider Ehegatten vorliegt. Die innigste Lebensgemeinschaft zweier Personen kann gegen deren Willen nicht ohne schwere wirtschaftliche und sittliche Schäden aufrechterhalten werden. Abzulehnen, innerlich zerrütteten oder gar tatsächlich geschiedenen Ehen das gerichtliche Siegel der Ehescheidung aufzubringen, widerspricht der Natur der Ehe. Das von der katholischen Auffassung von der Unauflöslichkeit einer Ehe stark beeinflusste Bürgerliche Gesetzbuch steht auf dem entgegengekehrten Standpunkt. Es läßt auch bei kinderlosen Ehen im Gegensatz zum früheren preussischen Landrecht eine Ehescheidung — abgesehen von dem Fall einer schweren unheilbaren Geisteskrankheit — nur bei Verschuldung eines der Ehegatten zu, auch wenn die Ehe tatsächlich getrennt ist. Als zur Ehescheidung ausreichende Verschuldungen kennt es nur vier Gründe. Verletzung der ehelichen Treue (Ehebruch, Bigamie, widernatürliche Unzucht) und die Tatsache, daß ein Gatte dem anderen nach dem Leben trachtet, sind die beiden ersten. Als dritter Ehescheidungsgrund anerkennt das B.G.B. bössliche Verlassung. Diese kommt aber nur dann in Betracht, wenn der bösslich Verlassene trotz Verurteilung zur Herstellung des ehelichen Lebens gegen den Willen des verlassenen Gatten mindestens ein Jahr lang nach rechtskräftiger Verurteilung zur Wiederherstellung der Ehe in bösslicher Absicht dem Urteil nicht Folge leistet. Kehrt der zur Wiederherstellung der Ehe Verurteilte auch nur kurze Zeit zurück oder wünscht der Verlassene nun selbst nicht mehr das Zusammenleben, so ist eine Ehescheidung wegen bösslicher Verlassung nahezu unmöglich. Unleibliche Verhältnisse entstehen hierdurch, die nicht minder eheverlassene Frauen wie eheverlassene Männer zur Verweigerung bringen können. Nun läßt das Bürgerliche Gesetzbuch als vierten Ehescheidungsgrund die Tatsache zu, daß durch die Schuld des einen Ehegatten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß dem anderen Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. (§ 1508.) Dieser allgemeine Ehescheidungsgrund läßt dem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum. Je nach der persönlichen Auffassung des

Richters und nach der Ansicht, die er sich über die Auffassung und Lebensweise der Eheleute zu eigen macht, kommen die verschiedenartigsten Urteile heraus. Bei der Verschiedenartigkeit der Lebensauffassung schloßen diese oft zumungunsten des minder wohlhabenden Teils der Bevölkerung aus. Es entsteht die Frage: Ist eine bössliche Verlassung nicht stets eine Verschuldung im Sinne dieses § 1508, so daß, auch wenn die Formalien, der Ehescheidungsgrund der bösslichen Verlassung, nicht erfüllt sind, doch auf Grund des § 1508 geschieden werden kann? Die herrschende Ansicht geht dahin: Das geht nicht an, weil sonst als besonderer Grund der bösslichen Verlassung nicht gegeben sein würde. Diese Verneinung hat zu großen Härten geführt. Die Theorie und Praxis hat schließlich einen Mittelweg eingeschlagen. Sie nimmt an: unter besonderen Umständen kann in der bösslichen Verlassung ein Grund zur Ehescheidung auch dann liegen, wenn nicht alle Voraussetzungen erfüllt sind, die das Gesetz an die Ehescheidung wegen bösslicher Verlassung geknüpft hat. Diese Ansicht hat auch das Reichsgericht seit 1907 wiederholt bestätigt, wiewohl das Reichsgericht in der Regel Ehescheidungen sehr wenig geneigt gegenübersteht.

Unter den jüngst veröffentlichten Entscheidungen des Reichsgerichts steht ein Urteil vom 31. März d. J. auf demselben Standpunkt. Bei der großen Wichtigkeit für viele tatsächlich geschiedene Eheverhältnisse seien die Gründe kurz angeführt. Das Reichsgericht befähigte ein auf Ehescheidung lautendes Urteil des Kammergerichts und führt hierzu auf:

Das Berufungsgericht stellt gegen die Klägerin zwei Verfehlungen fest: einerseits eine beleidigende Äußerung über den Beklagten, andererseits fahrlässige Vernachlässigung des Haushalts. Die beleidigende Äußerung erfolgte in der Weise, daß die Klägerin in Gegenwart weiterer Personen eine Frau, mit der sie in Wortwechsel geraten war, des Ehebruchs mit dem Beklagten beschuldigte. Daß sie für den darin liegenden schwereren Vorwurf gegen den Beklagten irgendwelchen Anhaltspunkt gehabt hätte, kann sie selber nicht geltend machen. Eine solche grundlose Beschuldigung des Ehegatten kann unbedenklich als eine schwere Verfehlung im Sinne des § 1508 B.G.B. angesehen werden. Auch die Beurteilung, welche das Berufungsgericht der Vernachlässigung des Haushalts seitens der Klägerin hat zuteil werden lassen, ist rechtlich nicht zu beanstanden. Die Klägerin hat während der kurzen Zeit der Ehe sich monatlang bei ihren am gleichen Orte wohnenden Eltern aufgehalten, und auch in der Zeit, in welcher sie mit dem Beklagten zusammenlebte, häufig den größten Teil des Tages dort zugebracht; sie hat letzteres nicht bloß dann getan, wenn der Beklagte auf Arbeit fort war, sondern auch, als er wegen Krankheit zu Hause bleiben mußte, sie hat ihn in der unzureichenden und vernachlässigten Wohnung allein gelassen; sie hat ferner während der kalten Winterzeit nicht dafür gesorgt, daß der Beklagte abends beim Heimkommen von der Arbeit ein warmes Zimmer vorfand; ihre Behauptung, daß sie wegen Mangels an Heizmaterial nicht hätte heizen können, ist nach Annahme des Berufungsgerichts nicht stichhaltig. Wie ferner aus der Verweisung auf die Aussage des Zeugen R. hervorgeht, nimmt das Berufungsgericht auch als erwiesen an, daß der Beklagte bemüht gewesen sei, durch Einwirkung auf die Klägerin der Vernachlässigung des Haushalts zu steuern. Es besteht deshalb kein rechtliches Bedenken dagegen, daß das Berufungsgericht unter den gegebenen Umständen in der Vernachlässigung des Haushalts eine schwere Verfehlung der durch die Ehe begründeten Pflichten gesehen hat." (Altenzeichen: IV. 601/12.)

Die Gründe des Urteils sind geeignet, in manchen Fällen bösslicher Verlassung, gleichviel ob der Mann oder die Frau der schuldige Teil ist, innerlich zerrüttete Ehen zu einer gerichtlichen Ehescheidung auch dann zu bringen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen des Ehescheidungsgrundes einer bösslichen Verlassung nicht gegeben sind.

### Irren ist menschlich.

Einem Keinen eigenen Irrtum hatten es zwei bisher ungescholtene Angeklagte zu verdanken, daß sie in erster Instanz zu Gefängnisstrafe verurteilt wurden. Ein gleicher Irrtum der Sachverständigen führte in der Berufungsinstanz zu ihrer Freisprechung. Unter der Anklage der Hehlerei hatten sich der Zigarrenmacher Otto Schindler und der Arbeiter Albert Bialler vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten. — Die inquisitorischen Diebstahls zu 3 Monaten bzw. 6 Wochen Gefängnis verurteilten Richter Ding und Westphal hatten als Angehörte eines hiesigen Kollfahrwerks im Dezember 1912 von der Nothabakfirma Frank sechs Ballen Nothabak abgehoben gehabt und hatten bei dieser Gelegenheit noch einen weiteren Ballen Tabak im Werte von 700 M. mitgehen lassen. Dieser gestohlene Ballen wurde einige Tage später von den jehigen beiden Angeklagten für 150 M. auf Abzahlung von den Dieben gekauft. Als Schindler die vereinbarten Ratenzahlungen nicht innehalten konnte, wurde der Tabak wieder abgeholt. Dieses eigenartige Abzahlungsgeschäft kam zur Kenntnis der Polizei und die Folge war, daß die beiden Käufer sich wegen

Hehlerei zu verantworten hatten. Das Schöffengericht beurteilte sie zu 14 bzw. 10 Tagen Gefängnis. Gegen dieses Urteil legten beide Berufung ein. Sie behaupteten, daß sie irrtümlich angenommen hätten, es handle sich nicht um den teuren „Mexiko“-Tabak, sondern um den viel billigeren „Sedona“, der mit 150 M. angemessen bezahlt worden sei. Um zu beweisen, daß ein Irrtum sehr leicht möglich sei, unternahm Rechtsanwalt Dr. Frey als Verteidiger der Angeklagten vor Gericht ein interessantes Experiment. Er legte dem Schöffengericht, der nach eigener Angabe 10 Jahre in der Tabakbranche ist, mehrere zu sogenannten „Puppen“ zusammengeordnete Nothabakrollen vor mit der Bitte anzugeben, um welche Sorten es sich handle. Dieses Experiment ergab das überraschende Resultat, daß sich der sachverständige Zeuge selbst irrt und unter anderem Nothabak als „Mexiko“ bezeichnete. Das Gericht kam deshalb zu der Ansicht, daß auch auf Seiten der Angeklagten ein Irrtum über die Qualität möglich sei und sie den Tabak nach ihrer Meinung angemessen bezahlt, demnach also auch nicht „ihres Vorteils“ wegen gehandelt hätten. Unter Aufhebung des ersten Urteils wurden beide Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

## Verfammlungen.

Die Statuten der Arbeitervereine in einer Versammlung am 4. August die Situation im Beruf. Die Sektion hatte am Schluß des 1. Quartals 707 Mitglieder. Diese Zahl ist bis zum Schluß des zweiten Quartals auf 734 gestiegen. Die Arbeitslosigkeit im Beruf ist seit Jahren andauernd groß. Auf Grund der Kontrolle auf dem paritätischen Arbeitsnachweis waren das ganze Jahr hindurch arbeitslos: 1908 20 Prozent, 1909 23 Prozent, 1910 13,79 Prozent, 1911 13,64 Prozent, 1912 13,6 Prozent der Mitglieder. Im Jahre 1913, Januar bis einschließlich Juni, betrug die Arbeitslosigkeit 15,06 Prozent. Im Juli waren am ersten 161, am siebenten 145, am vierzehnten 123, am einundzwanzigsten 101 und am 28. Juli 84 Arbeitslose im Nachweis verzeichnet. Trotz der großen Arbeitslosigkeit im Beruf verlangt ein Teil der Unternehmer ständig Überstunden. Leider hat sich eine Anzahl Kollegen gefunden, die die Überstunden nicht verweigern. Ja, bei Einführung der Nachschicht fanden sich Leute, die 7 bis 10 Schichten in der Woche arbeiteten. Das Verhalten dieser Berufsgenossen wurde in der Versammlung scharf beurteilt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem tarifwidrigen, organisationswidrigen Verhalten der Kollegen, die ohne Genehmigung Überstunden und bei der herrschenden Arbeitslosigkeit Doppelschichten machen. Das Verhalten der Unternehmer, die, wie üblich, die selbstgeschaffenen Inflationen ignorieren, ist keine Entschuldigung für die Kollegen.

Wenn die Versammlung von schärferen Maßnahmen absieht und den Kollegen eine scharfe Rüge erteilt, so weist sie erneut darauf hin, daß jeder Kollege Überstunden, für die die Genehmigung fehlt, abzulehnen hat, und ist das Verlangen des Unternehmers der Organisation zu melden; werden trotzdem von Kollegen nicht genehmigte Überstunden gemacht, so liegt keine Ursache vor, die Kollegen vor der schärfsten Strafe zu bewahren. Die Kollegen, die Doppelschichten gemacht haben, sind im Nachblatt zu veröffentlichen.

## Eingegangene Druckschriften.

Der Kampf (sozialdemokratische Monatschrift) Jahrgang VI. Heft 11. Eilen. Otto Bauer: Der zweite Balkankrieg. Hermann Diamond (Bismarck): Die Landtagswahlen in Galizien. August Lindner (Graz): Der 14. im österreichischen Parlament. Otto Bauer: Der 14. und die Dörflichkeit. Paul Danner: Herr Dörflichkeit, der marxistische Bourgeois. Karl Remer: Die „Vollstreckung“ im Befreiungskampf des Proletariats. Josef Bauer: Das Werden und Wirken einer Gewerkschaft. Peter Schärer (Zürich): Die Gründung von Arbeitervereinen. Wenzel Gladt (Walden): Gewerkschaft oder gewerkschaftliche Warenvermittlung. Emmy Henschel: Die Partei und die Kinderfreunde. R. Soromius: Peter Kollinger.



Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

## Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelabrik von A. Schulz, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stilkarten mit mehrjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratensahlung.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 6. August 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Prater. Das Bummelmädchen.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Opern (Kroll). Carmen. Urania. Streifzüge durch Norwegen.  
Schiller O. Undine.  
Wetzer. Schöner Schiffer: Das starke Stiel. Ein angebrochener Abend.  
Berliner. Filmzauber.  
Ehola. Puppen.  
Metropol. Die Kuno-Königin.  
Gerrhards. Endlich allein. Die Schönezeit.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Anfang 9 1/2 Uhr.  
Sommerhaus. Hochherrschliche Wohnungen.  
Deutsches Schauspielhaus. Das Bummelmädchen.  
Lustspielhaus. Ein Wundtamb.  
Wolke. Die Waise aus Lowood.  
Wien. Gehtet.  
Wies. Caprice. Die letzte Toilette. Schläfe patent.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Deutsches. Die Schiffsbrüder.  
Anfang 9 Uhr.  
Admiralspalast. Eisballer: Flirt in St. Moritz.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Deutsches Schauspielhaus 8 1/2 Uhr: Das Bummelmädchen.

**Sachse-Oper**  
Schiller-Theater O. Theater.  
8 Uhr:  
**Undine.**  
**Kroll-Oper**  
8 Uhr:  
**Carmen.**  
(Gastspiel: Emmy Destinn.)  
Donnerstag:  
**Tannhäuser.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr: Filmzauber.

**Passage-Panoptikum**  
Die Offenbarungen der Traummalerin  
**Frau Assmann,**  
d. Aufseh. d. wissensch. Kreise.  
**AGA**  
die schwebende Jungfrau.  
**Buddha**  
die geheimnisvolle Tafel.  
Alles ohne Extra-Entree!

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger  
Anfang 8 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.  
Heute Mittwoch, den 6. August 1913:  
**Großes Kinder-Erntefest**  
verbunden mit Erste-Umsatz, Puppen-Theater, Bonbonregen, Fackelzug und Verlosung.  
1. Hauptgewinn für Knaben und Mädchen je **1 goldene Uhr.**  
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf.  
Vorankündigung: Morgen Donnerstag:  
**Gr. Gala-Parade-Feuerwerk.**

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor. Dir.: Ernst Liebing.  
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag: **1909**  
**Kaffee-Frei-Vorstellung**  
der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
bei freiem Entree. Freitag: Frei-Konzert.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Kuno-Königin.**  
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Dornowoll.  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Eisenblech-Gasthof.  
Leitung: Luß u. Debel.  
**Die Waise aus Lowood.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
**Achtung! Es geht los!**  
Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.  
Berber-Konzert. Umfasser. Sont. Tel.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr:  
**Sylvester Schaffer**  
Vorher: Ein angebrochener Abend. — Das starke Stiel.

**Voigt-Theater**  
Badstraße 38.  
Jeden Mittwoch: **Elitetag.**  
**Der Verschwender.**  
Saubere Pötte mit Gelang und Tanz in 5 Akten von Raimund.  
Vollständig neue Spezialitäten.  
Rosendoff. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.  
Im Saale: **Großer Ball.**

**Berliner Prater-Theater**  
7-9 Kassenstr.-Mise 7-9.  
Täglich:  
**Das Bummelmädchen**  
Gr. Ausstattung. In 4 Akten v. R. Döte.  
Musik von Tisch und Schreyer.  
Erstklass. Spezialitäten. Konzert.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.  
Deutsches Witzstück:  
Recht's Dr. Kinderfreundchen.

**Admiralspalast**  
Eins. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballeraden.  
Angenehm kühl aufgetaucht.  
Allabendlich:  
**Flirt in St. Moritz.**  
Wiederanst. der kleinen Charlotte.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassapreise.

**Volksgarten-Theater.**  
Sadstr. 8 und Bollmannstr. 20/25.  
Mittwoch, den 6. August 1913:  
**Muttersegen.**  
Schauspiel mit Musik in fünf Akten.  
Sovote das brillante Spezialität.-Prog.  
Anfang 4 Uhr.  
Morgen Donnerstag, den 7. August:  
Gr. Gartenfest verbunden m. italienischer Nacht, Illumination, Feuerwerk, Sommerball m. Elito-Vorstellung.  
Kaufmann gelangt: „Ihre Familie“ oder „Zwei vom Ballett“, Volksstück in 3 Akten.  
Für den Inhalt der Intereze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.







In Erfüllung einer Menschenpflicht.

Was sollst Du tun, wenn Du ein von seinen Angehörigen verlassenes Kind hilflos auffindest? Selbstverständlich wirst Du für Menschenpflicht halten, Dich des Findlings anzunehmen, ihm die etwa nötige erste Hilfe zu gewähren und ihn dann der Behörde zu überweisen. Eine Frau, die diese Pflicht erfüllen wollte, hat dabei sehr sonderbare Erfahrungen gemacht.

In der Laubenkolonie „Erholungsheim“, die auf Charlottenburger Gebiet nahe der Jungfernheide liegt, feierte der Pfanzerverein „Waldbaum“ am 27. Juli sein Erntefest. Auf dem Festplatz wurde am Abend gegen 10 Uhr ein kleiner Junge von aufsehend 1 1/2 Jahren gefunden, der verlassen auf einem Stuhl saß. Der Vorsitzende, ein Herr S., ließ das Kind „ausblasen“, aber kein Angehöriger meldete sich. Da man zu so später Stunde den Kleinen nicht mehr nach Charlottenburg zur Polizei bringen konnte, so nahm die Frau des Vereinsvorsitzenden den hilflosen Findling über Nacht in ihre Obhut. Am anderen Morgen ging Frau S. wieder nach der Laubenkolonie hinaus, packte hier ihr eigenes acht Monate altes Kind ins Bett und begab sich dann etwa um 1/10 Uhr mit dem in einen Kinderwagen gesteckten fremden Kinde und ihren drei anderen Kindern von drei, vier und sechs Jahren nach dem nächsten Charlottenburger Polizeibureau, das etwa eine halbe Stunde weit in der Königin-Luise-Straße liegt. Die Polizisten empfingen Frau S. freundlich und naumten ihr das Charlottenburger „Bürgerhaus“ in der Sophie-Charlotte-Straße, indem sie ihr ein schriftliches Erfuchen um Aufnahme des Kindes mitgaben. Das „Bürgerhaus“ soll aber, als Frau S. sich mit diesem Schriftstück meldete, die Aufnahme abgelehnt haben mit der Begründung, daß hier eine ansteckende Krankheit herrsche. Man wies Frau S. an eine Abteilung, die sie für das Familienobdach hielt. Dort wurde ihr der Bescheid gegeben, daß sie sich an die Armenverwaltung in der Kirchhofstraße wenden müsse, weil — so verstand sie — das Obdach keine Kinder unter zwei Jahren aufnehme. Frau S. machte sich mit den vier Kindern auf den Weg nach der Kirchhofstraße, aber den Findling wurde sie auch da nicht los. Nur das Schriftstück der Polizei nahmen sie ihr ab. Sie mußte sich durch die Bureau der Armenverwaltung immer aus einem Zimmer in das andere schiden lassen, ohne daß einer sich Rat wußte. Schließlich gab man der Frau ein mit dem Stempel der Armenverwaltung versehenes Schriftstück, das sie — so verstand Frau S. — im „Familienheim“ in der Sophie-Charlotte-Straße vorzeigen sollte. Frau S. die nun schon einige Stunden mit den müde werdenden Kindern umhergelaufen war und um den daheim gelassenen Säugling sich Sorge machte, wurde in ihrer Verwirrung nicht recht klug und dem ihr gewordenen Auftrag. Die Anstalten Charlottenburgs waren ihr nicht bekannt, da sie in Berlin wohnt, und ein „Familienheim“ fand sie nicht. Straßenpassanten sagten ihr, es sei wohl das Kaiserin-Augusta-Haus gemeint. In dieser Anstalt wurde Frau S., nachdem ein Arzt das Schreiben aus dem Bureau der Armenverwaltung geöffnet hatte, befehrt, daß sie ja nach dem „Familienheim“ müsse. Weil sie wieder nicht das „Familienheim“ fand, fragte sie erneut in dem schon am Vormittag aufgesuchten Bureau an, das nach ihrer Meinung zur Obdachverwaltung gehörte. In mißbilligendem Tone hielt man ihr vor, sie sei doch schon mal hier gewesen und abgewiesen worden. Auf ihre Klage, daß sie umhergeschickt werde, während zu Hause ihr acht Monate altes Kind ohne jede Aufsicht liege, gab man die Antwort: „Das gibt uns nichts an. Sie scheinen übrigens nicht zu wissen, daß Sie nicht ein fremdes Kind ohne weiteres aufnehmen dürfen.“ Ein hilfloses Kind über Nacht auf dem Felde zu lassen, wäre unverantwortlich!“ erwiderte sie. Wenn Frau S. nach der ihr jetzt von einem Obdachbeamten zuteil gewordenen sonderbaren „Belehrung“ nunmehr das Kind einfach im Obdach niedergelegt hätte und davongegangen wäre, so hätte niemand sich darüber wundern können. Nachdem sie nochmals im Kaiserin-Augusta-Haus angefragt hatte und nach langem Warten aufs neue abgewiesen worden war, stand sie rat- und hilflos wieder im Heim der Obdachlosen. Inzwischen war es bereits 2 Uhr geworden, und um 1/10 hatte sie die Laubenkolonie verlassen! Als sie das Kind im Hausflur auf eine Bank setzte und allein auf die Straße hinaus trat, ließ ihr sofort der Polizeier nach und holte sie zurück. Ein Beamter drohte ihr in scharfem Ton an, daß er sie „abführen“ lassen werde, wenn sie das Kind nicht mitnehme. Sie erklärte offen, daß sie es nicht länger in ihrer Obhut behalten werde. Ihr wurde geantwortet, dann werde man auch sie selber nicht gehen lassen. Frau S. nahm das Kind und ging, um auf der Straße einen Schuhmann um Weisung zu bitten. Mit einem bereitwillig mitgegebenen Beamten des Polizeibureau in der Königin-Elisabeth-Straße lehrte sie nun nochmals zum Obdach zurück, und jetzt endlich wußten sie hier sich zu helfen. Zwar lehnten sie die Aufnahmen wieder ab, aber sie wiesen nun Frau S. an das Krankenhaus in der Kirchstraße. Dort wurde dann die fast verzweifelte Frau S. endlich ihren Findling los, nachdem es inzwischen 6 Uhr geworden und sie über acht Stunden umhergelaufen war. Man schüttelte erstaunt den Kopf, als sie über ihre Verfahrnisse berichtete. Mit ihren müden, hungrigen, weinenden drei Kindern machte sie sich auf den Heimweg, selber gänzlich erschöpft. Daheim halte um 5 Uhr der Ehemann, von der Arbeit kommend, den Jaureingang seiner Laubenparzelle verschlossen gefunden. Er stieg hinüber, suchte drinnen vergeblich nach Frau und Kindern und entdeckte schließlich im Bett den wimmernden Säugling, dem die Mutter früh vor 1/10 Uhr die letzte Nahrung gegeben hatte. Der entsetzte Vater übergab einer hilfreichen Nachbarin das ausgehungerte Kind und ließ davon, um die Frau zu suchen. Das Polizeibureau in der Königin-Luise-Straße ermittelte durch telefonische Anfragen, daß ihr eben erst das fremde Kind im Krankenhaus abgenommen worden war. Bald darauf traf auch Frau S. ein, weinend und in einem Zustand so völliger Erschöpfung, daß sie erst am anderen Tage sich von der ausgedehnten Hilfe langsam erholte.

In Erfüllung einer Menschenpflicht hat Frau S. Erfahrungen gemacht, die wir nicht für möglich gehalten hätten. Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß die Frau, was immerhin möglich ist, infolge von Mißverständnissen ihre Verfahrnisse noch verlängert habe. Rein, von ihr konnte man nicht erwarten, daß sie Bescheid wußte und die richtigen Wege ging. Der einzige Vorwurf, den einer ihr machen könnte, ist der, daß sie nicht kurzerhand das Kind den Beamten des Obdachs auf den Tisch setzte: „So, hier ist das Kind, ich habe meine Pflicht getan!“ Der Magistrat Charlottenburgs wird zu den Verlehnissen der Frau S. sich öffentlich äußern müssen, er möge uns aber versöhnen mit etwaiger „Berichtigung“ von Nebenächlichkeiten. Die Hauptfrage ist: Wie konnten Beamte der Stadt die Frau mit dem Kinde so umhersenden, statt es ihr sofort abzunehmen und selber die weiteren Schritte zur Unterbringung zu tun?

Partei-Angelegenheiten.

Potsdam. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung bei Hausmann.

Berliner Nachrichten.

Sommerfreuden.

Rum weilen Laufende Wohlhabende in den Sommerfrischen am Meere, auf den Bergen, in Wäldern und Dörfern. Der aus doppelter Ursache „unabkömmliche“ Berliner Proletariat aber muß sich mit spärlichen Sommerfreuden in der Großstadt begnügen. Und auch da findet er manchmal, gleich dem blinden Huhn, eine Perle.

Am Meer stürzt sich die Creme in die Fluten und segelt sich müde, Männlein und Weiblein dehnen und strecken die schlaffen Glieder wohligh am Strand. Die Berliner Bergtraxler erklettern, erklimmen, wie echte Tiroler, steile Höhen, starre Felsen und erfreuen sich der köstlichsten Ausichten. Die Berliner im nahen Spreewald indessen fahnen und angeln, und schlafen und träumen in himmelhoch getürmten Spreewälder Bauernbetten, und die den süßen Waldfröhen in Böhmen aufgesucht, picknicken dort bei Strudeln und Nodeln und Buchteln als imitierte Zigeuner im Schatten Wallensteinischer Buchen oder Friedlandscher Birken. Aber die meisten der allsommerlich ausschweifenden Spreewälder trägt der Zug doch wohl hinaus auf's platte Land, in westfälische, heijliche, schlesische oder andere deutsche Dörfer, da spazieren sie dahin durch Felder und Auen, blicken den Landleuten beim Mähen und Pflügen zu, steigen mit auf die Heuböden und in die Ställe, zu den Pferden, zu den Röhren, den weiß-rötlichen Schweinen und streuen auf der Diele das Futter mit aus. Der Schrei: „Jurück zur Natur!“ erschallt im Sommer am lautesten durch die Lande, jurück zur asphaltfreien Mutter Erde, zum närenden, fruchttragenden Boden, zu den Tieren des Waldes, des Wassers, der Luft, zu den schlächtigen Kindern der Gotteswelt, zu den Sennern, den Wägern, den Hirten, den Bauern und zu den gadernden Böckchen auf ihren Tennen.

Ei, seht doch mal da die vier blendend weißen Tauben, mit den rosafarbenen Schnäbeln und rosa Spaltfüßchen, mit den blanken grünlich schillernden Auglein, die ein dünner schmalrötlicher Hautrand umsäumt. Hei, da schwingt sich schon der Zauber mit dem bunten Erkennungsringlein am Fuß vom Ruckelkaltboden auf den kleinen vierkantigen tonernden Obelisten, der von Anis und Fenchel und guten Tröpfchen und anderen Taubenslederbissen durchsetzt ist und da schlägt er mit den kräftigen straffen alabasternen Schwanzfedern ein Rad, daß sich der eingebildete Pflaum ein Modell daran nehmen könnte. Und seht doch mal, dicht daneben, die beiden schlanken rostbraunen Estertäubchen mit zartweißer Brust und säneig weißen Flügeln und bis auf die Schienen herab weiß befiederten Beinen! Sie blinzeln mit den Augen, mit den graumringten pechschwarzfunkelnden Pupillen, kampflustig aus dem gelblich dünnen Augenhautrand auseinander los. Tiefe Erregung atmet aus ihren knorpelig-verbedeten, auf energisch-gebogenen roten Schnäbelchen ruhenden Nasen. Quitt, schlagen sie aufeinander los, heben die rötlichen zierlichen Räufe, spreizen die schmalen präziösen Schwingen, daß der Ruckelkalt in alle Winde verstrebt.

Aber da — was ist denn das? — da liegt, wahrhaftig, ein wunderjam-zartes schwarzgelbes, ovales, weiches Ästgen, unendlich weich gestift, oder gelochten, oder geknotet. Auf einmal aber schwant es, gerät langsam in Bewegung, gelbrötliche Fleckchen werden furchenartig in dem herrlichen schwarzgelben Muster sichtbar und auch das zugrunde liegende Waschennegert wird lebendig und — zehn oder zwanzig kleine entzündend-niedliche, vor wenigen Tagen erst ausgekrochene Entenköpfelein, zehn pflaumengelbe Bekingentlein und sechs schwarzgelb geprenkelte indische Watschelentlein, wirren sich auseinander los. Nat, nat, nat, pat, pat, pat, trotten sie auf den breiten, unbeholfenen Schwimmlühen mit den gelbgespannten Häuten an den frisch gefüllten Wasserbehälter und an den Futternapf, schlagen die Luft mit den noch schwungfederlosen Flügeln und gruppieren sich selbständig, ohne jegliche Anweisung von Vater oder Mutter, in Kreise, und füttern und schmausen vom Fischmehl und vom Knochenfrot und vom Crissel (feingewiegtes Fleisch) und trinken und schlabbern, und watscheln und plantischen — ja, plantischen vor allen Dingen — so ausgelassen, so übermütig, daß fast der ganze Boden um die Entenrowdy's herum schwimmt.

So entwickeln sich da vor aller Augen, ohne jede elterliche Kontrolle, frei von längst veralteten Erziehungsmethoden, nach hochmodern-pädagogischen Prinzipien, sechzehn niedliche, künstlich ausgebrütete kleine Entlein und üben sich unaufhörlich, instinktiv, im Watscheln, im Fliegen, im Schwimmen und im Ringen — in der Berliner Luft. Aber wo? Nun, mitten im Strom des reichshauptstädtischen Lebens, unter lustig-weitmachigen Drahtgestechten, im Schaufenster eines Berliner Spezialgeschäfts für Geflügelzucht.

Betätigung eines gewählten Stadtrats. Die von der Stadtverordnetenversammlung am 29. Mai d. Js. bezogene Wahl des Stadtrats Karl Voehning in Bosen zum besoldeten Stadtrat von Berlin auf die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer ist vom Oberpräsidenten durch Erlass vom 24. Juli d. Js. bestätigt worden.

Onkel und Nefse gemeinsam in den Tod.

Gestern früh wurden im Grunewald die Leichen der beiden Inhaber der Firma Franz Wirtbahn aus der Ritterstraße mit Revolvergeschüssen in Brust und Schläfe tot aufgefunden. Es werden hierüber folgende Einzelheiten gemeldet: Im Jagen 10 im Grunewald stehen gestern Morgen Spaziergänger auf die Leiche eines Mannes, der seiner Kleidung nach den besseren Ständen angehörte und sich mit einem neben ihm liegenden Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte. Als Beamte der Polizeistation Hundesehle am Tatort eintrafen, fand man unweit davon einen zweiten Toten mit einem Schuß in der Brust. Aus Briefen, die bei ihnen vorgefunden wurden, ergab sich, daß es sich um den 45 Jahre alten Chef der Firma Franz Wirtbahn vorm. Procege aus der Ritterstr. 59 und seinen um zehn Jahre jüngeren Neffen Rudolf Wirtbahn handelt, der an der Firma beteiligt war. Onkel und Nefse hatten u. a. eine früher gutgehende Vertretung für Solinger Stahlwaren inne. In letzter Zeit wurden sie aber von empfindlichen Verlusten betroffen und kamen aus diesem Grunde, wie aus ihren Briefen hervorgeht, zu dem verzweifeltsten Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Franz W. wohnte in der Oranienstraße 107, sein Nefse Rudolf in der Fichtestraße 19.

Die Unglücklichen haben die Tat verübt, während ihre Frauen, mit denen sie in glücklichster Ehe lebten, in der Sommerfrische weilten. Der Doppelselbstmord erregt in Kaufmannskreisen Aufsehen, da man die Firma für solvent hielt und von ihren Verlusten nichts bekannt war.

Den Tod im Wasser suchte und fand der 54 Jahre alte Mauerpolier Julius B. aus der Kglstr. 22. Dem Manne, der dort im vierten Stockwerk wohnte, starb vor einem halben Jahre die Frau. Seitdem war er niedergeschlagen und sämmerlich. Als er auch bald darauf seine Arbeit verlor und trotz aller Bemühungen keine neue fand, wurde er lebensüberdrüssig. Am vergangenen Donnerstag entfernte er sich aus seiner Wohnung, ohne wieder in diese zurückzukehren. Gestern wurde seine Leiche an der Lichtensteinbrücke aus dem Landwehrkanal gezogen.

Für 10 000 M. Kleider und Stoffe erbeuteten Einbrecher, die der Wulstfabrik von Kicher in der Alexanderstraße einen Besuch abstatteten. Die Einbrecher verschafften sich mit einem Nachschlüssel vom Flur Eingang in die Räume und stahlen für ungefähr 10 000 Mark fertige Kleider und Wulsten sowie Seidencoupons. Mit der Beute entkamen sie unbemerkt.

Die wechliche Neubauplatz der Berliner Hoch- und Untergrundbahn, Bittenbergplatz—Kärnberger Platz, mit der hier anschließenden Wilmersdorfer Schnellbahn Kärnberger Platz—Kastanier Platz—Dahlem wird, wie berichtet wird, am 28. September d. Js. dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Zu gleicher Zeit soll auch auf der Kurfürstendamm-Linie der Hochbahngesellschaft, Bittenbergplatz—Hilandsstraße, der Betrieb eröffnet werden. Die vorausgehende landespolizeiliche Abnahme geschieht, mit Ausnahme der Dahlemer Strecke, für die der Regierungspräsident in Potsdam zuständig ist, durch den Berliner Polizeipräsidenten im Verein mit der Eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde. Da die Hochbahngesellschaft den Betrieb der Wilmersdorf—Dahlemer Bahn übernimmt, diese Bahnen also mit der Berliner Hoch- und Untergrundbahn in Betriebsgemeinschaft stehen werden, dürften wohl auch die der Aufsicht des Berliner Polizeipräsidenten unterstellt werden. Die von Osten kommenden Hochbahnzüge werden künftig auf dem nördlichen Bahnsteige (I) des Bahnhofes Bittenbergplatz abgefertigt werden, die von Dahlem-Wilmersdorf kommenden Züge dagegen am mittleren Bahnsteige (II), woselbst eine Weichenanlage die Ueberleitung nach den Stadtgleisen ermöglicht. Das Schnellbahnhof Groß-Berlins erhält durch die neuen Linien einen Zuwachs von 10 Kilometern; es wird Ende September eine Gesamtlänge von 87,5 Kilometern haben.

Im Hochbahnhof „Gleisdreieck“ ist die neue Zugangstreppe an der Ludenwalder Straße dem Verkehr übergeben worden. Die im Vorraum vorgelebten Schalter erhalten jetzt ihre innere Einrichtung. Der Umfahverkehr von der Stadt auf die Ostzüge und umgekehrt wickelt sich jetzt prägnant ab.

Zur Vorsicht beim Schließen der Abteiltüren

mahnt eine Verfügung der Staatsbahnverwaltung, da in letzter Zeit wieder häufig Reisende verletzt worden sind, die unvorsichtigerweise ihre Hände an die Türrahmen gelegt hatten. Die beim Türschließen beteiligten Bediensteten werden aufs neue angewiesen, sich sorgfältig darüber zu vergewissern, ob nicht jemand sich mit der Hand am Türrahmen festhält und durch den Warnungsruf „Vorsicht“ auf das bevorstehende Schließen der Tür aufmerksam machen. Auch soll das unnötige Türverwerfen möglichst vermieden werden.

Veränderung von Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen der Herstellung eines Eisenbahnanschlusses nach dem neuen Berliner Osthafen einige Tage die Führung zweier Linien ändern. Die ersten 8 Wagen der Linie 76 von 5.24 bis 6.24 früh machen nicht den schiefplanmäßigen Weg durch die Lüd., Prinz-Alberts, Türschmidt-, Sadowar-, Marktstraße und Alt-Vorhagen, sondern über die Frankfurter Chaussee, Frankfurter Allee und Mainzer Straße. Der erste Wagen der Linie 28, der nach dem Viktoriapark 6.06, zurück 6.20 jene Bahnüberführung unterfährt, geht nur bis zur Ecke der Mainzer Straße und Frankfurter Allee.

Zur Nachahmung empfohlen.

Schon des öfteren haben wir uns gegen die Unsitte der Ausflügler, die Wälder und Erholungsplätze der näheren und weiteren Umgebung Berlins durch das Wegwerfen von Stullenpapier und Abfällen von Exporäten zu verunzieren, gewandt. Vor uns liegt eine Zuschrift, die wir unseren Lesern schon deshalb nicht vorenthalten möchten, weil dieselbe einen gewissen Gemeinssinn verrät. Sie lautet:

Am 3. August 1913 machte ich mit Bekannten und Verwandten einen Ausflug nach Freibad „Großensee“. Das umherliegende Papier im Walde hatte mich unangenehm berührt; zur angenehmen Freude war kein „Vorwärts“papier dabei. Kurz vor Ausbruch, 7 1/2 Uhr abends, wurde angeregt, das Papier einzusammeln. Wir sammelten nun sämtliches Papier ein, um es alldann in drei Häufen am Ufer zu verbrennen. Besonders die Jugend machte sich sehr hilfreich zu schaffen; im Zeitraum einer halben Stunde sah ich zu meiner Freude, daß der Teil des Waldes, auf welchem wir gelagert, papierrein war. Bemerkenswert ist noch, daß das gesammelte Papier schon mehrere Tage und Wochen den Wald verunziert hatte.

Ein Notzschrei der Jungbierfahrer!

Zu der unter obiger Ueberschrift in der Sonntagnummer veröffentlichten Mitteilung von Jungbierfahrern wird uns von einem Mitinhaber einer Brauerei folgendes geschrieben:

Es ist Tatsache, daß seit Inkrafttreten des Sähstoffgesetzes ausnahmslos von allen Jungbierfahrern das Braumbier mit dem gesetzlich verbotenen Saccharin gefäht wurde. Das Publikum hatte sich in der Zeit, als die Verwendung des Saccharin erlaubt war, so an das süße Bier gewöhnt, daß als das Gesetz in Kraft trat, die Brauereien in Interesse ihrer Existenz gezwungen waren, Saccharin weiter zu verwenden. Dieser Zustand dauerte bis vor zirka 8 Wochen und von da an erst wurde von der Gewerkschaft (Transportarbeiterverband) in Gemeinschaft mit dem Verein der Weiz- und Braumbierbrauereien, veranlaßt durch die hohen Strafen, von welchen beide Teile, Fahrer und Brauereibesitzer betroffen wurden, der Beschluß gefaht, kein Saccharin mehr zu verwenden. Diesem Beschluß sind ein Teil der Fahrer nachgekommen, sie verkaufte, da ihnen von den Brauereien kein süßes Bier geliefert wurde, das Bier bitter. Schon in der zweiten Woche wurde das Bier von der Kundenschaft zurückgewiesen, sobald dasselbe nicht gefäht war.

Wir in unserem Betriebe waren, wie alle anderen Jungbierbrauereien, dem Beschluß, kein Saccharin mehr zu verwenden, nachgekommen; wir waren jedoch nun vor die Frage gestellt, entweder den Betrieb einzustellen, oder dem Publikum ein Bier zu liefern, welches seinem Geschmack entspricht. Wir haben daher ein mit Zucker gesüßtes Bier hergestellt, und es scheint, als ob sich diese Maßnahme auch leidlich behährt. In Ihrem Artikel wird nun gefaht, daß ein Teil der Fahrer noch immer gefähtes, ein anderer bitteres Bier verkauft. Bei der Kundschaft muß daher der Glaube erweckt werden, daß alles gefähte Bier verboten ist; das ist jedoch nicht der Fall. Wir haben bisher, teils wegen der schwierigen Herstellung des Bieres, teils des Kostenpunktes wegen — da an eine Preishöhung nicht zu denken ist — von der Verwendung des Zuckers Abstand genommen, mußten jedoch, um den Betrieb nicht vollständig eingeben lassen zu müssen, zum Zucker greifen, damit das Bier der Kundschaft einigermaßen schmackhaft geliefert wird. Zu dieser Maßnahme dürften auch baldigst sämtliche Brauereien zu greifen gezwungen sein.



Internationale wissenschaftliche Ballonaufstiege finden von heute Mittwoch, den 6., bis Freitag, den 8. August, in den Morgenstunden statt. Es steigen Drachen, bemantelte oder unbemantelte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Fuder eines jeden unbemantelten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Wer sind die Toten? Am städtischen Schaufenskanal wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr die Leiche einer unbekannt, etwa 40 Jahre alten Frau gelandet, die ungefähr vier Tage im Wasser gelegen haben mag. Die Tote scheint Lehmann zu heißen, denn bei ihr fand man eine Karte von einem Karl Lehmann aus Neu-York, der sie darauf mit Schwester anredet. Die Unbekannte trug einen graugestreiften Mantel, einen blauen Kostümrock und Jackett, einen roten Unterrock, F. L. gezeichnete Unterwäsche und schwarze Schürschuhe. In ihren Taschen fand man ein Portemonnaie mit 9,93 M., einen Schlüssel und einen Fingerhut. Die Leiche befindet sich im Schaufenskanal. — Tot aufgefunden wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr an der Ecke der Jülicher- und Behmstraße die Leiche eines unbekanntes Mannes von etwa 60 Jahren, der seinem Aeußeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint. Der Tote, dessen Leiche ebenfalls nach dem Schaufenskanal gebracht wurde, ist 1,67 Meter groß, hat graumeliertes Haar und Schürbart, eine Glase und trug ein dunkles Jackett und ebensolche Weste, eine dunkelgestreifte Hose, graue Strümpfe und Schürschuhe. Bei sich hatte er eine Arbeiterkarte, die vom Bahnhof Gesundbrunnen ausgehört worden ist. — Aus der Spree gelandet wurde bei Trepow die Leiche eines ungefähr 18 bis 20 Jahre alten Mädchens. Sie wurde nach der dortigen Leichenhalle gebracht. Die unbekanntete Tote ist 1,55 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ein volles Gesicht und trug eine blaue Bluse mit weißen Punkten, einen dunkelgrünen Rock und eine blauweißgestreifte Schürze.

Freier Schülertag in der Trepow-Straße. Bei dem großen Anhang, welche die freien Schülertage gefunden haben, hat die Direktion der Trepow-Straße für Donnerstag, den 7. August, nachmittags 5 Uhr, eine Sondervorstellung angelegt, in welcher der Film „Christoph Columbus“, mit erklärendem Vortrag, vorgeführt wird. In diesem Vortrag hat jeder Erwachsene das Recht, ein Kind unter 14 Jahren einzuführen. — Mit dem großen Fernrohr wird der Jupiter beobachtet.

Die Salks-Sinfonie-Konzerte des Bläser-Orchesters im Monat August finden statt: am Sonnabend, den 8. in der Berliner Volk-Brauerei; Dienstag, den 12. in der Brauerei Köpenick; Mittwoch, den 13. im Raabiter Gesellschaftshaus; Dienstag, den 19. in der Berliner Volk-Brauerei; Freitag, den 22. in der Brauerei Friedrichshagen; Dienstag, den 26. in der Reuen Welt; Mittwoch, den 27. in der Brauerei Köpenick; Freitag, den 29. im Raabiter Gesellschaftshaus. Beginn abends 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

## Vorort-Nachrichten.

### Neukölln.

Eine überfüllte Versammlung des Verbandes der Laubenkolonisten beschäftigte sich am Sonntag im Lokal „zur schönen Aussicht“, Köpenicker Allee, mit der Frage: Rüssen wir herunter von unserem Laubland oder nicht? Es handelte sich um diejenigen Kolonisten, die ihre Vorstellen auf dem Magistratsgelände zwischen Köpenicker Allee und Heidekampgraben haben. Der Vorsitzende des Verbandes der Laubenkolonisten, Streinweg-Neukölln als Referent kennzeichnete zunächst den verberlichenden Einfluss der sogenannten Generalpächter, die nicht selten 2-4000 M. jährlich verdienen. Es sei zu begründen, daß der Magistrat mit Generalpächtern keinen Kontrakt mehr abschließt. Da dem Magistrat nicht zumuten sei, daß er mit vielen Tausend Einzelpächtern Verträge abschließen, so erbat sich der Bund, das Gelände zu pachten und zum Selbstkostenpreis wieder abzugeben. Es sei daher ratsam, wenn sich auf allen Kolonien Vereine bilden, die sich alsdann dem Bund anschließen. Es müsse aber auch gesagt werden, daß der Magistrat, der in seinen Bauabteilungen eine gewisse Großzügigkeit beweise, sich den Laubenkolonisten gegenüber höchst unsozial und engstirnig zeige. Einerseits habe er das böbliche Bestreben, einen großen Park mit Planschwiefe für die Neuköllner Bevölkerung und deren Kinder anzulegen, andererseits verlange er für das zu verpachtende Brachland horrenden Preise. In der Diskussion meinten verschiedene Generalpächter, daß der Bund keine in die Laubenkolonisten bringe. Der Referent widerlegte mit guten Gründen diese Auffassung. Abends teilte er noch mit, daß die Kolonisten nun insoweit das Gelände räumen müßten, als dasselbe vom Magistrat gebraucht würde. In der nächsten Woche würde sich in den „Passage-Festivals“ eine große Versammlung aller Neuköllner Laubenkolonisten mit dieser Frage befassen, zu der auch der zuständige Magistratsdeputierter eingeladen würde.

Gefunden sind bei dem Ausflug der Ferienkinder nach dem Grunewald verschiedene Gegenstände. Dieselben sind im Sekretariat des Wahlvereins, Reckstr. 3, abzuholen.

Vor den jungen Genossen und Genossinnen spricht heute, abends 8 1/2 Uhr, bei Hartlich, Hermannstr. 49, die Genossin Klara Bohn-Schuch über die beiden proletarischen Dichterrinnen Ida Negri und Klara Müller-Jahnke. Nach dem Vortrage Reitationen einzelner Dichtungen durch den Genossen W. Winkub. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre sind herzlich willkommen.

### Weißensee.

Zur Lage der Weißenseer Bank. Die vorgestrige Gemeindevertreterversammlung nahm Kenntnis von dem Beschluß des Kreis-Ausschusses zur Sanierung der Weißenseer Bank. Dieser Entscheid entspricht nicht den begabten Erwartungen, da es schwer halten wird, denselben durchzuführen. Die Gemeinde hat die Genehmigung erhalten, eine Anleihe von 250 000 M. aufzunehmen und hiervon 200 000 M. der Weißenseer Bank als Depositionsgeld zu übergeben, wenn die Genossenschaft den Beschluß der letzten Generalversammlung, ihre Anteile um 2500 M. und die Haftungsumme auf 5000 M. zu erhöhen gerichtlich eintragen lassen und zu diesem Zwecke sogleich 200 000 M. aufbringen. Außerdem soll die Dresdner Bank einen neuen Kredit in Höhe von 200 000 M. gewähren, so daß hiernach der Weißenseer Bank 600 000 M. zur Verfügung stehen würden. Die Gemeinde wurde weiter ermächtigt, die noch vorhandenen 50 000 M. später zur Verfügung zu stellen, wenn zugleich die Genossenschaft weitere 50 000 M. aufbringen und die Dresdner Bank ebenfalls einen weiteren Kredit von 50 000 M. gewährt. Der Kreis-Ausschuß faßte seinen Entschluß von der ganz richtigen Voraussetzung, daß in der Hauptsache die beteiligten Genossenschaftler verpflichtet sind, der Bank größere Hilfe zuteil werden zu lassen. Die meisten Genossen dürften hierzu jedoch nicht in der Lage sein, da es sich in der Hauptsache um kleinere Handwerkermeister und Geschäftsteile handelt. Die Aussichten zur Weiterführung der Bank sind daher noch immer nicht günstig zu nennen.

### Oris.

Die letzte Woche der Ferienspiele soll den Kindern etwas ganz Besonderes bieten. So findet am heutigen Mittwoch, den 6. d. M., ein Ausflug nach dem Schillerpark (Planschwiese) statt. Die Abfahrt erfolgt früh 9 1/2 Uhr von der Germania-promenade mit der Straßenbahn, Linie 20, 20 Pf. Fahrgehalt sowie Rundvortrag ist den Kindern mitzugeben. Das Schlußspiel der Ferienspiele erfolgt am Sonnabend, den 9. August, beim Genossen Hufenbed, früher Grunh, Schauffstraße (Vindenspark). Der Umarmung von der Kungius- und Jahnstraße ist auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Kaffee und Kuchen wird den Kindern unentgeltlich verabfolgt, ebenso eine Stocklaterne zur Kinderfackelpolonaie. Freunden und Gönnern der Ferienspiele ist die Teilnahme am Schlußfest nur zu empfehlen. Zur Deckung der Unkosten wird von den Erwachsenen ein Eintrittsgeld von 10 Pf. erhoben.

### Reinickendorf.

Ein reges Interesse für die Aufgaben des am Orte bestehenden Kaufmannsgerichts bekundeten die kaufmännischen Arbeiter bei den vor einigen Wochen stattgefundenen Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht. Sie unterließen, trotz wiederholter Aufforderung, die Aufstellung einer Kandidatenliste und beteiligten sich nicht an der Wahl. Die Gemeindevertretung war somit, gemäß Ortsstatut, in ihrer letzten Sitzung gezwungen, die erforderlichen Neuwahlen vorzunehmen. Es wurden die Herren Dr. Kühnemann, Goffen, Thater, Hesse wieder- und die Herren Kappe und Ernst Schulz neu gewählt. Weiter beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit der Aufstellung einer Besoldungsordnung und dem weiteren Ausbau — Begründung neuer Lehrstellen um — für die seit dem 1. April in Gemeindegüter übergegangene höhere Mädchenschule. Den Anträgen des Kuratoriums wurde ausnahmslos zugestimmt. Eine längere Debatte zeitigte das Urlaubsgesuch eines am hiesigen Realgymnasium angestellten wissenschaftlichen Oberlehrers, der sudiendhalber eine etwa fünfmonatige Reise nach Japan und Seston unternehmen will. Die Deputation für das höhere Schulwesen befürwortete das Gesuch. Der Gemeindevorstand ersuchte gleichzeitig, prinzipiell zu entscheiden, ob derartige Urlaubsgesuche — unter Fortzahlung des Gehalts — bewilligt werden sollen. Unsere Genossen betonten die Notwendigkeit der weiteren Ausbildung unserer Jugendzweier. Die Gemeinde habe die Verpflichtung, es den Lehrkräften zu ermöglichen, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, aber dieser Unterführung bedürfen nicht nur die Lehrer an den höheren Lehranstalten, sondern auch die Ergieher der proletarischen Jugend — die Lehrer der Gemeindefschulen und der Fortbildungsschule. Einige bürgerliche Mitglieder der Gemeindevertretung und besonders des Gemeindevorstandes nahmen dagegen einen recht kleinlichen Standpunkt ein. Es sei Sache der Lehrer, sich die für ihre Lehramt notwendigen Kenntnisse zu beschaffen. Wer diese nicht habe, müsse eben das Lehren lassen. Im übrigen haben alle angestellten Lehrer durch die ihnen auferlegten Reiseprüfungen nachgewiesen, daß sie die zur Unterrichtsverteilung erforderlichen Qualifikationen besitzen. Wenn die Gemeinde solche Lehrer anstelle, genüge sie den gesetzlichen Bestimmungen. Recht zu tun, sei nicht ihre Pflicht, die Gemeinde könne auch kaum hoffen, die Lehrer, die sich auf Gemeindefkosten weiter ausbilden, dauernd in ihren Diensten zu behalten. Die Gemeindevertretung beschloß denn auch, keine prinzipiellen Beschlüsse zu fassen, im vorliegenden Falle aber das Urlaubsgesuch zu bewilligen, da der in Frage stehende Lehrer sich verpflichtet habe, die auf dieser Reise erworbenen Sammlungen und Photographien dem Reinickendorfer Gymnasium zu überweisen. Weniger Geliebte bei der Gemeindevertretung fand der ihm vorgelegte Entwurf einer Polizeiverordnung, die das Automobildrohschloßwesen regeln sollte. Der Bürgermeister bemerkte, daß er den Erlaß einer solchen Verordnung beim Regierungspräsidenten angezogen, dieser aber abgelehnt habe. Die jetzt von ihm vorgelegte Verordnung habe bereits die Genehmigung des Landrats erhalten. Wenn nichts daran geändert werde, könne dieselbe sofort publiziert werden und trete dann sofort in Kraft. Genosse Schönberg wies demgegenüber auf die völlige Inhabt. und Zwecklosigkeit der Polizeiverordnung hin. Es sei aber an der Zeit, mit der Aufhebung von Polizeiverordnungen zu beginnen, als den vielen überflüssigen noch eine neue hinzuzufügen. Aber obgleich der Bürgermeister beteuerte, daß diese Materie noch irgendwie polizeilich reglementiert werden müsse, wurde die Vorlage abgelehnt, nachdem auch die Herren Pinz und Thiel die Ausführungen unserer Genossen unterstützt hätten. Für den Entwurf stimmten nur die Mitglieder des Gemeindevorstandes und diese auch nur sehr zögernd. Erstellung von Prozeßvollmachten, Genehmigung von Staatsüberreitungen fallen den Rest der öffentlichen Sitzung aus. Die Angelegenheit betr. Ankauf des Schäferssee und Verkauf von Gemeindegeländen wurde in die geheime Sitzung verwiesen.

### Pantow.

Die Leiterinnen der Kinderspiele veranstalten am Freitag, den 8. d. M., mit den an den Spielen sich beteiligten Kindern einen Ausflug nach Waldmannstuf. Kinder unter sechs Jahren nur in Begleitung Erwachsener. Abfahrt vormittags 9.55 Uhr vom Nordbahnhof. Fahrgehalt hin und zurück 20 Pf., Kinder unter zehn Jahren 10 Pf. Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Kinderspiele von nächster Woche ab nur noch Mittwoch und Freitag nachmittags am dem Spielplatz, Riffingenstraße, stattfinden.

### Spandau.

Zu aufgeregten Szenen und einem großen Aufruhr kam es am Montag abend in der sonst stillen Falkendagener Straße, wo auf dem früheren Wörlischen Holzplatz der Schauffeller Rühlberg einen polizeilich angemeldeten neuen Rummelplatz eröffnet hat. Am Sonntag ging alles glatt von statten und der Unternehmer wurde auf dem Platz, der vorschrittsmäßig durch einen Zaun von der Straße abgeschlossen ist, nicht weiter gestört. Am Montag abend jedoch drangen auf angebliche Beschwerden eines Anwohners gleich nach Eröffnung des Rummels Polizeibeamte unter Führung des Polizeikommissars Schumann in den Platz ein und unterlegten den Schaubudenbesitzern den Weiterbetrieb. Als die Beamten kaum verschwunden waren, ließ der Pächter des Platzes die Feierlichkeiten weiterpielen. Hierauf erfolgte erneutes Eindringen der Beamten. M., der jetzt von seinem Hausrecht Gebrauch machen wollte, wurde nun gewaltsam durch die Polizei zur Wache sifert und dort fast 1 1/2 Stunden festgehalten. Nach der Zurückkunft des Verhafteten erfolgte Weiterpiel, worauf die Polizei mit Schließen des Tores zu dem Platz antwortete. Bis 11 Uhr verfolgte eine zahlreiche Menge, die lebhaft für den Unternehmer Partei ergriff, diese aufregenden Vorgänge. — Das scharfe Vorgehen des Polizeikommissars dürfte noch zu lebhaften Debatten in der Stadtverordnetenversammlung führen. Schon die leinerzeitigen Debatten über den Schabigischen Wendenplatz, der bekanntlich auch geschlossen werden sollte, zeigten, daß der Magistrat für Rummelplätze nicht gerade besondere Vorliebe besitzt.

## Aus aller Welt.

Eine Skandalaffäre in der französischen Abatif. In Paris hat sich ein Ereignis zugetragen, das die gesamte Pariser Gesellschaft, vornehmlich aber die flugportlichen Kreise, in ungeheure Erregung versetzt hat. Jean Deperdussin, der Besitzer einer der bekanntesten französischen Flugwerke, ist verhaftet worden. Deperdussin, der in der Pariser Gesellschaft eine führende Rolle spielt und in flugportlichen Kreisen das größte Ansehen genöß und sich großer Beliebtheit erfreute, wurde im Auftrage einer großen Bank am Dienstagmorgen im Veit verhaftet, als er im Vegeter stand, von einer Reise nach Belgien für einige Stunden abzurufen. Der Flieger und Flugzeugbauer hat bei der Gesellschaft ein Darlehn über mehrere Millionen Franz. unter angeblich falschen Angaben über seine Vermögenslage aufgenommen. Auch eine große Zahl anderer Gläubiger meldet sich nunmehr, so daß eine in mehrere Millionen gehende Schuldsumme herauskommt. Deperdussin gibt an, daß er seine Gläubiger zur Stunde mit 25 Proz. ihrer Forderungen „befriedigen“ könne, er hoffe jedoch, daß er in diesem Jahr aus seiner Fabrik einen Gewinn von über einer Million Franz. herausziehen könne; das französische Kriegsministerium schulde ihm allein mehr denn 800 000 Franz. Er gab ferner an, daß man ihm für geleistete Vorarbeiten 25 Prozent Zinsen abgefordert habe. Deperdussin steht im Alter von 45 Jahren und stammt aus vornehmer Familie; er ist Ritter der Ehrenlegion. Er soll angeblich bei seinen bisherigen flugtechnischen Experimenten bereits sein ganzes Vermögen, einige Millionen Franz., verloren haben.

### Kleine Notizen.

Von einem Hofautomobil überfahren. Von dem Automobil des Prinzen Friedrich Karl, in dem dieser und sein Adjutant saßen, während der Chauffeur den Wagen lenkte, wurde Dienstag vor-mittag in Langfuhr bei Danzig der Stadtrat Oestreich über-fahren. Er wurde in schwer verletztem Zustande ins städtische Krankenhaus gebracht.

Ein Knabenmord. Montag abend wurde in Reich der zehn-jährige Sohn Bruno des Arbeiters Rehg in der Nähe des Volks-parkes erdroffelt. Der Körper, der bei der Tat überfahren wurde, sprang bei seiner Verfolgung in die Gasse, schwamm an das andere Ufer und entkam unerkannt.

Der Arbeiter von einem Eisenbahnzug überfahren. Montag abend um 9 Uhr wurden vier Arbeiter, die mit Gleisarbeiten beschäftigt waren, in der Nähe des Eisenbahntunnels bei Hönnebach in Hessen von dem Zugzuge Berlin-Gießen überfahren. Drei waren auf der Stelle tot, der vierte wurde tödlich ver-letzt nach dem Bahnhof Wehra gebracht, wo er bald darauf starb. Die Getöteten sind Familienväter. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Opfer des Bergsturms. Die Nachforschungen über die beiden Touristen, die im Kaisergebirge abstürzten, haben ergeben, daß die beiden Leichen die zweier Münchener namens Dreiser und Raib sind. Der dritte Tourist, Haemzle aus München, ist noch nicht aufgefunden. Rettungsexpeditionen sind unterwegs. — Wie aus Genf gemeldet wird, ist der Kaufmann und Alpinist Künzli am Dent du Midi in Waadt abgestürzt und tot geblieben.

Tödlicher Fliegerabsturz. Im Lager von Krasnaja Selo bei Petersburg stürzte am Dienstagmorgen ein Flugzeug mit dem Militärflieger Polikarpow und seinem Mechaniker infolge Beschädigung eines Flügels aus bedeutender Höhe ab; beide Flieger wurden getötet.

Tödlicher Fliegerabsturz. Aus Quebed wird berichtet: Dienstag früh geriet auf der Isle d'Orleans die hölzerne Hütte eines Koffen in Brand. Die aus sieben Köpfen bestehende Familie des Loifens kam in den Flammen um.

Blutiger Zusammenstoß zwischen französischen Bergarbeitern. Wie aus Lille gemeldet wird, kam es am Montag im Kohlen-gebiet Sens in einem Wirtshaus zu Will zwischen mehreren hundert französischen und algerischen Bergarbeitern zu einer Mauererei, bei der es auf beiden Seiten zahlreiche Ver-wundete gab. Der Gendarmerie gelang es, die Rädelsführer zu verhaften und die Ruhe wiederherzustellen. Die Ursache zu dem bedauerlichen Vorkommnis wird in dem gegenseitigen Nationalitätendog erblickt.

Spuren der englischen Frauenrechtlerinnen. Dienstag früh wurde von unbekanntem Tätern der Versuch gemacht, ein Landhaus in Boldingbar (Surrey) durch eine Bombe zu zerstören. Die Bombe, die in der Nähe der Treppe niedergelegt war, zerstörte die Treppe und beschädigte die Türen stark. Ein zweiter Anschlag wurde auf ein Haus in Lynton (North Devon) gemacht, das einen Wert von 12 000 Pfund Sterling repräsentiert. Von unbekanntem Hand wurde es in Brand gesteckt und brannte vollständig nieder. Beide Anschläge werden den Anhängerinnen des Frauenstimmrechts zugeschrieben.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag 60, vom vier Trepden — 8 Uhr ab, wochentags von 4 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Quittung und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

R. 2. 1. Das 70. Lebensjahr muß vollendet sein, sofern nicht inzwischen, was wahrscheinlich ist, eine Herabsetzung des Alters auf 65 Jahre erfolgt. Das Gesetz ist im Jahre 1890 in Kraft getreten; die Wartzeit ist noch nicht erfüllt. 2. Sollen Sie eine Wohnung an den Vorsitzenden der Ver-anstaltungskommission. — P. 2. 1894. Sofern die Krankenkassenver-waltung keine Erhaltungsaufsprüche hat, können die Orden herausgegeben werden. — P. 3. 3. Die Sachen sind Eigentum des Vereins. Der Beschluß ist aber rechtsverbindlich, so daß ein neugewählter Vorstand Herausgabe fordern könnte. — P. 4. 1. Die notwendigen Zeit kann belassen werden. — R. 2. 100. Die Berechnungsart der Gesellschaft entspricht den Versicherungsbedingungen. — R. 24. Wenn nichts anderes vereinbart ist, dauert ein derzeitiger Dienstvertrag ein Jahr. Die Invalidentafel muß auf Antrag beim Amtsvorsteher dem Landrat fortgenommen werden. — P. 24. Gräßstraße. Für die Zeit bis einschließlich Dezember 1914. — G. R. 117. Der Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband ist zu stellen. — C. 3. 11. 1. Bekommen Sie sich beim Regierungs-präsidenten. 2. Befragen Sie einen Notar. — C. 2. 11. Sowohl ein bekannt, nein, es muß aber auf Verlangen eine Bürgerhaftversicherung beigebracht werden. — C. 22. Leiber zu spät.

Marktpreise von Berlin am 4. August 1913, nach Ermittlungen des k. k. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,33 bis 20,40, mittel 20,34-20,36, geringe 20,30-20,32. Roggen, gute Sorte 18,84-18,95, mittel 18,82-18,83, geringe 18,80-18,81 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,20-17,60, mittel 18,70-17,10, geringe 16,30-16,60. Hafer, gute Sorte 17,70-19,10, mittel 16,60-17,60. Weizen (mispel), gute Sorte 00,00-00,00. Mais (runder), gute Sorte 14,00-15,20. Weizenstroh 0,00-0,00. Heu, alt 0,00, neu 0,00-0,00.

Marktpreise von Berlin am 4. August 1913, nach Ermittlungen des k. k. Polizeipräsidiums. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00. Edelbohnen, weiße 35,00-60,00. Linsen 35,00-60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00-12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krulle 1,70-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,50. Schweinefleisch 1,60-2,10. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,60-2,40. Butter 2,20-3,00. 50 Stück Eier 3,50-5,40. 1 Kilogramm Karotten 1,60-2,60. Kafe 1,60-3,20. Bänder 1,40-3,60. Seife 1,60-3,00. Backfe 1,00-2,40. Schokolade 1,60-3,50. Kleie 0,80-1,60. 60 Stück Kaffee 1,00-60,00.

### Witterungsbericht vom 5. August 1913.

Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C	Stationen	Barometerrand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C
Eutinende	759,8	SW	3	14	Saparanda	754,8	SW	2	12
Hamburg	759,8	SW	3	14	Petersburg	751,8	SW	1	16
Berlin	759,8	SW	3	14	Selva	763,0	SW	4	16
Frankf. a. M.	760,0	SW	1	15	Übersee	764,8	SW	2	12
München	759,8	SW	3	14	Paris	762,8	SW	2	12
Wien	758,0	SW	1	17					

Wetterprognose für Mittwoch, den 6. August 1913. Hiemlich kühl und überwiegend bewölkt mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 4. 8. om	am 3. 8. om	Wasserstand	am 4. 8. om	am 3. 8. om
Remel, Lütt	—	—	Saale, Großh.	70	+8
Bregel, Ansb. u. b.	—	—	Havel, Ebdanau	2	-2
Weichlitz, Thoen	365	-75	Obere, Ebdanau	-14	+2
Oder, Rottb.	144	-11	Spre, Ebdanau	60	-2
Oder, Rottb.	140	-7	Rezer, Runden	82	+1
Oder, Rottb.	52	-4	Rezer, Runden	124	-7
Warte, Schimm	7	-5	Rhein, Wargillanbau	518	-6
Warte, Schimm	7	-5	Rhein, Wargillanbau	518	-6
Rebe, Nordhamn	-36	-2	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	-37	-13	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	-150	-10	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	69	-12	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	69	-12	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	69	-12	Raub	291	-9
Rebe, Nordhamn	69	-12	Raub	291	-9